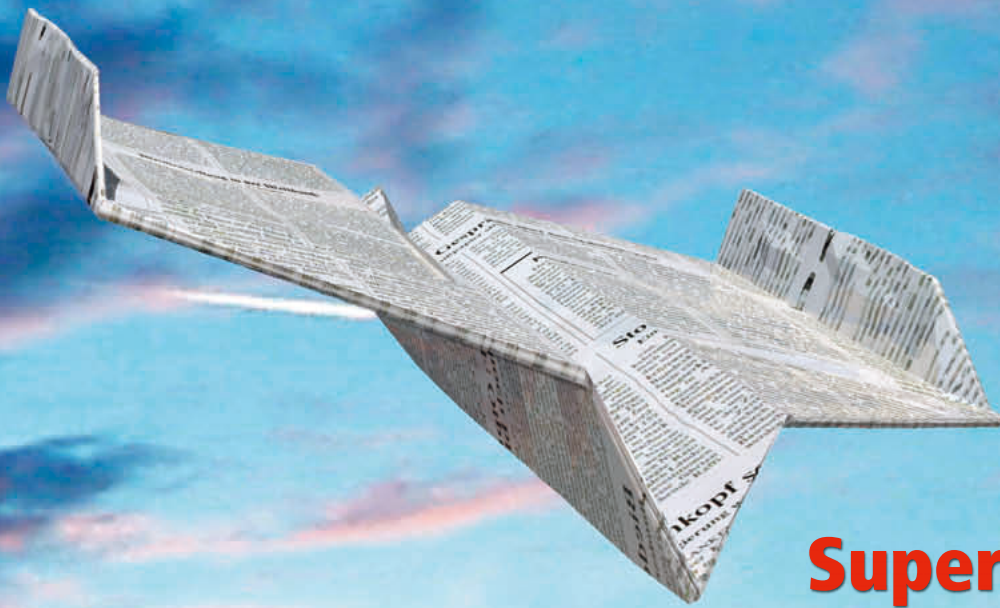


M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 05/2005 Jahrgang 54

ver.di



Superlative und Verwehungen

Nach sechzig Jahren
Presseentwicklung
in Deutschland



inhalt



Foto: Guido Schiefer

titelthema presseentwicklung

- 8 **Superlative und Verwehungen**
Ein Blick auf Pressekonzentration, demografische Entwicklung und „strukturelle Beißhemmungen“ nach 60 Jahren
Von Tilman P. Gangloff
- 10 **Ein Hoch auf die Flachware**
Ausstellung im Mainzer Gutenberg-Museum würdigt 400 Jahre Zeitung
- 12 **Kurzer Zeitungsfrühling**
Ostdeutsche Presselandschaft 15 Jahre nach dem Mauerfall

aktuell

- 4 **Großer Sendesaal im NDR mit Festkonzert wieder eröffnet**
- 4 **Regieverband feiert 30jähriges Bestehen**
- 4 **Kampagne für entführte Journalisten**

porträt

- 6 **Filme, um die Welt zu verändern**
Hitlers Hitparade: Adolf Grimme
Preisträger C. Cay Wesnigk

kolumne

- 7 **Die Zeichen stehen deutlich auf Streik**
Druckarbeitgeber pfeifen auf Flächentarifverträge

journalismus

- 14 **Expansionsdrang in Gütersloh**
Strategiepapiere der Bertelsmann-Stiftung und ihr Einfluss auf die Osteuropa-Politik
- 16 **Gradmesser Pressefreiheit**
Eine Übersicht zum Tag der Pressefreiheit
- 18 **Barrieren im Alltag**
Behinderte Menschen – nur selten ein Thema für die Medien
- 19 **Buchrezension: Presserecht für Journalisten**

rundfunk

- 20 **Rundfunkfreiheit in Frage gestellt**
ver.di engagiert sich in der Auseinandersetzung mit der EU für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Gespräch mit Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender von ver.di

- 22 **Nichts außer Spesen**
Richter verwies auf Meinungsäußerung – Einstweilige Verfügung der RBB-Intendanz gegen M-Beitrag aufgehoben
- 22 **Runder Tisch auf Eis gelegt**

print

- 23 **Burdas Abschied**
Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag ist neuer Brötchengeber für die Schweriner Volkszeitung
- 23 **Böll als Zeitschrift**
- 24 **Newsdesk bringt Zeitersparnis**
Einquellenprinzip in Folge umgekremelter Redaktionsstrukturen

aktuell / recht

- 26 **Spiegel-Bildarchiv geöffnet**
- 26 **Gewerkschaftliche Monatshefte eingestellt**
- 26 **Bildmanipulation und Persönlichkeitsrecht**
- 26 **Google News erneut Ärger mit Agentur**
- 27 **18 Millionen Dollar für US-Freelancer**
- 27 **Bewertungskosten für Freie voll absetzbar**

Autorisierung in Maßen

pro &

Von Roland Stahl | Um es deutlich zu sagen: Maßvoll eingesetzt ist der Autorisierungsvorbehalt unerlässlich und notwendig. Wortlaut-Interviews sollten auf jeden Fall dieser Praxis unterliegen, nicht unbedingt jedes einzelne Zitat. In einer immer komplexer werdenden Medienlandschaft muss es Möglichkeiten der Abstimmung geben. Nicht aus Misstrauen dem Journalisten gegenüber. Sondern deshalb, um Missverständnisse, Verkürzungen oder auch Falschaussagen vorzubeugen. Falsche, missverständliche oder sinnentstellend verkürzte Zitate können enorme Schäden anrichten – für das eigene Unternehmen oder den eigenen Verband bzw. für den jeweiligen Präsidenten oder Vorsitzenden. Anschließende Korrekturen oder Dementis können Schäden höchsten eingrenzen, sie aber nicht mehr ungeschehen werden lassen oder neutralisieren. Natürlich sollte die Autorisierung Grenzen kennen und in Absprache mit dem Journalisten eingesetzt werden. Eine Grenze ist beispielsweise dann erreicht, wenn Pressesprecher sogar Interviewfragen verändern wollen. Entscheidend sind letztlich Faktoren wie die Komplexität des Themas, die politische Bedeutung der Aussagen sowie – ganz wesentlich – das Vertrauensverhältnis zum Journalisten. Viele Redakteure bieten übrigens von sich aus an, die zu veröffentlichenden Aussagen zu autorisieren.

Das ist ein Zeichen von Vertrauen, das letztlich beiden Seiten zugute kommt. Denn auch Journalisten wollen, gerade bei schwierigen Themen, in denen sie nicht unbedingt in jedem Detail sattelfest sind, im Sinne einer seriösen Berichterstattung für Korrektheit und somit für eine gute Qualität ihrer Arbeit stehen.

Die Autorisierungspraxis dient nicht dazu, wesentliche Inhalte von Interviews umzuschreiben oder zu entstellen. Letztlich gilt der Grundsatz: Je besser das Vertrauensverhältnis ist, umso selbstverständlicher ist die rasche und schnelle Abstimmungspraxis von Interviews. Eine Blitzumfrage des Bundesverbands deutscher Pressesprecher zeigte, dass auch auf Seiten der Pressesprecher ein maßvoller Umgang mit diesem Instrument die Regel ist. So gaben 85 Prozent von 350 Befragten an, es sei für sie ein Tabu, Fragen im Rahmen der Autorisierung durch den Interviewten nachträglich zu verändern. Allerdings sagten fast 90 Prozent der Teilnehmer, auch schon mal falsch zitiert worden zu sein. Allein dies zeigt: Autorisierung muss sein. Nicht aus Misstrauen, sondern aus Sorgfalt!

Der Autor ist Kommunikationschef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und Sprecher des Bundesverbandes deutscher Pressesprecher

editorial

film

- 28 Krisenstimmung trotz Doku-Boom**
Dokumentarfilme erleben in Deutschland nicht den erhofften Aufschwung
- 29 Filmrezension: Katze im Sack**

internationales

- 30 BBC streicht tausende Jobs**
Keine Fernsehkorrespondentin mehr in Deutschland
- 30 Niederlande: Größte Zeitungsfusion**
- 30 Türkei noch weit von EU-Standards entfernt**
- 31 Europa-Kongress zu Medien-Qualität**
Weltweite Kampagne gegen Aushöhlung der Meinungs- und Pressefreiheit gestartet
- 31 Aktion für Sumi Khan, Bangladesch**

rubriken

- 5 Intern: Aktionen, Veranstaltungen, Personen**
- 32 Service / Seminare**
- 34 Impressum**
- 34 Leute / Preise**

Maiengedenken

Der Mai ist alljährlich ein Monat des Gedenkens. Anlass, Rückschau zu halten, um den Blick auf Gegenwart und Zukunft zu schärfen. In diesem Jahr gilt das besonders! 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus – nach Endes des Krieges am 8. Mai – gibt «M» eine kurze Analyse der Presseentwicklung in Deutschland: ein exemplarischer Medienausschnitt (Titel S. 8–11). Und es wird noch eine zweite Zäsur gemacht: Was ist geblieben vom Zeitungsf Frühling im Osten Deutschlands rund 15 Jahre nach dem Mauerfall (S. 12/13)?

Nachdem der ostdeutsche Kuchen weitgehend aufgeteilt ist, haben sich auch deutsche Medienkonzerne im erweiterten Europa den Nachbarländern im Osten zugewandt. Dem „demokratischen Zufall“ soll dabei offenbar wenig überlassen bleiben. Ein Strategiepapier der Bertelsmann-Stiftung in Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen in Weißrussland belegt sehr anschaulich, wie ein Konzern Politik macht (S.14/15). Gradmesser für die Demokratie in einem Land ist die Presse- und Meinungsfreiheit. Die Bilanz am 3. Mai,

Tag der Pressefreiheit, fällt jedoch ernüchternd aus: Staatliche Medienkontrolle, Erscheinungsverbote, Gefängnis und Mordaufträge prägen vielerorts noch Journalistenalltag und gesellschaftliches Leben (S. 16/17). Nur selten ein Thema für die Medien sind Menschen mit Behinderungen, in Europa sind das 40 Millionen. Zu ihnen gehört Skateboarder Og de Souza (Foto). Nicht zuletzt deshalb wird am 5. Mai europaweit mit vielfältigen Aktionen auf die Barrieren aufmerksam gemacht, die Behinderte im Alltag davon abhalten, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben (S. 18/19).

Rundfunkfreiheit ist ein Ergebnis der demokratischen Entwicklung in Deutschland der letzten 60 Jahre, gestärkt durch die laufende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dennoch steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seiner verbrieften Programmautonomie mehr denn je unter Druck der Europäischen Union. Vize-ver.di-Vorsitzender Frank Werneke beschreibt die Haltung von ver.di in diesem Konflikt (S. 20/21).
Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin



Foto: dpa / Franz-Peter Tschauner

contra

Gesagt ist gesagt

Von Günter Frech | Von den Beobachtern des hauptstädtischen Politzirkus ist zu hören, dass sich Pressesprecher immer häufiger melden, um sich zu beschweren, weil ein abgedruckter O-Ton nicht mit ihnen „abgestimmt“ sei. Dabei sollte allen Beteiligten klar sein, dass alles, was zum Beispiel auf einer Pressekonferenz – und selbst „am Rande“ – gesagt wird, auch gedruckt und gesendet werden kann. Ohne wenn und aber und ohne nochmalige Rücksprache. Und wenn es für die Informationspflicht von Bedeutung ist, darf der in einer Pause der Fraktions- oder Ausschusssitzung beiläufig dahingesagte Satz verwendet werden. Solche O-Töne sind das Salz in der Suppe der politischen Berichterstattung – gesagt ist eben gesagt!

Unserem Gewerbe wird gerne eine Wächterfunktion zugesprochen. Für die Demokratie sei die freie Presse unerlässlich, heißt es in Festreden. Wenn das so ist und Politiker und Journalisten diesen Anspruch nicht nur verbal verkünden, sondern auch danach leben, könnten sie auf die Freigabepaxis verzichten. Hier hat sich eine Praxis eingeschlichen, die mit dem ursprünglichen Anliegen des Autorisierens – dem Interviewten die Chance zu geben, sich das Gesagte in Schriftform anzuschauen – nichts mehr zu tun hat. Wer ein längeres Interview in guter Dramaturgie mit den nötigen Pointen und Zuspitzungen und

sachlich richtig niedergeschrieben hat, war zu früheren Zeiten auf der sicheren Seite. Dann kam irgendwann eine neue Generation von Pressesprechern und die glaubte, sie könne es besser sagen als die Chefs. Fortan wurde in Interviews reinredigiert und selbst vor Fragen nicht halt gemacht.

Die etwas mutigeren Kollegen haben für den Ursprungstext gekämpft und oft gewonnen. Diejenigen, die es sich mit dem Interviewten nicht verderben wollten oder vielleicht auch nur unter Zeitdruck standen, haben sich gebeugt und das abgesegnete Interview gedruckt. Beides – keine Zeit haben und Lieb Kind sein – ist untauglich für die Ausübung eines öffentlichen Berufes. Das Redigieren von Interviews hat das Klima versaut. Inzwischen sind viele Politiker, Wirtschaftsbosse und Gewerkschaftsfunktionäre samt ihren Sprechern von einer Kontrollwut besessen. Selbst beim Einholen von kurzen Statements verlangen sie, das Niedergeschriebene doch bitteschön schnell rüber zu mailen. Wer es nicht tut, hat beim nächsten Mal schlechte Karten. Wie wäre es, wenn wir uns auf das simple „gesagt ist gesagt“ verständigen? In anderen Ländern ist das üblich.

Der Autor ist freier Journalist, berichtet über Sozial- und Medienpolitik u. a. für die Frankfurter Rundschau.

Entführte Journalisten: Aufruf zur internationalen Unterstützung

BERLIN/PARIS. Reporter ohne Grenzen ruft erneut zu einer internationalen Kampagne für die im Irak entführten Journalisten auf. Die Menschenrechtsorganisation hat in Brüssel ein Schreiben an Josep Borrell, den Präsidenten des Europäischen Parlaments übergeben, das über 100 europäische Chefredakteure unterzeichnet haben, darunter die der Frankfurter Rundschau, der Zeit, der Welt sowie von Stern, Focus und Geo.

„Es gibt keine Freiheit ohne die Freiheit, die Öffentlichkeit zu informieren, überall und zu jedem Zeitpunkt“, heißt es in dem Statement. „Diese Freiheit ist ein grundlegendes Recht, das jeder von uns verteidigen und fördern sollte.“ Alle Mitgliedsstaaten und Institutionen der Europäischen Union seien aufgefordert, ihre Bemühungen für die Entführten zu verstärken und Pressefreiheit als Grundlage für Demokratie aktiv zu verteidigen.

Die französische Journalistin Florence Aubenas und ihr irakischer Übersetzer Hussein Hanoun Al-Saadi sind nun seit drei Monaten Geiseln im Irak. Am 28. März sind dort zudem die drei rumänischen Journalisten Mari Jeanne Ion, Sorin Dumitru Miscoci und Eduard Ovidiu Ohanesian entführt worden.

Reporter ohne Grenzen ruft auf, gemeinsam über konkrete Maßnahmen für den Schutz von Journalisten im Irak und in anderen Krisen- und Kriegsgebieten nachzudenken. „Sicherheit hat ihren Preis. Nicht alle Medien können für diese Kosten aufkommen. Daher gilt es, Kooperationen und den Zusammenschluss von Ressourcen zu erwägen, um Journalisten mehr Sicherheit zu ermöglichen.“ Den kompletten Wortlaut des Appells sowie alle unterzeichnenden Medien finden Sie unter: http://www.rsf.org/article.php?id_article=12730. Weitere deutsche Medien, die unterzeichnet haben sind: Hamburger Abendblatt (Menso Heyl), Rheinische Post (Godehard Uhlemann), Märkische Oderzeitung (Heinz Kurtzbach und Frank Mangelsdorf), „M – Menschen Machen Medien“ (Karin Wenk), Handelsblatt (Bernd Ziesemer).

Die Internationale Journalistenförderung IJF hatte am 8. April zu einem Aktionstag für die im Irak bei der Ausübung ihres Berufes getöteten Medienschaffenden aufgefordert. Alle Mitgliedsorganisationen waren aufgefordert, in Briefen an die amerikanische Regierung an den Tod der Kollegen im Hotel Palestine in Bagdad zu erinnern. Die US-Regierung solle endlich die Begleitumstände dieses Vorfalles und der weiteren Morde an Journalisten im Irak aufklären. Auch die dju in ver.di hat sich an dieser Aktion beteiligt. ■



Foto: NDR / Christian Wyrwa

Großer Sendesaal im NDR mit Festkonzert wieder eröffnet

HANNOVER. Der NDR hat seinen Großen Sendesaal im Landesfunkhaus Niedersachsen mit einem Festakt und einem Festkonzert wiedereröffnet. Der Klarinettenvirtuose Giora Feidman und das NDR Pops Orchester spielten in Hannover unter anderem Werke von Schostakowitsch, Gershwin und Tschaiakowsky. Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff zeigte sich zum Auftakt von der rund erneuerten Spielstätte angetan. „Ich bin überzeugt, dass die Radiophilharmonie nicht nur für Hannover, sondern auch für den NDR ein Juwel ist. Es sollte sorgfältig gepflegt werden, weil es überdurchschnittliche Leistungen bietet und ein herausragender prägender Faktor im Gesamtgefüge des NDR ist.“ NDR-Intendant Prof. Jobst Plog: „Der Große Sendesaal des Landesfunkhauses ist ein Markenzeichen für das NDR Engagement im Kulturland Niedersachsen. Die Renovierung des Sendesaals unterstreicht dies eindrucksvoll: Die be-

liebteste Spielstätte im Land hat neuen Glanz bekommen und verspricht ein herausragendes Konzerterlebnis. Die NDR Radiophilharmonie hat nun eine Heimat, die ihrer Klasse und ihrem Können gerecht wird.“

Erstmals seit seinem Bau im Jahr 1962 wurde der Große Sendesaal – er ist fast täglich Wirkungsstätte der NDR Radiophilharmonie – nach den Plänen des Göttinger Architektenbüros bmp Görres-Duhm einer grundlegenden Renovierung unterzogen. Vor allem die Saalakustik ist durch den Einbau spezieller Deckensegel mit integrierter Beleuchtung über der Bühne optimiert worden. Von über zwei Millionen Euro, die der NDR in die Renovierung investiert hat, sind ein großer Teil im Lande Niedersachsen geblieben. Von Gerüstbau-, Tischler- und Elektroarbeiten bis hin zu dem Aufbau der Saalbestuhlung und der Klimatechnik sind Unternehmen aus der Umgebung beauftragt worden. ■

Regieverband feiert 30jähriges Bestehen

MÜNCHEN. Der Bundesverband Regie (BVR) wird 30 Jahre alt. Seit 1975 vertritt die Künstlervereinigung Film- und Fernsehregisseure – auch als Drehbuchautoren und Produzenten – sowie Regieassistenten Script Continuities aus den Bereichen Kino, Fernsehen, Dokumentation, Synchronisation, Musikvideo, Show, Werbung und Industriefilm. Mit weit über 700 Mitgliedern ist der BVR die größte Berufsvereinigung der Filmbranche. Er engagiert

sich für Produktionsbedingungen, die kreative Arbeit ermöglichen und für die Verbesserung der Honorare, für die Förderung der beruflichen Weiterbildung, eine fortschrittliche Kultur-, Medien- und Filmpolitik sowie die Erhaltung des Films als Kulturgut. Als Berufsverband unterstützt der BVR die Kreativen bei der Durchsetzung von Ansprüchen im Urheber-, Arbeits-, Vertrags- und Sozialrecht. ■ www.regieverband.de

Aktionen, Veranstaltungen, Personen

Freienrat Deutsche Welle | Die Freien Mitarbeiter der Deutschen Welle haben einen Freienrat gebildet: Christel Becker-Rau, Julia Bernstorf, Günther Birkenstock, Esther Broders, Ramon Garcia-Ziemsens, Alexander Göbel, Michael Karhausen, Thomas Kohlmann, Andreas Noll und Diet Simon. Aus diesem Rat werden Kollegen in den Tarifausschuss von ver.di entsandt, um die Interessen der Freien zu vertreten. Um den Kontakt untereinander aufzubauen, sind regelmäßige Treffen geplant, am ersten Mittwoch des Monats. Der Freienrat hofft dabei ganz besonders auf Resonanz aus den Fremdsprachenprogrammen, der Technik und der Online-Redaktion. Informationen sowie Anregungen und Kritik per E-Mail: freiedp@gmx.net.

Erfahrungsberichte | ver.di ist an persönlichen Erfahrungsberichten von Freien interessiert über den Umgang mit Hartz IV (Was wird wo wie gehandhabt? Welche Ermessensentscheidungen sind erkennbar? Welche regionalen Unterschiede gibt es usw.) Mit dem Material sollen mögliche

Unzulänglichkeiten dokumentiert werden, um handeln zu können.

Berichte bitte per E-Mail an freie@verdi.de

Personalrat ZDF | Der neue Personalratsvorsitzende im ZDF ist der alte: Edgar Rößler (ver.di). Zusammen mit Rudolf Blank (DJV) und Werner Ach (ver.di) (beide Stellvertreter), wurde er in der konstituierenden Sitzung des 23 köpfigen Personalrats einstimmig wiedergewählt. Hans-Jürgen Engelmann und Ulrich Eichblatt komplettieren den Vorstand. Der ZDF-Personalrat vertritt die Interessen von rund 3.600 festen und etwa 1.500 freien Mitarbeitern. Der Personalratswahl vorausgegangen war ein intensiver Wahlkampf, den die gemeinsame Liste von ver.di und DJV, die mit 14 Sitzen für sich entschied.

Personalrat SR | Bei der Personalratswahl im Saarländischen Rundfunk am 7. April hat die gemeinsame Liste von ver.di und der Deutschen Orchestervereinigung (dov) die absolute Mehrheit verteidigt. Für die

Mediengewerkschaft stimmten über 54 Prozent der Wähler. Damit stellt ver.di-dov im nächsten Personalrat sieben Vertreter. Es sind: Inge Plettenberg, Michael Steinmetz (stellvertretender Personalratsvorsitzender und Vorsitzender der ver.di-Landesfachgruppe Rundfunk, Film, AV-Medien), Illona Bonnaire, Thomas Krauss, Claudia Limperg, Horst Scherer und Thomas Bimesdörfer.

Broschüre Journalistentag | Die Dokumentation über den Journalistentag der dju 2004 liegt Ende April gedruckt vor. Sie ist erhältlich über die Fachbereiche Medien in den Ländern. Adressen: www.dju.verdi.de

Fotoausstellung | „Bilder, die lügen“ heißt die Ausstellung, die noch bis zum 3. Juli im ZDF-Sendezentrum in Mainz zu sehen ist. Mit rund 300 Fotos werden Grundmuster der Bildmanipulation aufgezeigt und nach der Objektivität von Bildern gefragt. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 10.00 bis 17.30 Uhr, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen 13.00 bis 17.30 Uhr.

Filme, um die Welt zu verändern

Hitlers Hitparade: Adolf Grimme Preisträger C. Cay Wesnigk

Von Mathias Thurm | Der am 18. März mit einem Adolf Grimme Preis ausgezeichnete Fernsehfilm „Hitlers Hitparade“ hat in den Feuilletons eine lebhaftige Diskussion ausgelöst: Bunte Filmschnipsel aus einem scheinbar unbeschwerten Nazialltag werden mit fein dosierten Bildern des Schreckens unkommentiert zu einer sich selbst entlarvenden Kollage zusammengesetzt und dabei mit den Schlagern von Zahrah Leander, Rudi Schuricke, Ilse Werner und anderen Showgrößen der damaligen Zeit unterlegt. Bei dem Produzenten des ungewöhnlichen Dokumentarstreifens, dem Preisträger C. Cay Wesnigk hat der Film, der inzwischen auch ein Silver Diploma beim 4. International Documentary Film Festival in Stockholm gewonnen hat, neben der Freude über die Anerkennung tiefe persönliche Spuren hinterlassen.

■ Mit erstem Fernsehfilm ins ZDF

„Eigentlich war für mich das Thema Faschismus ziemlich weit weg“, sagt der 43-jährige Filmemacher, der 1990 mit dem Dokumentarspiel „Vier Wände, eine deutsche Einheit“ den Glashaus-Preis der IG-Medien gewonnen hat. Vor 13 Jahren seien Oliver Axer und Susanne Benze – für Hitlers Hitparade ebenfalls mit dem Grimme Preis ausgezeichnet (für Buch und Regie) – an ihn zunächst mit der Idee herantreten, sich über die Schlagermusik des Dritten Reiches filmisch dem dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte zu nähern. „Als wir damals mit diesem kühnen Ansatz und dem provokanten Titel Hitlers Hitparade Förderer und Fernsehanstalten begeistern wollten, herrschte erst einmal Stille am anderen Ende der Leitung“, erinnert sich Wesnigk. Doch er ließ nicht locker. Je mehr er sich mit der Idee und dem Rohmaterial des Filmes beschäftigte, desto mehr packte ihn das Projekt auch persönlich. „Plötzlich habe ich mich gefragt: Vielleicht wäre ich damals auch mit Begeisterung dabei gewesen?“ Eine Erfahrung, die er schon 1992 mit seinem Kom-

Ein Filmemacher, der dem Beobachter keine politische Botschaft unterjubeln will

pilationsfilm „Kinder, Kader, Kommandeure“ gemacht hat, als ihm klar wurde, wie unterschwellig und wirksam die Verführung zum Mitmachen in der DDR gewirkt hat. „Ich wäre wahrscheinlich auch ein guter FDJ-Funktionär geworden“, so sein Kommentar heute.

Weil Wesnigk durch die Gnade seiner späten Geburt und seinen Geburtsort seine soziale Prägung jedoch in den achtziger Jahren im Westen erfahren hat, wurde aus ihm zunächst ein typischer Vertreter der No-Future-Generation, wie er sagt. Feste Vorstellungen von seiner Zukunft habe er damals nicht gehabt. Zeichnen zum Beispiel hätte ihm Spaß gemacht, aber es fehlte an Talent. Kleine Filme auf Super 8 hat er bereits in der Schule gedreht. So bewarb sich der gebürtige Bad Schwartauer, der noch heute im selben Einfamilienhaus am Rande von Lübeck wohnt, nach dem Abi an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg, wo er zu seiner großen Verwunderung auch angenommen wurde. Mit 24, direkt nach Abschluss des Studiums kam er mit seinem ersten Fernsehfilm gleich ins ZDF: „Vergessen Sie’s“, eine fiktive Geschichte, in der erzählt wird, wie der Staat Menschen eines Hamburger Stadtteils anhand ihres Mülls überwacht. Geschichten erzählen ist denn auch das treibende Motiv für den Künstler, der von sich ganz schlicht und altmodisch sagt, dass er Filme macht, „um die Welt zu verändern“. Ein Anspruch, der vor dem Hintergrund der heutigen Fernsehrealität ziemlich gewagt erscheint. Doch er will dem Betrachter keine politische Botschaft unterjubeln. Ein guter Film, so sein Credo, müsse drei Kriterien erfüllen: den Zuschauer zum Lachen bringen, ihn zum Weinen bringen und ihm eine Welt zeigen, die er noch nicht kennt. Auch durch

seine Kinospots zur Aids-Prävention oder für Zivilcourage zieht sich sein inhaltlicher Anspruch wie ein roter Faden.

■ Aktiv in der AG Dok

Dass es heute unter dem Diktat von Kosten- und Quotendruck schwerer denn je ist, gute Dokumentarfilme zu produzieren, weiß Wesnigk nur zu gut aus eigener Erfahrung. So habe er sich zahllose Absagen anhören und inhaltliche Änderungen akzeptieren müssen, bevor ZDF und Arte in Co-Produktion Hitlers Hitparade ermöglichen hätten. Doch nachdem der preisgekrönte Film zweimal auf Arte gelaufen ist, wird er wohl nie mehr im Fernsehen zu sehen sein, auch nicht im co-produzierenden ZDF. Der Sender sieht sich nicht in der Lage, die Urheberrechte für das verwendete Archivmaterial zu bezahlen, die bei jeder Ausstrahlung bedient werden müssen.

Als ver.di-Mitglied und Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG Dok) setzt sich Wesnigk für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung seiner Kolleginnen und Kollegen ein. Neue Möglichkeiten erhofft er sich von der Weiterentwicklung der digitalen Technik. Mit der Online Film AG, dem wirtschaftlichen Arm der AG Dok ist Wesnigk dabei, eine Internetplattform schaffen, bei der man sich gegen Gebühr gezielt Filme runterladen kann. „Das soll so funktionieren wie ein offener Kanal, ohne dass allerdings die Zuschauer in Geiselschaft genommen werden, wie bei den linearen Programmen.“ Bis das Projekt so weit ist, kann es allerdings noch etwas dauern. Als nächstes steht erst mal ein Projekt für die ARD auf seinem Zettel: Eine Dokumentation über bekannte Erben. ■



Foto: Mathias Thurm

Die Zeichen stehen deutlich auf Streik

Druckarbeitgeber pfeifen auf Flächentarifverträge

Von Henrik Müller | Was die Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen vor einem Jahr mit beachtlichem Erfolg gemeistert haben, steht den 400.000 Kolleginnen und Kollegen in den Druckereien, den Verlagen und den papierverarbeitenden Betrieben in diesem Frühjahr bevor: die Verteidigung grundlegender tarifpolitischer Errungenschaften gegen massive Übergriffe der zuständigen Unternehmerverbände. Und wie die Dinge stehen, wird das nicht ohne heftige Streiks abgehen.

In vielen Chefetagen sind in diesen Tagen Systemveränderer am Werk: Die Zeiten, in denen die lohnabhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sich gesellschaftspolitisch in der Defensive sehen und Millionen ohne Arbeit sind oder Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut haben, wollen sie nutzen für einen radikalen Umsturz der tarifpolitischen Verhältnisse.

Henrik Müller, verantwortlicher Redakteur Druck und Papier



Foto: Christian Jungblott

157 Jahre nach dem ersten Druckerstreik, 132 Jahre nach Abschluss des ersten Drucker-Tarifvertrags wollen viele Prinzipale offensichtlich aufs Ganze gehen und können sich allen Ernstes vorstellen, künftig ohne jeglichen Flächentarifvertrag auszukommen. Jedenfalls wollen sie ihn nur noch dann, wenn die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft sich ihnen bedingungslos unterwirft und Vereinbarungen akzeptiert, die nur noch eine inhaltsleere Hülle wären.

■ Vernichtung weiterer Jobs

Wenn Tarifrunden in der Vergangenheit so abgelaufen sind, dass die Gewerkschaften Forderungen erhoben und die Unternehmerverbände nach und nach Angebote machten, soll das heute umgekehrt funktionieren: Die Arbeitgeber stellen Forderungen, die – allerdings ziemlich phantasielos – über die Branchen hinweg auf das Gleiche hinauslaufen: Sie wollen in den Betrieben freie Hand bekommen für die Verlängerung der Arbeitszeiten – selbstverständlich auch ohne Lohnausgleich. Sie wollen je nach Kassenlage regeln, ob Urlaubsgeld und/oder Jahresleistung gezahlt werden und in welcher Höhe. Sie wollen Erschwerniszuschläge reduzieren oder abschaffen und den Samstag wieder zum zuschlagsfreien Normalarbeitstag machen. Und sie wollen die Belegschaften spalten, indem Beschäftigte, die nach dem 1. Mai 2005 eingestellt werden, grundsätzlich schlechtere Konditionen bekommen.

Würde ver.di die von den Unternehmern geforderten Öffnungsklauseln tarifvertraglich akzeptieren, hätten selbst starke, selbstbewusste Belegschaften und ihre Betriebsräte kaum noch Druckmittel, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnsenkungen abzuwehren. Streiks dagegen wären juristisch jedenfalls kaum noch zulässig. Insgesamt läuft die aktuelle Tarifpolitik des Bundesverbandes Druck und Medien (bvdm), der Verlegerverbände und des

Hauptverbands der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie (hpv) auf die Vernichtung von weiteren zigtausend Jobs hinaus, und die, die noch Arbeit hätten, müssten massive Einkommensverluste hinnehmen.

Jedes Kind kann sich das an fünf Fingern ausrechnen, aber die meisten Unternehmer und ihre Manager können offensichtlich keine zehn Meter mehr über den eigenen Betrieb und keine 14 Tage über den nächsten Quartalsabschluss hinausdenken, um zu erkennen, dass in einem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem Lohndumping und Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten nur zu weiterer ökonomischer Depression führen. Nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht ist es deshalb auch nur vernünftig, dass ver.di für die Beschäftigten der Druckindustrie und der Papierverarbeitung in diesem Jahr eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,7 Prozent fordert.

Gegen die skizzierte Politik der zuständigen Unternehmerverbände hilft im Zweifelsfall nur die aktive Ingebrauchnahme des verfassungsrechtlich garantierten Streikrechts. Auch hier verkehrte Welt: Wenn Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in früheren Zeiten das Wort Arbeitskampf in den Mund nahmen, drohte stets der Untergang des Abendlands. In der Druckindustrie sind es heutzutage die Unternehmer, die schon seit eineinhalb Jahren die Muskeln spielen lassen und davon reden, dass es im Frühjahr 2005 wohl auf einen Arbeitskampf hinauslaufen werde, den man aber um der guten Sache willen in Kauf nehmen, sprich: aussitzen wolle. Je näher allerdings der 30. April 2005, das Ende der so genannten tariflichen Friedenspflicht, heranrückt, desto stiller sind die Druck-Unternehmer in Sachen Arbeitskampf geworden.

■ Mutige Papierverarbeiter

Zehn Verhandlungsrunden sind 2004 und in diesem Jahr ohne nennenswerte Fortschritte über die Bühne gegangen, und wenn nicht noch ein Wunder geschieht, gibt es Anfang Mai die ersten Streiks in Zeitungsbetrieben und anderen Druckereien, die aber unter einem guten Vorzeichen stehen: In der Schwesterbranche Papierverarbeitung, die früher tarifpolitisch immer ein wenig im Windschatten der Druckindustrie segelte und wo die Friedenspflicht schon Ende Dezember 2004 ausgelaufen ist, hat sich im März und April 2005 die breiteste und kraftvollste Streikbewegung seit 1991 entwickelt. Vor dem Mut der Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten wie diesen in den Ausstand zu treten, kann ich nur den Hut ziehen. ■

Superlative und Verwehungen

Wo immer mehr als zwei Verlagsvertreter versammelt sind, brechen sie sogleich in großes Wehklagen aus: Nie waren die Zeiten so schlecht wie heute. Gleichzeitig vermeldet Springer das „höchste Ergebnis in der Unternehmensgeschichte“; nur eine von vielen Widersprüchlichkeiten, die es derzeit erschweren, ein einheitliches Bild der Presselandschaft zu entwerfen. Der Markt bleibt schwierig: Ein Blick auf Pressekonzentration, demografische Entwicklung, Anzeigentiefen, Gewinnsteigerungen und „strukturelle Beißhemmungen“ nach 60 Jahren Presseentwicklung in Deutschland.

Von Tilmann P. Gangloff

Als Zeitungsverleger hat man es in diesen Tagen nicht leicht. Einerseits muss man den Angestellten erklären, warum ein Stellenabbau in Redaktion und Verlag immer noch unumgänglich ist; andererseits machen die großen Häuser, die seit Jahren mehrstellige Millionenbeträge vor allem im osteuropäischen Ausland investieren, satte Gewinne. Kürzlich erst konnte Springer-Vorstand Mathias Döpfner lauter Superlative verkünden. Sein resümierendes Fazit des zurückliegenden Geschäftsjahres: „Historischer Ergebnis-Rekord auf dem Höhepunkt einer andauernden Konjunktur- und Strukturkrise.“

Das bringt es auf den Punkt: Die Bilanzen gerade der Großverlage legen nahe, dass die Talsohle der Einnahmenverluste gerade bei Anzeigen durchschritten ist. Doch in der Öffentlichkeit lässt man sich zu allenfalls verhaltenem Optimismus hinreißen, selbst wenn sich sowohl die Vertriebs Erlöse wie auch das Anzeigengeschäft deutlich erholt haben. Dank einer teilweise rücksichtslosen Sanierung auf Kosten der Mitarbeiter konnten es die Verlage selbst mitten in der Krise vermeiden, rote Zahlen zu schreiben. Nur gut, dass es noch das Damokles-Schwert der demografischen Entwicklung gibt, mit dem man die Zuversicht bremsen kann: Seit Jahren nimmt die Zahl junger Zeitungs-

leser kontinuierlich ab. Bereits heute ist der typische Leser tendenziell ein älterer Mann. In ihrer klaren Ausrichtung auf die aussterbenden deutschen Leser ignorieren die Zeitungen zudem die einzige Bevölkerungsgruppe, die Zuwächse verzeichnet: junge, konsumkräftige Ausländer.

■ An Reichweite zugelegt

In der ersten Hälfte der bundesdeutschen Nachkriegszeit sahen die Zahlen noch ganz anders aus. Zwar kam es aufgrund einer Rezession Mitte bis Ende der Sechzigerjahre zu ersten Konzentrationsbewegungen im Pressewesen, doch den Zeitungen ging es vergleichsweise gut. Die massenhafte Verbreitung des Fernsehens hatte das Medium unbeschadet überstanden. Im Gegenteil: Parallel dazu konnten die Tageszeitungen an Reichweite sogar noch zulegen. Erst die Einführung des kommerziellen Fernsehens und die damit einhergehende Gründung eines Dualen Systems aus öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern führte zu einer spürbaren Veränderung in der Mediennutzung. Als die Sender RTL (damals noch mit einem „plus“) und Sat.1 nicht mehr nur übers Kabel, sondern auch terrestrisch empfangen werden konnten, nahm die Bedeutung des Fernsehens als Freizeit-

angebot sprunghaft zu. Das galt zwar für alle Altersgruppen, doch nur bei Jüngeren machte sich erstmals auch ein Verdrängungswettbewerb bemerkbar. Seither werden junge Leute, wie die Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie (IfD) belegen, immer weniger regelmäßige Leser einer Tageszeitung.

Das hat mehrere Gründe. In gleichem Maß, wie das Fernsehen an Attraktivität gewann, nahm das Interesse junger Menschen an den klassischen Zeitungsressorts Politik und Wirtschaft ab. Kommunikationsforscher vermuten zudem, dass sich das Mediennutzungsverhalten jüngerer Zielgruppen durch die Gewöhnung an das flüchtige Fernsehen verändert hat. Einzelne Ergebnisse der Pisa-Studie belegen, dass Schülern das Verständnis komplexer Texte immer schwerer fällt.

Derzeit trägt natürlich auch die wirtschaftliche Situation vieler Haushalte nicht gerade dazu bei, dass sich die Zahl der Zeitungs-Abonnements erhöht. Ein Großteil der Ausgaben für Kommunikation fließt mittlerweile gerade bei Menschen unter dreißig ins mobile Telefon. Da das Fernsehen, das man ja wegen der Rundfunkgebühr ohnehin bezahlen muss, sowie Anzeigenblätter, kostenlose Freizeitmagazine oder der lokale Hörfunk offenbar ein Großteil des Informationsbe-





Foto: Guido Schiefer

auch auf andere Weise erfahren“. Vor fünfzig Jahren sah das noch ganz anders aus. Zwar hatte die noch junge Republik selbst im Zuge des Wirtschaftswunders nicht zur einstigen Zeitungsvielfalt zurückgefunden, doch der Status des Mediums bei seinen Kunden stand außer Frage: Laut einer ersten vom Bundesverband deutscher Zeitungsverleger in Auftrag gegebenen Lesenumfrage wurden 78 Prozent der Bevölkerung in den Jahren 1957/58 regelmäßig von Zeitungen erreicht. Von den knapp 25 Millionen täglichen Lesern waren zwei Millionen zwischen 14 und 17 Jahren alt.

■ Ungebrochener Konzentrationsprozess

Daran sollte sich auch in den beiden folgenden Jahrzehnten nichts ändern. Erste Warnsignale aus Amerika wurden ignoriert: Dort wurde schon in den Siebziger Jahren bei jungen Leuten ein deutlicher Rückgang der Zeitungslektüre festgestellt. Hier zu Lande hingegen erreichte das Medium gerade den Höhepunkt der Nachkriegszeit. Die Demoskopiefrage nach der regelmäßigen Zeitungslektüre beantworteten 74 Prozent der Befragten noch 1979 mit „Ja“. Der medienpolitische „Urknall“ 1984 brachte die Wende: Hatten bis zur Einführung des Privatfernsehens noch 41 Prozent die Zeitung als wichtigste Informationsquelle bezeichnet, so sackte diese Zahl innerhalb von drei Jahren auf 28 Prozent.

Diese Entwicklung ist aus Sicht von Kommunikationswissenschaftlern weitaus dramatischer als die schrumpfende An-

zahl der Titel. Deutlichster Beleg für den ungebrochenen Konzentrationsprozess des Zeitungsmarktes ist die Anzahl der Marktzugänge. Sieht man mal von Nebenausgaben sowie den Ablegern der jüngsten Zeit („20 Cent“, „Welt kompakt“) ab, gab es in den letzten Jahrzehnten mit der „tageszeitung“ (taz) und in jüngerer Zeit mit der Financial Times Deutschland (FTD) nur zwei nennenswerte Neugründungen, die sich nicht nur durchsetzen, sondern auch überleben konnten. Dem gegenüber steht eine Vielzahl von Versuchen, die gescheitert sind, darunter Alternativprojekte wie die „Zeitung zum Sonntag“ (zus) aus Freiburg, aber auch ehrgeizige Entwürfe in großem Maßstab wie „Die Woche“.

Auf regionaler Ebene ist der Zeitungskuchen ohnehin verteilt. Außerhalb der Ballungsräume herrschen praktisch überall monopolistische Zustände. In über 60 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte gibt es laut Dortmunder Formatt-Institut mittlerweile nur noch eine Zeitung. Gebietskämpfe gehören weitgehend der Vergangenheit an. Lieber überlässt man ein Gebiet, in dem die Lokalausgabe nicht rentabel ist, der Konkurrenz.

Trotzdem glauben langjährige Marktbeobachter wie etwa der Dortmunder Zeitungsforscher Horst Röper (Formatt) nicht, dass es zu einer neuen Konzentrationswelle kommen werde. Das Konzentrations-tempo habe seit der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre insbesondere wegen einer damaligen Novellierung des Kartellrechts deutlich nachgelassen. „Kern der Kartellrechtsbestimmungen im Pressewesen war immer die Fusionskontrolle, und die ist ja – anders als von Clement geplant – auch ▶

dürfnisses befriedigen, haben viele Haushalte die tägliche Zeitungslektüre in Frage gestellt. 32 Prozent aller Deutschen und 58 Prozent aller 16- bis 29-Jährigen haben hierzulande laut IfD heute den Eindruck, „alles, was für mich wichtig ist, kann ich

Anzeige

nicht aufgegeben worden“, so Röper. Ganz kleine Verlage können nach der jüngsten Gesetzesänderung zwar unabhängig von einer kartellrechtlichen Überprüfung miteinander fusionieren, wenn ihr gemeinsamer Jahresumsatz nicht zwei Millionen Euro überschreitet, doch für größere Verlage ist die „Aufgreifschwelle“, die im ersten Entwurf noch bei 25 Millionen Euro lag, verdoppelt worden.

Übersehen wird auch gern, dass ein Konzentrationsprozess für jeden Markt ganz natürlich ist. Im Pressewesen wird der Vorgang beargwöhnt, weil mit jedem Verlust einer eigenständigen publizistischen Einheit die Meinungsvielfalt eingeschränkt wird. In anderen Branchen sind diese Prozesse durch die Internationalisierung des Wettbewerbs ausgeglichen.

Röper verweist auf die Automobilbranche: Dort seien zwar diverse deutsche Marken vom Markt verschwunden, doch die Lücken seien von Herstellern aus Frankreich, Italien oder Japan geschlossen worden. Eine ähnliche Entwicklung gab es in der Elektrogeräte-Industrie. In beiden Branchen ist der Wettbewerb sogar noch größer geworden. Auch im Bereich des Fernsehens hat sich die Internationalisierung längst vollzogen: Die deutschen Kabelnetze sind zum größten Teil in der Hand ausländischer Investorengruppen, die ProSiebenSat.1-Gruppe gehört dem Amerikaner Haim Saban, der wiederum die Interessen diverser Kapitalgeber vertritt. Den Zeitungsverlegern hingegen ist es gelungen, ihren Markt abzuschotten; hier ist Ausländern der Zugang nie gelungen. Rupert Murdoch hat zwar mehrfach ver-

sucht, Anteilseigner bei Springer zu werden, musste in Deutschland aber eine seiner wenigen Niederlagen akzeptieren. Auch das gemeinsam mit Burda gestemmte Projekt „Super“ ist gescheitert.

■ Keine Garantie für Vielfalt

Trotzdem beobachtet der Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren die Entwicklung ohne große Sorge. Der lokalen Berichterstattung wirft er ohnehin „Elitenorientierung“ vor. Tatsächlich haben die Sozialwissenschaftler Ralf Zoll und Thomas Ellwein schon vor über dreißig Jahren mit ihrer „Wertheim-Studie“ (so genannt nach einem Ort im Fränkischen) belegt, dass selbst mehrere Tageszeitungen insgesamt nur einen bestimmten Ausschnitt des öffentlichen Lebens abbildeten, weil lokale Berichterstattungspraxis elitendominiert sei. Röper bringt es auf den Punkt: „Eine Vielzahl miteinander konkurrierender Zeitungen ist noch keine Garantie für inhaltliche Vielfalt, aber die Voraussetzung“.

Siegfried Weischenberg, Direktor des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft (Universität Hamburg), sieht das ähnlich. Gerade in Monopolsituationen sieht er „eine Art Arrangement zwischen Tageszeitungen und herrschenden Parteien“. Die Zeitungsmacher selber betonen gern den Forums-Charakter ihrer Blätter, der für Jarren allerdings einen ganz anderen Hintergrund hat: „Die Verlage können es sich aus ökonomischen Gründen gar nicht mehr leisten, schwarze oder rote Positionen zu vertre-

ten“. Der Ordinarius für Publizistikwissenschaft an der Universität Zürich spricht von „Versippung“ der örtlichen Eliten. Viele Leser sehen das übrigens ähnlich: Laut Umfragen der Allensbacher Demoskopie trauen immer weniger Menschen ihrer Zeitung zu, dass sie die Öffentlichkeit über ein privates Vergehen des Bürgermeisters (zum Beispiel betrunken Autofahren) informieren würde. Aus Sicht Jarrens verliere der Lokaljournalismus in Monopolgebieten seine Aufgabe als „Watchdog“: „Die Frühwarnfunktion der Medien wird größtenteils ausgeblendet“. Jarren nennt das die „strukturelle Beißhemmung“ und spricht von „korporatistischen Interessen“, weil die Berichterstattung weitgehend ökonomisch gesteuert sei. Der Konflikt zwischen Aldi-Süd und ▶

Johannes Gensfleisch zur Laden, genannt Gutenberg (1400 – 1468), erfand die beweglichen Lettern mit denen Jahrhunderte lang Zeitungen erstellt wurden.

Das erste gesicherte Datum für ein Mainzer Druckwerk überhaupt ist der 22.10.1454: die „31zeiligen Ablassbriefe“.



Ein Hoch auf die Flachware

Ausstellung im Mainzer Gutenberg-Museum würdigt 400 Jahre Zeitung

Es lebe die Zeitung. Jedes Kind weiß, dass mit ihr der Tag beginnt. Egal, ob in guten oder schlechten Zeiten. Ob in Moskau, Buenos Aires, Tokio oder in Mainz. Aber nehmen wir ruhig Mainz. Da wird in diesen Tagen eifrig an einer Ausstellung gewerkelt, die die Geschichte eben dieses Mediums nachvollzieht. Die Zeitung wird 400 Jahre alt.

Das ist ein Grund zur Rückschau. Und ein Grund zu Optimismus. Denn die Zeitung ist jung wie eh und je und von Niedergangsprognosen im elektronischen Zeitalter kaum wirklich bedroht. Nicht nur, weil man mit Computern keine feuchten Schuhe ausstopfen kann.

Zeitung ist ein Produkt menschlicher Neugier und der ersten Medienrevolution.

Denn ohne Gutenberg und seine beweglichen Lettern gäbe es auch keine „Flachware“, wie Zeitungen im Druckerjargon im Unterschied zu Büchern bezeichnet wurden. Das Interesse an den „Einkommenden Zeitungen“, so der Titel des ersten ab 1650 in Leipzig täglich erscheinenden Blattes, wuchs allgemein. Die Zeitung als Produkt technischen Fortschritts bestimmte künftig selbst die Entwicklung von Kultur, Kommunikation und Druckgewerbe mit. Und dokumentierte sie permanent. Zeitung ist ideelles und materielles Produkt. Verbunden mit Alphabetisierung, Erweiterung des Weltbildes, Post und Verkehr, immer auch Politik, geistiger Auseinandersetzung und – quasi von Beginn an – Streit um die Pressefreiheit. Dass Zeitung eine Sache von Öffentlichkeit ist, liegt in ihrer Natur. Schnell wurde sie eine von Zensur und Obrigkeitent- ▶

der Süddeutschen Zeitung, vermutet der Publizistikwissenschaftler, sei wohl nur die ausnahmsweise sichtbar gewordene Spitze des Eisbergs.

■ Krise als Chance erkannt

Gerade die aktuelle Krise hat die Abhängigkeit der Verlage von Einnahmen durch Anzeigen nachhaltig vor Augen geführt. Allerdings hat die Branche die Krise auch als Chance erkannt: Praktisch jeder Verlag sucht nach neuen Erlösquellen. Das in den Achtzigern begonnene Diversifikationsgeschäft hat sich hingegen als wenig rentabel erwiesen; Engagements etwa beim Ballungsraumfernsehen waren wenig berauschend. Auch bei kommerziellen Hörfunksendern führte es mit-

unter, so in NRW, zu ernüchternden Ergebnissen. Eine jüngste Umfrage der Unternehmensberatung KPMG („Wachstumsfelder für den Zeitungsmarkt in Deutschland“) hat ergeben, dass Zeitungsverlage in Zukunft die Hälfte ihres Umsatzes über den Vertrieb erzielen müssen. Die klassische Finanzierungsstruktur – ein Drittel Vertrieb, zwei Drittel Anzeigen – gehöre endgültig der Vergangenheit an. Viele Verlage sind längst als Postzusteller aktiv. Das Angebot kultureller Produkte und Dienstleistungen (Kunst, Bücher, Reisen) gehört fast schon zur Grundausstattung. Vor dem letzten Ausweg werden sich die Verlage so lange wie möglich drücken: Nur dank der Anzeigeneinnahmen konnte ein vergleichsweise niedrigerer Copy-Preis garantiert werden. Lassen sich keine alter-

nativen Einnahmequellen finden, werden die Zeitungen ihren Käufern die Gretchenfrage stellen müssen: Wie viel ist dem Leser die Lektüre tatsächlich wert? Der Leser wiederum könnte entgegnen, er werde nur dann mehr zahlen, wenn brutto gleich netto sei, er also nicht mehr ganze Bücher ungelesen bei Seite legen müsse. Die Zeitung der Zukunft könnte dann so aussehen: neben der lokalen und regionalen Berichterstattung den Politikteil der taz, den Sportteil der Süddeutschen, das Feuilleton der FAZ und das tägliche plus aus der Frankfurter Rundschau. Natürlich kann man sich diese Daily Me schon jetzt Tag für Tag im Internet zusammenstellen. Aber dieses „Best of“ morgens aus dem Briefkasten zu holen: Das wird wohl ein Traum bleiben. ■



Foto: Keystone / Stefan Oelbrier

scheidungen, später eine von Urheberrecht und Kodizes. Zeitung ist immer Instrument in den Händen derer, die sie besitzen. Presse ist käuflich, als Ware gewinnträchtig. Sie ist millionenfach verbreiteter Denkanstoß. Oder das Gegenteil. Sie transportierte Ideen der Aufklärung und beförderte Revolutionen, war jedoch ebenso Manipulationsmittel von Diktatoren und Werkzeug zur Gleichschaltung.

Für die, denen sie zum Broterwerb dient, ist Zeitung ein hierarchischer Organismus, der Arbeitsteilung verlangt. Und Berufsethos. Zwifache Gratwanderung.

Nichts ist bekanntlich so alt wie die Zeitung von gestern. So schafft sie ein permanentes Recyclingproblem, wenn auch ein umweltverträgliches. In Sachen Tempo ist die gute alte Zeitung überholt, seit es Rundfunk gibt. Altmodisch ist sie deshalb nicht. Relaunch gehört zum Ge-

schäft wie neuerdings Vierfarbendruck und Online-Ausgaben. Selbst wenn die Morgenzeitung heute Nachrichten vermittelt, die anderswo schneller zu haben sind, so tut sie es doch auf eigene, unverwechselbare Weise. Ein gedrucktes Blatt kann getrost nach Hause getragen, in der U-Bahn oder auf dem stillen Örtchen gelesen und in Grundsteine gemauert werden.

■ Geburtsurkunde präsentiert

Die Zeitung hat Höhen und Tiefen erlebt, Krisen überstanden und die moderne Gesellschaft mit begründet. Von all dem berichtet die Ausstellung „Schwarz auf Weiß. 400 Jahre Zeitung 1605 bis 2005“, die am 9. Juli im Mainzer Gutenberg-Museum eröffnet und bis zum Jahresende gezeigt wird. Kurator ist der

Zeitungswissenschaftler Dr. Martin Welke, dem es 1987 gelang, das Geburtsjahr der Zeitung vier Jahre nach vorn zu rücken. Er fand im Straßburger Stadtarchiv das Schreiben eines Johann Carolus, der 1605 beim „Rat der Einundzwanzig“ Schutz gegen den widerrechtlichen Nachdruck seiner wöchentlich erscheinenden Nachrichtenblätter erbat – erfolglos. Das Gesuch im Original wird als Geburtsurkunde der Zeitung im Mainzer Museum präsentiert werden. Pläne, die Jubiläums-Zeitungsschau in eine enzyklopädisch angelegte Dauerausstellung umzuwandeln, sind noch vage, könnten aber von Erfolg gekrönt sein, wenn Finanziere und Besucherscharen nachhelfen. Denn ein Blick zurück schärft den Blick nach vorn: Lang lebe die Zeitung! *Helma Nehrlich* ■

Informationen unter:
www.gutenberg.de/museum.htm

Kurzer Zeitungsfrühling

Ostdeutsche Presselandschaft 15 Jahre nach dem Mauerfall

Der Zeitungsfrühling nach der Wende währte nicht lange. Anstelle der SED geben heute westdeutsche Großverlage in den Printmedien der neuen Länder den Ton an. Die Konsumschwäche der ostdeutschen Bürger führte zudem zu drastischen Auflageneinbrüchen.

Den Wendepunkt auf dem ostdeutschen Zeitungsmarkt markierte nicht der 3. Oktober 1990 als offizieller Vereinigungsfesttag. Entscheidender für die Geschicke der Printmedien war der 1. April des Jahres. An diesem Tag wurden mit dem Wegfall staatlicher Pressesubventionen die Zeitungen und Zeitschriften der DDR in die raue Welt der Marktwirtschaft entlassen. Bereits am 5. Februar 1990 hatte die Volkskammer mit ihrem „Beschluss zur Gewährleistung der Meinungs-Infor-

verschunden“, resümierte die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung in ihrem letzten „Medienbericht 98“. Die Zeitungslandschaft in den neuen Bundesländern, so das Fazit, werde „nach wie vor und stärker als bisher von den 14 großen Regionalzeitungen beherrscht, die schon als SED-Bezirkszeitungen über das fast vollständige Monopol orts- und kreisbezogener Berichterstattung verfügten“.

■ Vielfalt drastisch reduziert

Bis 1989 gab es in der DDR 39 Zeitungen, darunter 30 Regionalblätter mit einer Gesamtauflage von 9,7 Millionen Exemplaren. Im ersten Jahr der Wende kam es kurzfristig zu einer starken Erweiterung durch das Engagement von nahezu 50 kleineren und mittleren Verlagen.

► Das Ende der überregionalen DDR-Tageszeitungen

Für die neuen überregionalen Tageszeitungen der DDR bedeutete die deutsche Einheit den Anfang vom Ende. Die ehemaligen Sprachrohre von Massenorganisationen und Blockparteien wurden zwar in der Regel von Westverlagen übernommen – um jedoch wenig später eingestellt zu werden. Dieses Schicksal traf das Deutsche Sportecho ebenso wie Der Morgen, der seinerseits kurz vor dem Exitus im Juni 1991 noch die Berliner Allgemeine (früher: Nationalzeitung) geschluckt hatte. An beiden Blättern fand der Axel Springer Verlag keine rechte Freude. Auch das Engagement des FAZ-Verlags beim Deutschen Landblatt (früher: Bauern-Echo) endete bereits im Juli 1992. Vom einstigen CDU-Zentralorgan Neue Zeit trennten sich die Frankfurter im Juli 1994 nach einem aufwendigen Relaunchversuch. Auch die Übernahme der Abonnentenkartei des im September 1992 eingestellten Ex-FDGB-Organs Tribüne hatte das Siechtum nur ein wenig verlängert.

Einzig das ehemalige SED-Zentralorgan Neues Deutschland und das einstige Sprachrohr der Freien Deutschen Jugend Junge Welt, überlebten die Wende. Beide Titel erreichten gemeinsam mit knapp 65.000 verkauften Zeitungen nur noch einen Bruchteil ihrer früheren Massenaufgabe von 2,6 Millionen Exemplaren. Die regionalen Blätter überlebten zwar alle. Aber ihre Auflagen stürzten massiv ab: im Schnitt um rund 50 Prozent. kel ■

mations- und Medienfreiheit“ die gesetzliche Grundlage für eine freie Presse in der absterbenden DDR gelegt. Die Folgen der marktwirtschaftlichen Anpassung: eine rasante Pressekonzentration, der neben etablierten Altblättern auch der größte Teil der Nachwende-Gründungen zum Opfer fiel. „Mehr als die Hälfte aller früheren DDR-Zeitungen sind vom Markt

Im April 1991 verkaufte die Treuhandanstalt die 15 ehemaligen SED-Bezirkszeitungen an westdeutsche Großverlage. Bereits kurze Zeit danach war der „Zeitungsfrühling“ beendet, die Vielfalt wieder drastisch reduziert. Die Konzentrationswelle erfasste alle Zeitungstypen, mit Ausnahme der ehemaligen SED-Bezirksblätter. Am stärksten betroffen waren die acht



überregionalen Titel aus DDR-Zeiten (vgl. Kasten).

Die Boulevardpresse, zu DDR-Zeiten nahezu unbekannt, erlebte ebenfalls einen vorübergehenden Aufschwung. Auf dem Höhepunkt des Booms, im Herbst 1991, wurden neun verschiedene Titel mit insgesamt 23 redaktionellen Ausgaben registriert. Übrig blieben die Ost-Ausgaben der Bild-Zeitung aus dem Hause Springer, die Dresdner Morgenpost sowie der Berliner Kurier (Gruner + Jahr).

Bei der Privatisierung der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen orientierte sich die Treuhand an Kriterien wie Vielfalt, hohen Verkaufserlösen, Arbeitsplatzgarantien und Investitionszusagen. Vereinzelt sollen auch politische Seilschaften eine Rolle gespielt haben. Die Entflechtung bestehender Monopolbetriebe kam für die Treuhand nicht in Betracht. Eine fatale Entscheidung, da aufgrund der ungleichen Ausgangsbedingungen ein funktionierender Wettbewerb gar nicht erst in Gang kam. „Statt den Markt ordnungspolitisch sinnvoll zu gestalten, wurden lediglich Monopole verteilt“, urteilte später die Kommunikationswissenschaftlerin Beate Schneider.

Die Bundesregierung sprach dagegen noch in ihrem „Medienbericht 94“ der Privatisierung mit trickreicher Argumentation auch „dekonzentrierte Wirkung“ zu: schließlich hätten sich Gruner + Jahr, Bauer und Burda auf dem gesamtdeutschen Zeitungsmarkt etabliert, die früher in der Tagespresse nicht aktiv gewesen seien. Ein Bertelsmann-Manager äußerte seinerzeit, zur Politik der Treuhand habe es keine realistische Alternative gegeben: „Eine idealtypische Lösung, nämlich die Vergabe der Zeitungen an Unternehmen und Verleger am Ort, war nicht möglich, da es solche Personen und Firmen samt marktwirtschaftlicher Ordnung bislang nicht gab.“ Nur die Großverlage seien imstande gewesen, den hohen Kaufpreis – die Treuhand kassierte



Foto: Toni Nemes

für den Verkauf 850 Millionen Mark – zu entrichten sowie die enormen Investitionen zur Modernisierung aufzubringen. Zeitungswissenschaftler Walter J. Schütz sprach dagegen von einer „verpassten Chance“. Eine denkbare Alternative wäre gewesen, die Zeitungen nicht als Ganzes anzubieten, sondern die Verbreitungsgebiete aufzuteilen: „Dann hätten sich auch kleinere und mittlere Zeitungsverlage etablieren können.“

Die Folge: Die 14 ehemaligen SED-Bezirkszeitungen beherrschen heute unangefochten den Markt. Im Segment der regionalen und lokalen Abo-Zeitungen haben sie faktisch keine relevanten Wettbewerber. Einzig die Berliner Zeitung als einstiger SED-Titel für die DDR-Hauptstadt muss sich starker Konkurrenz durch Holtzbrinck und Springer erwehren und hat daher überdurchschnittlich viele Federn lassen müssen. Ansonsten dominiert die jeweilige Regionalzeitung mit relativ hoher Auflage und großem Verbreitungsgebiet. Auf kaum einem Feld, resümierte Beate Schneider, „zeigt sich die soziale Teilung Deutschlands so deutlich wie im Pressewesen“. Während in den alten Bundesländern eine Mischung aus großen, mittleren und kleineren Zeitungsverlagen existiert, herrschen im Osten Großunternehmen.

■ Guter Rat überlebte

Nicht weniger dramatisch die Entwicklung auf dem Zeitschriftensektor. 1989, im Jahr des Mauerfalls, gab es in der DDR 543 lizenzierte Zeitschriften. Garten und Kleintierzucht, NBI oder der Deutsche Straßenverkehr, selbst Kinderzeitschriften wie Bummi und Frösi erreichten mühelos Auflagen von 700.000 Exemplaren. Andere Blätter wie die Frauenzeitschrift Für Dich, Mosaik oder Wochenpost überschritten die Millionenengrenze, ohne den Bedarf vollständig zu decken.

Die wichtigsten und populärsten Magazine erschienen im SED-eigenen Berliner Verlag. Dieses Filetstück des DDR-Print-„marktes“ hatte sich früh Gruner + Jahr gesichert, gemeinsam mit dem damaligen Partner Robert Maxwell, nach dessen Tod als alleiniger Eigentümer. Doch von den bunten Zeitschriftenlogos am Verlagstower unweit vom Alexanderplatz ist keines mehr übrig. Heute erscheinen im Verlag nur noch Berliner Zeitung und Berliner Kurier.

Zu den ersten Wendeopfern zählten die Freie Welt, die Zeitschrift der deutsch-sowjetischen Gesellschaft, Für Dich, das Blatt des Demokratischen Frauenbundes und die außenpolitische Wochenzeitung Horizont. Andere Blätter wie F.F.Dabei, die einzige Fernseh-Zeitschrift der DDR oder die Wochenpost wurden verkauft und später eingestellt. Zwei Blätter, die Gruner + Jahr an Kleinverleger abstoßen konnte, existieren noch heute: Das Magazin, in Vorwendezeiten auch wegen des in jeder Ausgabe enthaltenen Republik-Nackedei heiß begehrte und immer ausverkaufte „Bückware“, außerdem der Eulenspiegel, die Zeitschrift für Satirefreunde.

Den gesamtdeutschen Spagat schaffte einzig die Verbraucherzeitschrift Guter Rat. Früher nur im Osten verbreitet, ist das Blatt aus dem Super Illu Verlag seit 1997

gesamtdeutsch. Bei nahezu verdoppelter Auflage: Statt 125.000 Exemplaren werden heute 265.000 Stück verkauft. Nicht zu vergessen Super Illu selbst, die einzige erfolgreiche Zeitschriften-Neugründung im Osten. Dem vor 15 Jahren von Burda gestarteten Wochenblatt gelang es, mit einem ostlastigen Mix aus Homestories, Ratgeber, Sex und Politik alle hochwertigen Wettbewerber abzuhängen. Der Untertitel „Eine für uns“ und die redaktionelle Zielvorgabe, „die Einheit Deutschlands zu vollenden“, verdeutlichten das Programm: den Appell an die wunde Ostseele. Mehr als eine halbe Million Käufer in den neuen Ländern fühlen sich bis heute wöchentlich davon angesprochen.

■ Wenig Glück mit Super!Zeitung

Weniger Erfolg beschieden war Burda mit einem anderen Glied der „Super“-Familie: Die auf antiwestdeutsche Ressentiments getrimmte, anfangs gemeinsam mit Rupert Murdoch herausgegebene Super!Zeitung entwickelte sich zum grandiosen Flop. Zuletzt verkaufte das als Ost-Bild geplante Boulevardblatt gerade mal 350.000 Exemplare. 14 Monate nach Erscheinen wurde Super! im Juli 1993 sang- und klanglos eingestellt.

Günter Herkel ■

▶ Auflagenentwicklung der früheren SED-Bezirkszeitungen

Titel	Verkaufte Auflage in Tsd. Exemplaren			Differenz in %
	III/1989	II/1996	IV/2004	
Berliner Zeitung	439,1	230,6	187,6	- 57
Freies Wort	178,5	114,9	*102,5	- 43
Leipziger Volkszeitung	483,9	288,0	274,4	- 43
Lausitzer Rundschau	293,0	193,0	122,9	- 58
Märkische Allgemeine	350,8	219,8	176,3	- 50
Mitteldeutsche Zeitung	589,9	403,4	276,8	- 53
Volksstimme	453,6	312,7	**241,7	- 47
Nordkurier	204,0	140,7	105,6	- 48
Freie Presse	663,7	460,3	353,9	- 47
Märkische Oderzeitung	212,0	150,6	105,8	- 50
Schweriner Volkszeitung	202,9	143,7	116,0	- 43
Sächsische Zeitung	568,9	408,2	297,7	- 48
Thüringer Allgemeine	404,1	294,4	***403,7	
Ostthüringer Zeitung	239,0	174,5		
Ostsee-Zeitung	295,2	213,0	168,2	- 43
Gesamtauflage	5.578,6	3.747,4	2.933,2	- 47

Anmerkungen:
 * I/2004 gemeinsame Auflage von Freies Wort Suhl, Südthüring. Zeitung und Meininger Tageblatt;
 ** I/2004;
 *** I/2004 gemeinsame Auflage von Thüringer Allgemeine, Erfurt/Ostthüringer Zeitung, Gera u. Thüringische Landeszeitung, Weimar.
 Quellen: IVW; BDZV – Zeitungen 2004; Beate Schneider/Wiebke Möhring/Dieter Stürzebecher: „Ortsbestimmung – Lokaljournalismus in den neuen Ländern“.



Foto: dpa / Tobias Heyer

Expansionsdrang in Gütersloh

Die Bertelsmann-Stiftung und ihr Einfluss auf die Politik

In Polen, Tschechien und Ungarn haben westeuropäische Medienkonzerne rund 80 Prozent der Presse aufgekauft. Mit der EU-Osterweiterung richtet sich der Blick nun auf zwei große neue Nachbarn: die Ukraine und Weißrussland. Die Bertelsmann-Stiftung legte kürzlich ein Strategiepapier vor, das unter dem Titel „In Richtung einer kohärenten EU-Strategie für Weißrussland“ einen Regimewechsel in Lukaschenkos Weißrussland anstrebt.

Erarbeitet wurde das Weißrussland-Papier auf einem Workshop im litauischen Vilnius Anfang Februar, der in Kooperation mit dem litauischen Außenministerium vorbereitet wurde. An ihm nahmen neben Vertretern der weißrussischen Opposition auch Vertreter der EU-Kommission und des EU-Rates als Beobachter teil. Anlass war der erfolgreiche Umsturz in der Ukraine durch die orangefarbene Opposition. Nun hält es die Bertelsmann-Stiftung für eine „offensichtliche Notwendigkeit“, eine „ehrgeizige, schnelle, gut-koordinierte und effektive Strategie“ zu entwickeln, deren Maßnahmen einen „unmittelbaren und direkten Einfluss“ auf die kommenden Präsidentschaftswahlen in Weißrussland haben sollen, die im nächsten Jahr stattfinden werden – und dem diktatorisch herrschenden Alexander Lukaschenko eine dritte Amtszeit beschern sollen. Im zweiseitigen Anhang listet das Bertelsmann-Papier konkrete Handlungsvorschläge auf, die an den kürzlich erfolgreich durchgeführten Umsturz in Kiew erinnern.

In den deutschen Medien wurde das ehrgeizige Papier bislang weitgehend ignoriert, sein Einfluss auf die deutsche und europäische Außenpolitik lässt sich nur schwer abschätzen. Gleichwohl schaffte es die Stiftung, das Papier auf die Tagesordnung des EU-Ministerrats zu bringen. Dieser Vorgang ist nicht so außergewöhnlich, wie es zunächst scheinen mag: Seit 1993 hat die Bertelsmann-Stiftung zahlreiche Strategiepapiere zur EU-Außenpolitik erarbeitet, auch wirkte sie an der Europäischen Verfassung aktiv mit. Zum Thema

EU-Osterweiterung hat sie einige Dokumente verfasst und Tagungen veranstaltet. Verantwortlich ist die „Bertelsmann Forschungsgruppe Politik“ beim Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) an der Universität München, das überwiegend von der Bertelsmann-Stiftung finanziert und von Professor Werner Weidenfeld, dem Vorstandsmitglied der Stiftung, geleitet wird.

■ Kontakte auf höchster Ebene

Weidenfeld ist ein in der Politikberatung sehr aktiver Wissenschaftler. Unter anderem wirkte er intensiv an der Gestaltung der Europäischen Verfassung mit. Er war unter Helmut Kohl der Koordinator der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Für die Bertelsmann-Stiftung organisiert er große Treffen und schafft so für den Konzern eine Menge wohlgesinnter Kontakte auf den höchsten politischen Ebenen. Das Bertelsmann-Forum beispielsweise bringt Konzernrepräsentanten wie den Vorstandsvorsitzenden Gunter Thielen und den Vorstand Ewald Walgenbach mit den wichtigsten Politikern Europas und Osteuropas im Welsaal des Auswärtigen Amtes zusammen. Bertelsmann-Kritiker Hersch Fischler sieht in derart platzierten Veranstaltungen „eine Machtdemonstration, die zeigen soll, welchen Einfluss Bertelsmann in der deutschen Regierung hat.“

Die Bertelsmann-Stiftung ist heute der größte und einflussreichste Think Tank Deutschlands. Reinhard Mohn gründete sie 1977, seit 1993 ist sie Mehrheitseigentümer der Bertelsmann AG. Mohn übertrug steuersparend 68,8 Prozent der Kapitalanteile seines Unternehmens auf die Stiftung, heute sind es immerhin noch 57,6 Prozent. Die Stiftung legt selbst ihre Themen und Projekte fest und setzt sie selbst um. Seit ihrer Gründung hat sie 428 Millionen Euro ausgegeben.

Insgesamt will der Bertelsmann-Konzern in den nächsten Jahren rund zwei Milliarden Euro in die Erschließung neuer Märkte in Osteuropa und Asien investieren.

Zweifellos sind politische Beziehungen für Medienkonzerne wie Bertelsmann wichtig. Als der Konzern in den drei baltischen Staaten mit Druckereien, Fernsehen und Buchclub Fuß fassen will, wird die lettische Präsidentin Vike-Freiberga auf eine Bertelsmann-Veranstaltung eingeladen.

In der Kommunikation nach außen trennen die Bertelsmänner gerne strikt nach Stiftung und nach Konzern. Wie die Aktivitäten der gemeinnützigen Bertelsmann-Stiftung mit den Interessen der Bertelsmann AG jedoch geschickt zusammenspielen, zeigte sich im Fall China recht deutlich: Zunächst konnte Bertelsmann 1995 in Shanghai zusammen mit einem chinesischen Staatsunternehmen eine gemeinsame Firma gründen, die seit 1997 den ersten Buchclub in Shanghai mit rund 1,5 Mitgliedern betreibt.

Seit 1998 bereitete in Peking die Bertelsmann Cina Holding GmbH die Erweiterung des Mediengeschäfts vor. Sie gewann jedoch erst 2002 an Fahrt, als die Bertelsmann-Stiftung das Projekt „internationales Kulturforum 2004“ vorbereitete, das zum offiziellen Bestandteil des Kulturaustauschprogramms 2003–2005 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China wurde. Unter anderem verständigten sich Liz Mohn und der chinesische Kulturminister Sun Jiazheng darauf, Entscheidungsträger zu einem chinesisch-europäischen Kulturdialog im Mai 2004 in Peking einzuladen.

■ Engagement in China

Unterstützt wurden diese Bemühungen durch eine Studie des Instituts für Auslandsbeziehungen (IFA) in Stuttgart, die von der Bertelsmann-Stiftung mitfinanziert wurde. Sie beklagte, dass die deutsch-chinesischen Kulturbeziehungen defizitär seien. Nach einem Workshop im Auswärtigen Amt forderte der IFA-Direktor in einer Pressemitteilung die deutschen Konzerne auf, ihre Infrastruktur in den chinesischen Provinzhauptstädten für kulturelle Zwecke besser zu nutzen – und erwähnt lobend als

einziges Unternehmen Bertelsmann. Als Ende 2003 Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Besuch in China war, gab die Bertelsmann DirectGroup bekannt, dass sie sich zu 40 Prozent an einer Buchhandelskette mit chinaweiter Lizenz beteiligen werde. Daraufhin expandierte diese in zahlreichen chinesischen Städten. Im Mai 2004 wurde außerdem ein Engagement der RTL Group beim Staatssender China Central Television beschlossen.

Erfolgreicher als Bertelsmann agierte bislang kein anderer europäischer Medienkonzern in China. Ohne die kulturelle Unterstützung der Stiftung wäre dem Konzern auch kaum ein solcher Erfolg beschieden gewesen. Die Aktivitäten in Osteuropa werden sich ebenfalls auszahlen – Oppositionspolitiker, die heute unterstützt werden, werden sich morgen kaum undankbar zeigen.

Christiane Schulzki-Haddouti ■

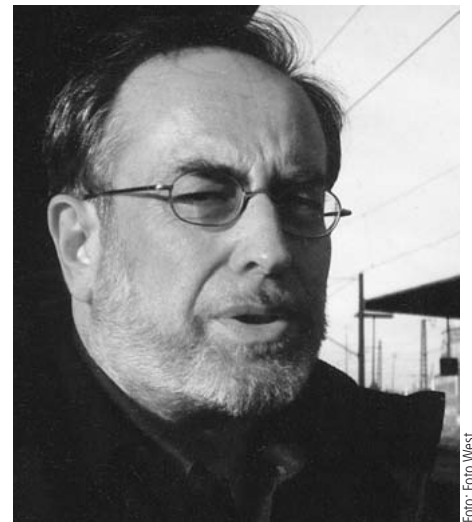


Foto: Foto West

Soziologe und Buchautor Hersch Fischler

Geölte Bahnen

«M» sprach mit Bertelsmann-Kritiker Hersch Fischler

M | *Wie schätzen Sie die Interessen der Bertelsmann-Stiftung ein?*

HERSCH FISCHLER | Die Bertelsmann-Stiftung ist teilweise extrem marktwirtschaftlich ausgerichtet. Das Tandem Bertelsmann-Konzern und Bertelsmann-Stiftung bietet enorme Möglichkeiten, die politische Landschaft zu beeinflussen. Daher muss man die Stiftung als Akteur ernst nehmen als bisher. Gleichwohl gibt es in den Medien überhaupt keine Erwägungen in die Richtung, ob durch ein Übermaß an Medien-Konzentration und Kapitalmacht der Einfluss von Bertelsmann über diese Bertelsmann-Unternehmensstiftung auf die Politik unkontrollierbar geworden ist.

M | *Welche Durchschlagskraft haben die Vorschläge?*

FISCHLER | Es ist schwer zu beurteilen, wie groß der Wirkungsgrad hinsichtlich der Umsetzung der Vorschläge tatsächlich ist. Im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik war er bisher sehr hoch – man denke an die Hartzgesetze und die Gesundheitsreform. In der Außen- und Kulturpolitik ist es schwieriger messbar. Das sollten Politikwissenschaftler mal untersuchen.

M | *Auf welche Weise nützen die Aktivitäten der Stiftung dem Medienkonzern?*

FISCHLER | Es ist etwas anderes, ob man sich politischen Entscheidungsträgern als Konzern oder als Stiftung nähert. Wenn man über die Stiftung als Sponsor eines Politikforschungszentrum auftritt, das den Rahmen für nützliche Beratungsgespräche bietet, ist das sicherlich ein Vorteil. Hier wird die Bahn in einem Ausmaß geölt, das man kaum für möglich hält. Das scheint mir auch der wesentliche Aspekt der Ost-

aktivitäten zu sein. Die Bertelsmann-Tochter RTL will künftig ja verstärkt in Osteuropa investieren. Für Medienkonzerne sind politische Beziehungen das A und O.

M | *Heimlichtuerei lässt sich der Stiftung nicht vorwerfen. Immerhin hat sie ihr Weißrussland-Papier auf ihrer Website veröffentlicht.*

FISCHLER | Die Bertelsmann-Stiftung agiert möglichst offen, indem sie für ihre Lobbyaktivitäten einen unverfänglichen Rahmen geschaffen hat – am Fall Leo Kirch hat sich gezeigt, wie schädlich es ist, wenn Lobbyismus den Anschein erweckt, er würde im Verborgenen passieren. In dem Weißrussland-Papier schlägt die Bertelsmann-Stiftung vor, was Organisationen der Europäischen Union tun sollen. Die Vorschläge halten sich alle im demokratischen Rahmen, ja setzen sich ein für Werte wie Pluralismus und Meinungsfreiheit. Früher aber hätten Medien wie der Stern und der Spiegel sofort den Verdacht geäußert, dass hier ein Unternehmen über

seine Kapitalmacht seine Vormacht durchsetzen will. Entsprechend wurden Axel Springer und Leo Kirch auch immer wieder kritisiert. Sie würden die Sozialordnung der BRD durch ihr marktwirtschaftlich-kapitalistisches Engagement gefährden.

M | *Warum genügt es nicht, wenn die Stiftung ihre Ergebnisse publiziert?*

FISCHLER | Neben der Sphäre der öffentlichen Papiere, Kongressberichte und Forschungsprojekte gibt es die Ebene der Treffen mit den politisch relevanten Akteuren. Hier herrscht sehr viel weniger Transparenz. Kanzlerdialoge sind vertraulich, auch über den Inhalt von Gesprächen mit Vertretern anderer Staaten erfährt man nichts. Die Körber-Stiftung ist vergleichsweise transparenter. Über die von ihr organisierten Bergedorfer Gespräche lassen sich Teilnehmerlisten im Internet und Redebeiträge im Protokoll abrufen.

M | *Versagen im Fall Bertelsmann die Medien als gesellschaftliches Kontrollorgan?*

FISCHLER | Die Medien sollten herausfinden, wie weit die Transparenz bei Bertelsmann geht. Allerdings arbeiten die Journalisten, die regelmäßig Großunternehmen unter die Lupe nehmen, meistens bei Bertelsmann-Medien. Die berichten aber wenig über die politischen Aktivitäten der Stiftung. Für mich ist daher klar, dass Bertelsmann nicht an Transparenz interessiert ist, sondern primär Konzerninteressen durchsetzen will. Die Stiftung ist für Reinhard Mohn vor allem ein großer Transmissionsriemen. Er will die Gesellschaft effizienter gestalten, was für ihn bedeutet: Niedrige Sozialabgaben und niedrige Steuern.

Das Gespräch führte
Christiane Schulzki-Haddouti ■

► **Hintergrund ...**

Der Soziologe Hersch Fischler veröffentlichte 2004 gemeinsam mit Frank Böckelmann das Buch „Bertelsmann. Hinter der Fassade des Medienimperiums“ im Eichborn-Verlag. 1998 hatte er enthüllt, dass das Unternehmen während der Zeit des Nationalsozialismus nicht wie behauptet Widerstand leistete. Auslöser für seine damaligen Recherchen war, dass es einem Sternredakteur 1992 untersagt wurde, neue Dokumente zum Reichstagsbrand zu publizieren, welche die Spiegel-Enthüllung der Alleintäterschaft Marinus van der Lubbes erschütterten. Bertelsmann ist an beiden Publikationen über Gruner + Jahr beteiligt.

Gradmesser Pressefreiheit

Staatliche Kontrolle, Erscheinungsverbote, Gefängnis,
Mordaufträge gehören in vielen Ländern noch zum Medienalltag –
eine Übersicht zum Tag der Pressefreiheit am 3. Mai

„Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich.“ So heißt es im berühmten Urteil des Bundesverfassungsgerichts Mitte der 60er Jahre zur Spiegel-Affäre. Heribert Prantl, Redakteur der Süddeutschen Zeitung, zieht daraus seine Motivation zum Einsatz für Pressefreiheit weltweit. Denn sei diese nur Dekoration, weiß Prantl: „In vielen Staaten ist die Pressefreiheit nur zwei mal drei Meter groß, so groß wie eine Gefängniszelle“.

Um die Medienfreiheit in Deutschland könnte es besser gestellt sein. Die Pressekonzentration nimmt zu, die Schere im Kopf existiert fast überall. Politiker und Werbekunden nehmen Einfluss auf Veröffentlichungen, indem sie mit Liebesentzug und Anzeigenstornierungen drohen.

Und doch leben Journalisten hier zu Lande im internationalen Vergleich wie in paradiesischen Zuständen. Sie sind finanziell recht gut ausgestattet, können weitgehend ungehindert auch heikle Dinge recherchieren und müssen weder mit Morddrohungen noch mit Inhaftierungen rechnen, wenn sie mal wieder „die Falschen“ kritisiert haben. Auch hier gibt es das eine

oder andere Gegenbeispiel, beunruhigende Vorstöße im Windschatten des so genannten Anti-Terror-Kampfes beispielsweise beim Informantenschutz. Doch von einer systematischen Bedrohung der journalistischen Arbeit durch den Staat kann nicht die Rede sein. Der Verlust an journalistischer Qualität in Deutschland entsteht eher dadurch, dass viele Journalisten offenbar gar nicht mehr wissen, was Recherche eigentlich bedeutet. Sie kommen nicht auf die Idee, öffentliche Verlautbarungen zu hinterfragen oder befassen sich ohnehin fast nur noch mit gefälligen Lifestyle-Themen.

■ Fragliche Strafgesetze

Knallhart geht es hingegen in anderen Teilen der Welt zu. Und so weit muss man da gar nicht schauen, um auf die ersten Feinde der Pressefreiheit zu stoßen. Minsk etwa ist von Berlin ungefähr genauso weit entfernt wie Paris, London oder Rom. Doch in Weißrussland sind alle Fernsehsender unter staatlicher Kontrolle. Die Zahl der unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften nimmt Monat für Monat ab. Zeitlich befristete Erscheinungsverbote sollen Redaktionen abschrecken oder finanziell zerstören. Selbst Internet-Foren, in denen kontrovers über politische Themen diskutiert wird, müssen mit einer Schließung rechnen – so wie das „Grodzensky Forum“, das Mitte März dicht gemacht wurde, weil es den Behörden zu „subversiv“ war. Wer gegen die Regeln der Mannen um den autokratischen Staatsschef Alexander Lukaschenko verstößt, kann auch schon mal im Gefängnis landen. Am 4. März traf es Andrei Pochobut, der nach einer Demonstration, über die er berichten wollte, festgenommen worden war. Die Journalistin Veronika Tscherkasowa wurde am 20. Oktober vergangenen Jahres tot in ihrer Wohnung in Minsk gefunden. Ihre Ermordung ist bis heute nicht unabhängig untersucht worden. Doch hat die Redakteurin der Gewerk-

► Freilassung

Abdul-Karim Al-Khawi, Chefredakteur der jemenitischen Wochenzeitung Al-Shoura, wurde aufgrund einer Amnestie des Präsidenten der Republik Jemen aus dem Gefängnis entlassen. Zuvor hatte das Berufungsgericht das Urteil gegen Khawi aufgehoben. Die Opposition, die Gewerkschaft Yemen Journalists Syndicate sowie internationale Presse- und Menschenrechtorganisationen hatten gegen die Inhaftierung des Journalisten protestiert und seine Freilassung gefordert. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte sich während seines letzten Staatsbesuches im März diesen Aufrufen angeschlossen.

Khawi war im September vorigen Jahres wegen Anstiftung zum Sektierertum und Aufwiegelung zur Gewalt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in seinen Artikeln scharfe Kritik an der Regierung geübt, nicht zuletzt am Präsidenten, der seinen Sohn für die Regierungsnachfolge lancierte und anderen Familienmitgliedern hohe Posten zugeschanzt haben soll. *red. ■*

schaftszeitung „Solidarnost“ kurz vorher eine Artikelserie veröffentlicht unter der Überschrift „Der KGB beobachtet euch immer noch“. Vielleicht erklärt das, warum die Behörden die Hintergründe dieses Mordes nicht aufgeklärt wissen wollen.

In Russland ist Präsident Putin alles andere als ein Verfechter der Pressefreiheit. Kreml-kritische Medien bekommen den Druck der Behörden regelmäßig zu spüren, und wer es als Journalist wagt, Korruption bei regionalen Behörden zu benennen oder die Rolle der Armee im Tschetschenien-Krieg kritisch zu hinterfragen, muss mit beinahe allem rechnen.

In rund fünf Flugstunden ist man von Ankara aus in Brüssel. Die Türkei drängt mit Macht nach Europa, und dabei ist die Achtung der Pressefreiheit ein wichtiger Gradmesser geworden. Unbestreitbar hat die Türkei dabei in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Doch nicht alles, was auf diesem Wege an positiven Veränderungen zu Papier gebracht wurde, ist schon in der Praxis angekommen. Auf der anderen Seite sind auch die neuen Vorschriften nicht ausreichend. So gingen am 17. März etwa 250 Journalisten in Istanbul auf die Straße, um gegen das neue türkische Strafgesetzbuch zu protestieren. Dies sieht hohe Geldbußen und sogar Haftstrafen bei Beleidigungen vor. Das Strafmaß kann ausdrücklich höher ausfallen, wenn das „Vergehen“ in den Medien erfolgt. Das Gleiche gilt für unpassende Anmerkungen, die über den Völkermord an den Armeniern oder die türkischen Truppen auf Zypern gemacht werden. Der Gesetzestext

► Interessante Links

Reporter ohne Grenzen: www.rsf.org
oder www.Reporter-ohne-Grenzen.de
Komitee zum Schutz von Journalisten:
www.cpj.org
Internationale Journalistenföderation:
www.ifj.org
Internationales Presse-Institut:
www.freemedia.at
Internationales Institut für Nachrichtensicherheit: www.newssafety.com
Amnesty International: www.amnesty.de
oder www.amnesty.org

in Artikel 305 ist so vage gehalten, dass es bei Bedarf jederzeit möglich erscheint, einen Widerspruch zum „grundlegenden nationalen Interesse“ zu konstruieren (s. S.30).

Die Organisation hat für das vergangene Jahr dramatische Zahlen vorgelegt: Für ihre Berichterstattung riskieren viele Journalistinnen und Journalisten ihre Freiheit oder sogar ihr Leben: Mindestens 53 Journalisten und 15 Mitarbeiter wurden 2004 weltweit bei der Ausübung ihres Berufs getötet. Das ist die höchste Zahl seit neun Jahren. Mehr als 900 Journalisten wurden vorübergehend festgenommen, weit über tausend bedroht oder angegriffen. Die Initiative zählte im vergangenen Jahr außerdem 622 Medien auf allen Kontinenten, die zensiert oder verboten wurden. Andere Organisationen veröffentlichten noch höhere Zahlen: So ermittelte das Komitee zum Schutz von Journalisten 56 tote Journalisten. Das Internationale Presse-Institut IPI in Wien spricht von 78 getöteten Reportern, das Internationale Institut für Nachrichtensicherheit in Brüssel von 117, die Internationale Journalis-

ginnen und Kollegen verantwortlich sind. Auf der anderen Seite hat die Pressevielfalt im Land seit dem Sturz von Saddam Hussein zugenommen. Mehrere Rundfunksender entstanden, und auch am Kiosk präsentieren sich neue Blätter.

■ Staatliche Willkür

Problematisch ist auch die Situation in vielen Nachbarländern. In Bewegung gerät die Entwicklung im Libanon, wo der Ruf nach Demokratie gerade lauter wird. Auch in den palästinensischen Gebieten erfahren Journalisten einen neuen Aufwind. Vielleicht erfasst diese Entwicklung auch einmal Syrien, ein Land, in dem die Pressefreiheit bisher kaum geachtet wird und sich Korrespondenten nicht frei bewegen können. Der seit 1963 herrschende Ausnahmezustand öffnet staatlicher Willkür Tür und Tor. Das gilt auch für Saudi-Arabien oder den Iran: Dort sind Journalisten beinahe täglich Repressionen ausgesetzt und unabhängige Medien – sofern sie überhaupt existieren – leiden ständig un-

gerung nicht genehm sind. Mit mindestens 26 inhaftierten Journalisten bezeichnen die „Reporter ohne Grenzen“ China als das „größte Journalisten-Gefängnis der Welt“. Ein falsches Wort über die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung auf dem Tiananmen-Platz reicht auch heute, 16 Jahre danach, für eine lange Haftstrafe. Sogar das Internet versucht die Regierung in Peking zu kontrollieren: Unliebsame Seiten werden gesperrt, User in Internet-Cafés streng überprüft, allzu diskussionsfreudige Chatter zu Haftstrafen verurteilt. Um kritische Berichtersteller mundtot zu machen, wird auch schon mal die Folter eingesetzt. Das gilt auch für Länder wie Pakistan oder Nepal. Journalisten im Himalaya-Staat geraten zudem im Bürgerkrieg zwischen Regierung und maoistischen Rebellen immer wieder zwischen die Fronten. Seitdem der nepalesische König Anfang Februar den Ausnahmezustand verhängte wurde die Meinungs- und Pressefreiheit außer Kraft gesetzt. Die Zensur verhindert jede unabhängige Berichterstattung: Zeitungen und Rundfunksender wurden geschlossen, die Ausstrahlung ausländischer Kanäle behindert; zahlreiche Journalisten wurden inhaftiert.

■ Nichtstaatliche Medien verboten

Der Bürgerkrieg prägt auch die Situation in Kolumbien. Wer in den Verdacht gerät, mit dem Militär oder den bewaffneten Rebellen zusammenzuarbeiten, muss mit Einschüchterungen oder der Ermordung rechnen. Das gleiche gilt für Journalisten, die es riskieren, über heikle Themen wie Menschenrechtsverstöße paramilitärischer Gruppen oder den Drogenanbau im Land zu publizieren.

In vielen afrikanischen Staaten ist es um die Pressefreiheit nicht besser bestellt. Als besonders problematisch ist die Lage in Eritrea anzusehen, wo mindestens 14 Journalisten wegen ihrer Veröffentlichungen inhaftiert sind und alle nichtstaatlichen Medien geschlossen wurden. In Simbabwe mussten in den vergangenen Jahren fast alle unabhängigen Zeitungen nach behördlichem Druck aufgeben. Ausländische Korrespondenten wurden von Präsident Robert Mugabe gezwungen, das Land zu verlassen.

Die Urlaubsländer rücken die „Reporter ohne Grenzen“ in einer Kampagne zur Zeit besonders ins Licht der Öffentlichkeit. Wer in Tunesien, auf den Malediven oder auch auf Kuba – dort gibt es 21 inhaftierte Journalisten – am Sandstrand unter Palmen liege, solle nicht vergessen, dass wenige Kilometer weiter die Freiheit der Medien und die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Harald Gesterkamp ■



Foto: Toni Nemes

tenvereinigung sogar von 129 Kollegen. Die Abweichungen sind mit unterschiedlichen Definitionen zu erklären. Zwei Beispiele machen das deutlich: Ist der ermordete Dolmetscher eines Journalisten ein getöteter Journalist? Und ist ein Kollege, der nach der Haftentlassung einen Herzinfarkt erleidet, bei der Ausübung seines Berufs gestorben?

Am gefährlichsten leben Journalisten im Irak. Dort starben 2004 auch nach vorsichtiger Zählung mehr als 30 Reporter und Medien-Mitarbeiter. In den meisten Fällen waren Aufständische die Täter, die auch für die Entführungen von 12 Kolle-

ter Maßnahmen.

Neben dem Nahen und Mittleren Osten ist Ostasien eine besonders problematische Region. Die schlechtesten Noten der „Reporter ohne Grenzen“ erhält Nordkorea. In dem weitgehend abgeschotteten kommunistisch regierten Land sind alle Medien staatlich gelenkt. Andersdenkende haben keine Chance, ihre Meinung zu publizieren. Ausländischen Journalisten bleibt der Zugang ins Land verwehrt. In Birma, Laos und Vietnam ist die Situation kaum besser. Und auch China unterdrückt trotz der wirtschaftlichen Öffnung des Landes alle Meinungen, die der Staatsfüh-



Foto: dpa / Franz-Peter Tschauer

Der an Kinderlähmung erkrankte Skateboarder Og de Souza springt mit seinem Board über ein Hindernis. Der gehbehinderte Souza ist einer von rund 150 Skatern aus aller Welt, die 2000 an der Skateboard-WM in der Dortmunder Westfalenhalle teilnahmen.

Barrieren im Alltag

Behinderte Menschen – nur selten ein Thema für die Medien

Für Menschen mit Behinderungen gibt es nach wie vor unzählige Barrieren im Alltag, die es ihnen nicht ermöglichen am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzuhaben. Auch am diesjährigen 5. Mai werden deshalb europaweit Aktionen stattfinden, um darauf aufmerksam zu machen, dass schätzungsweise 40 Millionen Menschen postulierte Menschenrechte vorenthalten werden. Seit 1992 wird der Europatag – an diesem Tag wurde 1949 der Europarat gegründet – für diese Demonstrationen genutzt. Für die Mehrzahl der Medien ist dies dennoch kaum ein Thema.

Muss sich denn ein gelähmter Mann im Rollstuhl mit einem 50-Tonnen-Kran von außen an das Fenster der Beratungsstelle des Rathauses hieven lassen, damit die Ta-

gesschau und die Heute-Sendung darüber berichten, wie schwierig es für ihn ist seine Stadtverwaltung auf gewöhnlichem Weg zu erreichen? So geschehen am 5. Mai 1998 in Berlin-Lichtenberg vor den in- und ausländischen Fernsehkameras. Eine Behinderung kann noch so schwer sein – die Leistungen der Betroffenen, damit fertig zu werden, sind für die Medien erst ein Thema, wenn sie als «außergewöhnlich» angesehen werden. Trotz ihrer Höchstleistungen im Sport litten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Paralympics lange Zeit unter der Ignoranz der Medien. Noch 1988 sendete das ZDF insgesamt nur einen 30 Minuten langen Beitrag über die Wettkämpfe in Seoul. Dieser kam nicht in der Sportsendung, sondern – und das ist bezeichnend – im Gesund-

► Aktionen am 5. Mai

Die Aktionen um den diesjährigen Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen finden die Aktionen über eine längere Zeitspanne statt. Die Aktion Mensch fördert Aktivitäten vom 23. April bis 16. Mai.

4. Mai Kundgebung vor dem Landeswohlfahrtsverband Hessen in Kassel: Forderungen sind u.a. Baustopp für Einrichtungen auf der grünen Wiese und Stärkung ambulanter Hilfen.

4. Mai in Berlin ab 11 Uhr Aktion der Berliner Behindertenverbände unter dem Motto „Wir sparen für den Senat – Wir ziehen die Karre aus dem Dreck“. Mit Elektrorollstühlen wollen die Akteure einen Telesbus die Straße Unter den Linden entlang ziehen. So genannte 1-Euro-Jobber spannen sich vor einen Multikar-Hänger. Damit soll gezeigt werden, wohin die Spar-Hysterie führt – nämlich ins Absurde.

5. Mai Startschuss für die Aktion Grundgesetz 2005 und damit für lokale Teilhabepläne, mit denen möglichst viele Akteure des öffentlichen Lebens dazu animiert werden sollen, sich zu konkreten Verbesserungen zu verpflichten.

In Kassel findet zum Beispiel am 12. Mai eine Anhörung des Kasseler Stadtparlaments zum Stand der Barrierefreiheit in der Stadt statt. Zudem gibt's es eine Vielzahl von Diskussionsveranstaltungen zum Leben in der Gemeinde und zur Stärkung ambulanter Strukturen, **so am 4. Mai in Hamburg und in Würzburg.**

Die Aktion Mensch wird im Rahmen der Aktion Grundgesetz voraussichtlich **am Brandenburger Tor in Berlin** eine Aktion mit einer Wunschbox durchführen, in die Wünsche für eine barrierefreie Zukunft eingeworfen werden können.

www.aktion-grundgesetz.de/5.mai/sek-te_65527.html

heitsmagazin «Praxis». Daran hat sich zum Glück heute viel geändert. Rundfunk und Fernsehen berichten zwar nicht annähernd im selben Umfang wie über die olympischen Spiele, aber im Vergleich zu früheren Zeiten kann man damit zufrieden sein. Aber außerhalb der Paralympics nehmen Presse, Funk und Fernsehen leider nicht oder nur sehr selten die Landes-Europa- und Weltmeisterschaften der Sportlerinnen und Sportler mit Behinderungen wahr.

■ Eine löbliche Ausnahme

Die löbliche Ausnahme macht das Deutschlandradio Kultur: Seinem Markenzeichen als Qualitäts-Sender entsprechend, berücksichtigt es auch sonst bei

Meldungen, Berichten, Reportagen und Interviews in allen Programmsparten die Anliegen behinderter Menschen.

Die Handlungen der Politik, Behörden und Wirtschaft, die diesen Menschen statt Hindernisse aus dem Weg zu räumen, das Leben oft erheblich erschweren, finden bei den überregionalen Tageszeitungen meist nur im Lokalteil, in den Wochenzeitungen, Hauptnachrichten und politischen Magazinen der ARD und des ZDF noch seltener einen kritischen Widerhall. Von den privaten Rundfunk- und Fernseh-Sendern ganz zu schweigen.

Als sich Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) in Interviews mit der Abschaffung des seit 1963 blinden Menschen gewährten Landesblindengeldes brüstete, fragten ihn die Journalistinnen und Journalisten nicht, wie die Betroffenen künftig die Kosten der nötigen Begleitperson, Taxifahrten, Hilfen bei Reparaturen, im Haushalt usw. aufbringen sollen. Sie boten ihm eine Plattform, solche Einschnitte als den Versuch auszugeben, die Eiger Nordwand hochzuklettern. Seine Sozialministerin Ursula von der Leyen, die die Kürzungen initiierte und betrieb, hätten sie fragen können: wieso sie einkommens- und vermögensunabhängige Zahlungen für Blinde, die auf

Hilfe angewiesen sind, ablehne, aber selber als gut betuchte Ärztin und nicht schlecht verdienende Politikerin 1.500 Euro Kindergeld im Monat annehme? Statt dessen stilisierten die Medien die Ministerin zum «Shooting Star der CDU-Sozialpolitik». Die Hinweise der Behindertenverbände auf solche Widersprüche wiesen die Nachrichtenmagazine als belanglos ab. Und dies obwohl Christian Wulff, Ursula von der Leyen und Finanzminister Hartmut Möllring die anderen Bundesländer zum gleichen Tun aufforderten.

■ Leistungen kaum gewürdigt

Dass Medien durchaus zur Lösung der Probleme von Menschen mit Behinderungen beitragen können, haben wenige engagierte Journalistinnen und Journalisten bewiesen. In Berichten und Reportagen zeigten sie auf, dass das Bildungsniveau der gehörlosen Frauen und Männer in den USA um ein Vielfaches höher ist als in der Bundesrepublik. Der Grund: dort lernen sie von Kindesbeinen an neben der Lautsprache auch die Gebärdensprache, die sie als ihre «Muttersprache» viel leichter verinnerlichen können. In dieser Sprache, die sie nicht mühsam von den Lippen ablesen müssen, kann man ihnen selbst die

kompliziertesten wissenschaftlichen Zusammenhänge rasch vermitteln. Mit ihren Berichten verschafften sie der Forderung der gehörlosen Menschen nach amtlicher Anerkennung der Gebärdensprache «Gehör» in der Politik! Seit 2002 gilt sie, die von Nationalsozialisten und den konservativen Lehrkräften als «Affensprache» diskriminiert wurde, auch hierzulande als offizielles Kommunikationsmittel.

Wie sagte doch Rosi Mittermaier-Neureuther bei der Wahl der Behindertensportlerin und -Sportler des Jahres in Düsseldorf: «Es ist schlimm, dass bei uns das private Fernsehen mit der Übertragung von Dschungel-Shows das Bildungsniveau senkt, anstatt über die beispielhaften Leistungen der Menschen mit Behinderungen in Sport, Beruf und Gesellschaft zu berichten.» Dennoch würdigten von den überregionalen Zeitungen nur die Frankfurter Rundschau mit einem eigenen ausführlichen Bericht und die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit einer Vier-Zeilen-Meldung die Wahl der Schwimmerin Kirsten Bruhns aus Neumünster und des Wattenscheider Leichtathleten Wojtek Czyn. Und dies obwohl die dpa in ihrem Basisdienst mehrere Meldungen und Berichte von dem Ereignis verbreitete.

Keyvan Dahesch ■



► Buchrezension: Presserecht für Journalisten

Sollte in Griffweite im Regal stehen

Dorothee Bölke:
Presserecht
für Journalisten
Freiheit und Grenzen
der Wort- und Bild-
berichterstattung

Deutscher
Taschenbuch Verlag
München 2005

Beck-Rechtsberater
im dtv, Band 50627
265 Seiten
12,50 Euro
ISBN 3-406-51349-2

Wenn es um die Nachfahren der Feudalherren geht, wird es immer mal wieder offenbar. Der Freiheit der Wort- und Bildberichterstattung sind Grenzen gesetzt. Aber auch Journalistinnen und Journalisten, die keine Berührungspunkte mit Caroline oder Ernst August haben, müssen wissen, wann ihre Arbeit Persönlichkeitsrechte tangiert, die wie die Presse-, Rundfunk- und Meinungsfreiheit grundgesetzlich geschützt sind.

Darf das Foto vom Schützenball von dem mit seiner Freundin tanzenden Bürgermeister veröffentlicht werden? Aktuell? Im Zusammenhang mit seiner Scheidung? Oder mit Korruptionsvorwürfen? Und der Name eines Bankräubers, der ein Großteil seiner Strafe verbüßt hat? Wie sieht es bei Opfern von Verkehrsunfällen oder Straftaten aus? Oder beim Symbolfoto der Warteschlange im Arbeitsamt? Wie behandelt der Redakteur Verdächtigungen und Gerüchte? Wie geht die freie Journalistin mit nachträglichen Änderungswünschen eines Interviewpartners um?

Haufenweise Fragen aus dem journalistischen Alltag, auf die Dorothee Bölke in ihrem Taschenbuch „Presserecht für Journalisten“ Antworten gibt. Die können nicht immer eindeutig sein, denn für die „Freiheit und Grenzen der Wort- und Bildberichterstattung“ – so der Untertitel des Buches – bilden Gesetze und Pressekodex nur einen Rahmen, der in der täglichen journalistischen Praxis umgesetzt werden muss. Journalisten, die professionell arbeiten, müssen einerseits alle Möglichkeiten bei Recherche und Darstellung ausschöpfen, sich andererseits ihrer

Grenzen bewusst sein. Dieses Buch will nach eigenem Anspruch beides fördern.

Dafür „übersetzt“ die frühere Geschäftsführerin des Deutschen Presserats und Justiziarin des „Spiegel“ rechtliche Grundsätze aus der Terminologie von Gesetzen und Gerichtsurteilen in die Sprache des Journalisten und beantwortet seine Fragen systematisch. Zudem hat die Hamburger Rechtsanwältin mehrere „Checklisten“ erarbeitet. So kann das Buch hervorragend als Nachschlagewerk genutzt werden, egal ob es um die Verwertung von Dokumenten, Urheberrechte, Gegendarstellungen oder redaktionelle Inhalte und Werbung geht.

Dorothee Bölke hat alle relevanten Gerichtsurteile bis Oktober 2004 ausgewertet (einschließlich des Caroline-Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte). Dabei macht sie deutlich, was Gesetz, was Urteil, was Spruchpraxis des Presserats ist und worin sie sich unterscheiden – und spart auch nicht mit eigener Bewertung. Denn im Presserecht gibt es keinen „endgültigen Stand“. So wird in dem Buch das BGH-Urteil zur Ron-Sommer-Karikatur als Beispiel für die „Satirefreiheit“ angeführt, das gerade vom Bundesverfassungsgericht „kassiert“ wurde (siehe Meldung in dieser «M»-Ausgabe).

„Presserecht für Journalisten“ ist nach meiner Meinung ein neues unverzichtbares Standardwerk, das in der Redaktion und im Büro freier Journalisten in Griffweite im Regal stehen sollte.

Rüdiger Lühr ■

Rundfunkfreiheit in Frage gestellt

ver.di engagiert sich in der Auseinandersetzung mit der EU für den Erhalt von Programmautonomie und die Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland

Die EU-Generaldirektion (GD) Wettbewerb in Brüssel hat im Zwischenergebnis eines Prüfverfahrens aufgrund von Beschwerden am 3. März 2005 die „vorläufige“ Auffassung vertreten, dass das Gebührensystem für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland in seiner bisherigen Form nicht vereinbar ist mit dem Gemeinsamen Markt in Europa. «M» sprach darüber mit Frank Werneke, stellvertretender Vorsitzender von ver.di.

M | ver.di sieht mit der Brüsseler Verlautbarung die Rundfunkfreiheit in Gefahr, geltendes Recht in Frage gestellt. Ist das nicht zu hoch gegriffen?

FRANK WERNEKE | Nein. Es gibt in der Brüsseler Stellungnahme eine Vielzahl von Punkten, die höchst strittig sind. Aber allein in mindestens drei Kernpunkten stellt sich die GD Wettbewerb direkt gegen Grundsätze der Rundfunkfreiheit, wie sie durch das Grundgesetz (Art. 5) gewährleistet wird. Diese galten durch das Amsterdamer Protokoll zum EG-Vertrag 1997 als abgesichert. So interpretiert die GD Wettbewerb das deutsche Gebührensystem als „Zwangsgabe“ im Sinne staatlicher Beihilfen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wäre so gesehen ein Staatsfunk. Was er nicht ist. Seine Staatsferne und damit seine Unabhängigkeit bis hin zur Ermittlung des Gebührenbedarfs sind in Frage gestellt. Natürlich wird das so nicht direkt von der GD Wettbewerb formuliert. Aber über den Umweg einer wettbewerbsrechtlichen Prüfung werden staatliche Eingriffe legitimiert. Zum Beispiel wenn Restriktionen im Informationsangebot in wettbewerbsstarken Bereichen gefordert werden. Auch das geschieht über den Umweg wettbewerbsrechtlicher Auflagen. Der dritte Kernpunkt ist die Begrenzung des Rundfunks auf bestimmte Kommunikations-

plattformen. Das wird für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu einer Existenzfrage, denn wenn den öffentlich-rechtlichen Anstalten neue Kommunikationsplattformen, vor allem im Mobilfunkbereich, verwehrt werden, bedeutet dies das Ende von Entwicklungsfähigkeit.

M | Die GD Wettbewerb fordert aber doch vor allem mehr Transparenz bei der Ermittlung des Bedarfs und der Verwendung von Gebühren. Ist das nicht berechtigt, auch mit Blick auf die privatwirtschaftlichen Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Sender in den letzten Jahren?

WERNEKE | In gewisser Weise schon. Jedoch kann dies auch mit dem bisherigen Rundfunkfinanzierungssystem gewährleistet werden. Man muss hier klar unterscheiden zwischen einem Regelungsbedarf, den es „binnenstaatlich“, also im Verfassungsrahmen der Bundesrepublik Deutschland gibt, und den Brüsseler Vorgaben. Die berücksichtigen nämlich in keiner Weise die besondere Funktion beispielsweise der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF). Niemand ist gegen mehr Transparenz, das haben auch die Rundfunkanstalten deutlich gemacht. Aber es macht einen erheblichen Unterschied aus, ob dies nach den Maßgaben der EU-Transparenzrichtlinie für staatliche Beihilfen oder im deutschen Verfassungsrahmen geschieht. Es sind ja tatsächlich

«Keine Zwangsgabe im Sinne staatlicher Beihilfen»

durch Aktivitäten der Rundfunkanstalten Grauzonen entstanden – etwa im privatwirtschaftlichen Engagement, beispielsweise durch Outsourcing von Produktionsfirmen, wie es gerade bei Radio Bremen geschieht. Natürlich fordern wir hier eine Offenlegung und Dokumentation der Gebührenverwendung. Doch das hat mit der Brüsseler Kritik nichts zu tun. Im Gegensatz zum Vorschlag der GD Wettbewerb, halte ich es nicht für sinn-

voll, für die Überprüfung der Gebührenverwendung neue Kontrolleinrichtungen zu schaffen. Die vorhandenen Einrichtungen reichen völlig aus, dazu gehören auch die Rundfunkgremien. Sie müssen jedoch mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet werden.

M | ver.di sieht in der Qualifizierung von Rundfunkgebühren als staatliche Beihilfen auch einen direkten Eingriff in die Programmautonomie?

WERNEKE | Ja, und noch mehr, nämlich ein staatliches Vorschreiben des Programmauftrags selber, der aber nach deutschem Verfassungsrecht Bestandteil der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist. Der Vorwurf, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hätten überhöhte Preise etwa bei den Senderechten für Sportberichterstattung mittels Subventionierung durch Rundfunkgebühren zahlen können, trifft nicht zu. Das Preisniveau ist ja seinerzeit im freien Wettbewerb durch die privaten Sender maßlos hochgetrieben worden. Außerdem meint die GD Wettbewerb, dass der durch den Erwerb der Senderechte erreichte Umfang der Sportberichterstattung dem Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht entspricht. Was aber der Fall ist. Völlig abwegig ist der Vorwurf, durch Hinzu Kauf von „pay-tv“-Senderechten sei eine Wettbewerbsverzerrung eingetreten. Zumindest kann man das nicht den Rundfunkanstalten vorhalten – eher den Anbietern, die „free-tv“-Rechte nur im Paket verkauft haben. Und für so genannte Sublizenzen für „pay-tv“-Rechte haben sich auch gar nicht ausreichend Käufer gefunden.

M | Brüssel gesteht dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk prinzipiell das Recht zu, „pro-





Foto: Ilja C. Hendel

Frank Werneke,
Vize-ver.di-Vorsitzender

grammbegleitend“ Online-Angebote weiter zu entwickeln. Aber sie will auch hier den Finger auf kommerzielle Angebote legen. Was steckt dahinter?

WERNEKE | Eher Unverständnis. So weit es Anlässe zur Kritik gab, bestehen diese nun nicht mehr – die Internetangebote der Rundfunkanstalten sind eingeschränkt worden, aus meiner Sicht sogar zu stark. Die von der GD Wettbewerb eingeforderte Trennschärfe bei der Unterscheidung von Informations- und kommerziellen Angeboten ist von den öffentlichen-rechtlichen Anstalten hergestellt worden. Wenn aber in Zukunft interaktive Kommunikationsmedien (etwa Mobilfunk) ausgeschlossen sein sollen, wird der „dynamische Rundfunkbegriff“, wie ihn das Bundesverfassungsgericht festgeschrieben hat, empfindlich berührt. Hier droht ein Normenkonflikt zwischen deutschem und europäischem Recht. Man muss daran festhalten, dass nicht die Besonderheit einer technischen Plattform und Kommunikationsstruktur, sondern deren Nutzung für den allgemeinen Auftrag entscheidend ist. Es geht also um den kommunizierten Inhalt und dessen Orientierung an der „Allgemeinheit“. Ob dies via Fernsehgerät, Internet oder Handy geschieht, darf angesichts des prognostizierten rasanten Wandels der technischen Plattformen keine Rolle spielen.

M | Wie ist zu erklären, dass die Europäische Union gerade jetzt diesen Topf so vehement aufmacht und das, obwohl das Rundfunksystem Deutschland doch nahezu einzigartig ist und nichts selten als beispielhaft dargestellt wird?

WERNEKE | Der Zwischenbescheid der Generaldirektion Wettbewerb ist ja einerseits nur Höhepunkt einer langfristigen Entwicklung. Seit langem ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland unter Beschuss. Das Bundesverfassungsgericht hat bei verschiedenen Gelegenheiten die Rundfunkfreiheit und die Entwicklungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks jedoch verstärkt. Insoweit sind die Anlässe, die Beschwerden bei der EU, auch als Versuch zu werten, auf europäischer Ebene das zu erreichen, woran man in Deutschland bislang gescheitert ist. Andererseits besteht die Brisanz des jetzigen Verfahrens darin, dass es in eine Phase rechtspolitischer Neuordnung der Europäischen Union fällt.

Das betrifft alle wettbewerbsrelevanten Gebiete – auch die Medien- und Kulturpolitik. Wir haben es hier in vielen Einzelfällen mit dem einen allgemeinen Problem zu tun: dass Grundrechtsfragen, etwa die der Rundfunkfreiheit, immer wieder zu reinen Ausnahmebestimmungen im Wettbewerbsrecht reduziert werden. Konkret für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedeutet das, dass die Schutzbestimmungen etwa des Amsterdamer Protokolls zum EG-Vertrag 1997 einseitig wettbewerbsrechtlich interpretiert werden. Natürlich hält sich die GD Wettbewerb in den Formulierungen an diese Schutzbestimmungen, was aber de facto rein deklamatorisch bleibt.

M | Was würde es bedeuten, wenn die GD Wettbewerb bei ihrer Meinung bleibt und sich der Europäische Gerichtshof dem anschließt?

WERNEKE | Bis Anfang Mai muss die Bundesregierung zu verschiedenen Fragen Stellung genommen haben. Wenn sowohl die Darlegung des bisherigen Sachverhalts als auch einzelne Regelungsvorschläge von der GD Wettbewerb nicht akzeptiert werden, wird man zumindest in den Kernpunkten der Kontroverse nicht an einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorbei kommen. Immerhin hat dieser in seiner Rechtsprechung einen Beihilfebegriff definiert, mit dem die Rundfunkgebühren in Deutschland nicht erfasst werden.

M | Und wenn sich der Europäische Gerichtshof dennoch der GD Wettbewerb anschließt?

WERNEKE | Einmal davon abgesehen, dass ich das für nicht sehr wahrscheinlich halte, enthält diese Frage politischen Sprengstoff. Denn mit einer solchen EuGH-Entscheidung entstünde ein rechtspolitischer Grundsatzkonflikt, der weit über die Rundfunkpolitik und auch Medienpolitik hinausgreift. Das Bundesverfassungsgericht ist ja immer bei seiner Auffassung geblieben, in entscheidenden Fragen europäische Rechtssprechung einer eigenen Überprüfung zu unterziehen. Gerade weil das Bundesverfassungsgericht fortlaufend dem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem – nicht zuletzt in den jetzt strittigen Fragen – einen sehr hohen Rang eingeräumt hat, entstünde also im konkreten Fall ein europäischer Verfassungskonflikt.

M | Wie verhält sich ver.di konkret im jetzigen Konflikt?

WERNEKE | Wir begleiten den gesamten Prozess im Interesse, mit dem Rundfunkgebührensysteem die Programmautonomie und Zukunftsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sichern. So

«Bündnis gegen die Dominanz wettbewerbspolitischer Interessen»

haben wir uns in den bisherigen Stellungnahmen geäußert und wir werden das auch in die Verhandlungen jeweils einbringen. Das bleibt auch der Maßstab, um die Verhandlungsergebnisse und letztlich die Entscheidung der GD Wettbewerb im Einzelnen zu bewerten.

Entscheidend wird sein, dass man sich nicht unter das EU-Beihilferegime begibt, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk damit also einer mehr oder weniger fortlaufenden Kontrolle durch die EU-Kommission unterwirft. Um das dauerhaft zu verhindern, werden nur kurz- und mittelfristig wirksame Kompromisse nicht ausreichen, auch wenn sie sich zurzeit in pragmatischer Hinsicht anbieten. Sich mit „Insellösungen“ innerhalb einer dominierenden Wettbewerbslogik zufrieden zu geben, bedeutet langfristig das Ende von Vielfalt in Medien und Kultur. Rundfunkfreiheit, allgemein im Sinne des dualen Systems, besonders aber in seiner deutschen Ausprägung, muss im gesamten europäischen Rechtsrahmen präziser gefasst werden. Dafür braucht man das Bündnis mit anderen Kräften, die sich schon jetzt gegen die Dominanz wettbewerbspolitischer Interessen wehren.

Das Gespräch führte
Karin Wenk ■



Jan Lerch (l.) und Jürgen Schäfer (r.) während einer Protestveranstaltung

► Runder Tisch auf Eis gelegt

Der Sprecher der Freienvertretung beim RBB (rbbpro) Jürgen Schäfer arbeitet seit Mitte März wieder, allerdings nicht wie bisher in der Nachrichtenredaktion von radio eins, sondern in der Videotext- und Online-Redaktion. Jan Schäfer bedankte sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Solidarität und Unterstützung in der langwierigen Auseinandersetzung um seine Weiterbeschäftigung.

Im Falle Jan Lerch gibt es offenbar kein Einlenken. Nach Aussagen von Jan Lerch sollen Fernsehdirektro Heim und Chefredakteurin Lidschreiber „gleich zu Beginn“ des erneuten Gesprächs festgestellt haben, dass das Vertrauensverhältnis nicht mehr Vorhanden sei. Herr Heim habe ihm mitgeteilt: „Er wolle nun Klarheit in der Sache, der rbb werde mich nicht mehr beschäftigen. Er wolle müsse das nicht begründen. Es ging weder um die juristischen Verfahren noch um mein künftiges Verhalten. Es ging nur um die Mitteilung meines Rauswurfs“. Aus der Chefetage hingegen verlaute, dass man erst „im Ergebnis des Gesprächs“ zu dieser Einsicht gelangt sei.

Die Freienvertretung rbbpro sieht in dem Verhalten des Senders „einen unglaublichen Affront“ gegen die Arbeitnehmervertretungen und alle im RBB, die im Dezember Jans Weiterbeschäftigung gefordert und „die gehofft hatten, in Gesprächen etwas für den Betriebsfrieden zu erreichen“. Die Geschäftsleitung habe damit auch die Bemühungen des Runden Tisches zunichte gemacht, so der ver.di Senderverband. Bei einer Vollversammlung am 6. April kündigten daher die Arbeitnehmer die Mitarbeit vorerst auf. In einem Brief an die Arbeitgeberseite erklärten rbbpro, die Gewerkschaften und der Redakteursausschuss, dass sie derzeit keine Möglichkeit sähen, beim „Dialog im RBB“ weiter mitzumachen. ver.di-Vertreter Eduard Hartmann: „Dialog ist nur möglich, wenn beide Seiten ihn wollen und eine vertrauensvolle Atmosphäre besteht. Dies ist jedoch aufgrund des Vorgehens gegen Jan Lerch nicht der Fall.“ red. ■

Nichts außer Spesen

Richter verwies auf Meinungsäußerung – einstweilige Verfügung der RBB-Intendanz gegen M-Beitrag aufgehoben

„Eskalation im RBB“ hatte «M» in Nr. 2/2005 getitelt. In dem Beitrag ging es, wie in anderen vorher, um die Situation der Beschäftigten nach der Senderfusion. Hier speziell um die Konflikte zwischen Geschäftsführung und freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Ende vergangenen Jahres mit dem Rauswurf von Abendschaumoderator Jan Lerch ihren Höhepunkt fanden. Die „Eskalation im RBB“ beschäftigte inzwischen das Berliner Landgericht. Anders, als sich die Intendanz vermutlich erhofft hatte.

Obwohl die Wogen im RBB inzwischen auch dank eines Runden Tisches etwas geglättet und Debatten in sachlicheres Fahrwasser gelenkt wurden, muss der genannte Artikel bei der Intendanz reines Wutschnauben ausgelöst haben. Neben einer Gegendarstellung (siehe M 04/2005, S.18) beehrte Intendantin Dagmar Reim eine Unterlassungserklärung und erwarbte eine einstweilige Verfügung. ver.di sollte nicht mehr behaupten dürfen, dass die Personalratsvorsitzende Hanne Daum auf einer Mitarbeiterversammlung zum Fall Lerch geäußert hatte: „Alle Gremien des RBB sind über das Vorgehen der Geschäftsleitung empört.“ Die Mitteilung, dass dem Freienvertreter und Nachrichtenredakteur Jürgen Schäfer sein Vertrag für 2005 offiziell wegen Strukturveränderungen nicht verlängert worden war, sollte nicht mit dem Nachsatz verbunden werden, dass Schäfer „als Sprecher von rbbpro und als ver.di-Freienvertreter kein offenes Wort gescheut und ... so ins Visier der Intendanz geraten“ war.

■ Kontext und Weglassen

Den ersten Punkt der Gegendarstellung, der sich auf die Zusammenfassung „Wer Kritik übt, fliegt“ und Jan Lerch bezog, hatte der RBB selbst zurückgezogen. Die anderen beiden standen am 31. März vor der 27. Zivilkammer des Berliner Landgerichtes zur Debatte. Die M-Redaktion wertete das als „Versuch, einer Gewerkschaftszeitung in einem zugespitzten Konflikt den Mund zu verbieten“. Rechtsanwalt Johannes Weberling, der den RBB vertrat, führte zunächst aus, dass „alle Gremien“ in einem öffentlich-rechtlichen Sender als feststehender Begriff zuerst die offiziellen gesetzlichen Organe wie Verwaltungs- und Rundfunkrat meine. Diese

„Gremien“ hätten jedoch die Geschäftsführung ausdrücklich unterstützt, was die Personalratsvorsitzende durch ihre Mitgliedschaft im Verwaltungsrat auch wisse.

Anwalt Johannes Eisenberg reklamierte für ver.di: Aus dem Kontext werde klar, dass nicht von sämtlichen Gremien des RBB, sondern von Arbeitnehmer- und Freienvertretungen die Rede gewesen sei. Er bezweifelte, dass überhaupt ein Unterlassungsanspruch bestehe, da Persönlichkeitsrechte der Intendantin nicht angegriffen seien und fraglich sei, ob einem Sender ein „Organisationspersönlichkeitsrecht“ einzuräumen sei. Wenn ja, werde die Gewerkschaftspresse „künftig derart kujoniert, dass eine politische Auseinandersetzung überhaupt unmöglich“ werde. Gewerkschaftspresse könne „kein Presseright light“ für sich reklamieren, entgegnete Weberling. Zu der zweiten Textpassage hatte Eisenberg bereits schriftlich klargestellt, dass der RBB die Ausgangsmittelung durch Weglassen des Teils: „Offizielle Begründung: Veränderte Produktionsstrukturen.“ selbst verändert habe, um dann zu behaupten, dass in «M» ein falscher Eindruck über die Hintergründe der Personalie Schäfer erweckt worden sei. Vielmehr sei „gerichtsbekannt“, dass der RBB über die „wahren Beweggründe, warum ... die Zusammenarbeit mit freien Mitarbeitern beendet“ werde, die Beteiligten täusche. Dem hatte die Gegenseite in der Verhandlung substanziell wenig entgegenzusetzen. Rechtsanwalt Weberling, der mündlich einige Daten und Zuordnungen in seinen Schriftsätzen korrigierte, warf «M» stattdessen allgemein vor, „schlampig“ zu arbeiten.

Das Gericht entschied, die einstweilige Verfügung gegen ver.di aufzuheben. Die Einschränkung des Begriffs auf Arbeitnehmer-Gremien ergebe sich tatsächlich aus dem Kontext. Die Andeutung, dass es auch andere Gründe für die Nichtverlängerung von Schäfers Vertrag gegeben habe könne als die offiziell angeführten, sei eine zulässige Meinungsäußerung, keine Tatsachenbehauptung, urteilte die Kammer.

Außer Spesen nichts gewesen? Könnte man meinen. Mit der Einschränkung, dass weder Frau Reim noch der RBB insgesamt Prozesskosten aus privaten Taschen zahlen, sondern auch hier der Gebührenzahler zur Kasse gebeten wird.

Helma Nehrlich ■

Burdas Abschied

Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag ist neuer Brötchengeber für die Schweriner Volkszeitung

Mit Spannung verfolgten Mitarbeiter, ver.di, Betriebsräte und Wettbewerber, wer die Schweriner Volkszeitung von Burda kauft. Die möglichen Interessenten: Holtzbrinck, Springer und der Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag. 340 Beschäftigte bekommen jetzt einen neuen Brötchengeber: den Zuschlag erhielt der Schleswig-Holsteiner Zeitungsverlag, kurz SH:Z. Über den Verkaufspris wurde Stillschweigen vereinbart, gemunkelt wird in der Branche von 65 Millionen Euro.

Burdas Abschied aus Mecklenburg-Vorpommern hat nichts mit wirtschaftlichen Verlusten oder Erfolglosigkeit zu tun. Der Medienmulti wollte die Zeitung abstoßen, die er Anfang der 90er Jahre von der Treuhand erworben hatte, seine einzige Tageszeitung. Offensichtlich wollen die Offenbacher Manager Manpower und Finanzen ausschließlich für das Zeitschriftengeschäft einsetzen: erst vor kurzem hatte der Konzern (Focus, Bunte) die Hamburger Verlagsgruppe Milchstraße (TV Spielfilm, Cinema, Tomorrow) gekauft und sich zusätzlich mit 49,9 Prozent an dem 14-täglichen Programmie TV Today beteiligt.

Für den SH:Z ist die Schweriner Volkszeitung eine betriebswirtschaftlich und verlegerisch wichtige Ergänzung: der erste eindeutige Schritt weg von der dänischen Grenze ins Binnenland. Mit Aufkäufen in Norddeutschland avancierte der SH:Z mit seinen 500 Beschäftigten zum Verlag mit den meisten Lesern in Schleswig-Holstein: 470.000 nach Verlagsangaben (u. a. Lan-

deszeitung, Flensburger Tageblatt, Husumer Nachrichten, Schleswiger Nachrichten, Sylter Rundschau, Nordfriesland, etliche Anzeigenblätter). Die Schweriner Volkszeitung ergänzt nun die stramme Printgalerie: Sie hat eine Auflage von 116.000 Exemplaren, wird von 280.000 Menschen gelesen, 109.000 Abonnent/innen garantieren stabile Ergebnisse.

Sieglinde Heyl, ver-di-Sekretärin in Mecklenburg-Vorpommern, hofft, „auf die Erfahrung der SH:Z im Zeitungsgeschäft, dass man sich auf den publizistischen Wettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern konzentriert und die Arbeitsplätze erhalten bleiben.“ Holger Malterer, ver.di-Bezirksgeschäftsführer für den Fachbereich Medien aus Kiel, meint: „Es ist bedauerlich, dass Zeitungen nicht mehr eigenständig geführt werden können“. Zu Recht: Wer denkt beim täglichen Zeitunglesen daran, dass immer weniger Verleger bestimmen, was die Presse schreibt?

Immerhin: Beide Verlage sind Mitglied im Verband der Zeitungsverleger Norddeutschland, für sie gilt ein einheitliches Tarifwerk. Welche Folgen für den Verwaltungsbereich und die Redaktionen entstehen, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Ver.di appelliert an den SH:Z, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Synergieeffekte müssen beiden Unternehmen zu gute kommen und dürfen keine Einbahnstraße von Schwerin nach Flensburg sein.

Kersten Artus ■

News aus den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen unter www.verdi-verlage.de



Foto: Petra Dreißler

► Böll als Zeitschrift

Die Heinrich-Böll-Stiftung, im „grünahnen“ Selbstverständnis „Ideenagentur und Reformwerkstatt“, hat neben Internet-auftritten und Buchprojekten nun auch eine Zeitschrift. Dreimal jährlich, so die Planung, wird nach verdoppelter Startauflage künftig mit bescheideneren 5.000 Exemplaren „Böll. Thema“ erscheinen.

Es soll, so Stiftungsvorstand Ralf Fücks, einem „wachsenden Bedürfnis nach theoretisch-politischer Orientierung“ Rechnung tragen und mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: aktuelle Themen mit grundsätzlichem Hintergrund widerspiegeln, Nationales und Internationales kombinieren sowie „die Programmdebatte im grünen Spektrum, aber auch in einem größeren Kreis befördern“. Mit dem Thema des ersten 32-Seiten-Heftes liegt man da sicher richtig. Es geht um die Zukunft der Gerechtigkeit und somit um die Frage: Wer kriegt was? Insgesamt 15 Autoren beleuchten, klassifizieren und debattieren akademisch und reportagehaft, exemplarisch und statuarisch, also in einer angestrebten Mischung, die auch originell genug für Leser jenseits derer sein möge, die „schon katholisch oder grün sind“. Natürlich kommt auch dieses Heft am Thema an Hartz IV nicht vorbei.

Die Themenschwerpunkte liegen abseits des Mainstream: Wird ein Mentalitätswandel eingeleitet, der Freiheit und individuelle Selbstverantwortung stärkt? Entsteht durch Billig Arbeitsplätze eine neue Klasse jenseits von Staat und Markt? Sind wir auf dem Weg in eine Gesellschaft, in der wirtschaftliches, soziales und kulturelles Schicksal noch stärker als bisher „vererbt“ wird? „Hartz IV und die Frauen“, heißt ein eigener Beitrag. Im Interview „Kinder wollen Grenzen“ – geht es um die Werteverweiterung zwischen den Generationen. Der Choreograf Royston Maldoom, der mit 250 Berliner Schülerinnen und Schülern am Tanzprojekt „Sacre du Printemps“ arbeitete und durch den Film „Rhythm is it“ bekannt geworden ist, gibt Denkanstöße. Das Lob des Stiftungsvorstands für diesen Beitrag von Elisabeth Kinderlen, die für die Leitung der Zeitschrift gewonnen werden konnte (zuletzt Kulturredakteurin bei der Badischen Zeitung), ist nur zu bekräftigen.

In gestalterischer Hinsicht überrascht bei Böll. Thema wenig: Viel Grün, auch wenn das Motiv des Titelblatts diesmal eher Grau in Grau erscheint. Allerdings passend zum Thema. Infografiken stechen grün unterlegt ins Auge. Die – natürlich auch grün – kolorierten Strichzeichnungen sind wohl als Markenzeichen gedacht, könnten jedoch gern einigen zusätzlichen Fotos weichen... Das zweite Heft wird sich Kultur und Globalisierung widmen.

neh ■

Ein Link im Netz findet sich unter www.boell.de

Newsdesk bringt Zeitersparnis

Einquellenprinzip in Folge umgekrempelter Redaktionsstrukturen

Newsdesk und Newsroom krepeln Arbeitsstrukturen in Redaktionen um. Etwa jede dritte Tageszeitung tut's. Doch jede macht es etwas anders. Radikale Umbrüche, sagen die einen. Banal, aber notwendig, die anderen. Redakteure und Redakteurinnen – ansonsten eher als reformresistent bekannt, ziehen mit. Skeptisch sind sie nur dann, wenn Verlage im Taumel von neuen Trends gleichzeitig Kosten drücken wollen.

Beep. Das Handy zuckt. Schwerer Unfall auf der A 3, meldet eine SMS. Dazu läuft ein Filmchen auf dem Display: Aus Feuerwehrschläuchen schießen Wasserfontänen auf die Flammen des brennenden Autos. Die gleichen Flammen gibt es für Abonnenten im Internet. Und am nächsten Tag noch mal in der Printausgabe der Würzburger Main Post. Mitgebracht vom Fotografen. Zukunftsmusik! Niemand weiß, ob es künftig genügend Handy-Junkies gibt, die für die schnelle Nachricht zahlen. Egal. Wann und wo auch immer ein Statement offiziell abgegeben und ein Satz in der Region öffentlich gesagt wird, werden wir dabei sein, sagt Michael Reinhard, Chefredakteur der Main Post aus der Verlagsgruppe Holtzbrinck.

Verlage als Nachrichtenhändler. Die einmal recherchierte Nachricht soll mehrfach genutzt werden. Gekürzt, umgeschrieben, geschnitten oder umgebaut passt sie für Print und Web, nordisch und Tabloid, aufs Handy und ins Ohr.

Die Anfänge sind bereits gemacht. „Zweitverwertung mit eigenem Duft“ nennt Reinhard die Wochenzeitung „Boulevard Würzburg“ aus dem Hause Main Post, ein Blättchen mit viel Farbe, Fotos und Unterhaltung. In Wiesbaden ist es die wöchentliche Beilage „Vorort“ der Verlagsgruppe Rhein Main, angekündigt ist außerdem einmal pro Woche ein Special wie „Extra Gesundheit“, „Extra Sport“ und „Extra Freizeit / Familie“. Immer lokal,

immer regional. Damit breitet sich der Verlag auf dem Markt aus, holt Anzeigenkunden, die in der Tageszeitung nicht inserieren würden und zahlt keinen Cent drauf. Neue Produkte, die eine komplette Redaktion brauchen? Das ist von gestern.

■ Zeitung aus einem Guss

Möglich macht's der Newsdesk. Das ist ein zentraler Tisch in einem großen Raum, an dem alle Fäden zusammenlaufen, alle Nachrichten und Infos zusammentreffen – hier wird die Zeitung aus einem Guss gemacht. Zum Beispiel der Newsdesk Aktuelles bei der Main Post. Ein halbes Dutzend Redakteure, genannt Editoren, entscheidet am Desk. Zum Tod des Papstes: Welche Geschichte kommt ins Blatt? Wer kann welche Beiträge liefern? Die Editoren koordinieren Texte, sichten Agenturmaterial, beauftragen Korrespondenten, Reporter und Freie, sorgen für Fotos, Grafiken, Kommentar, Analyse, bedienen die digitalen Dienste. Sie bauen die Seiten, die sich für den Leser wie gewohnt unter dem Titel Meinung, Bayern, Report, Zeitgeschehen, Wirtschaft und Das Thema finden. Statt Ressortegoismus zu pflegen, „das ist aber unsere Geschichte“, „denken wir themenorientiert“, sagt Reinhard. Statt lange Flure abzulaufen, um der Wirtschaft eine Geschichte abzuhandeln, sich zwischendurch bei der Region eine Abfuhr zu holen, und irgendwo einen Schreiber für einen Kommentar anzubetteln, passiert hier vieles auf Zuruf, ganz nah, am Tisch mit den Kollegen. Der Newsdesk als eine Art ständiger Redaktionskonferenz.

Ein Ziel des Newsdesk ist es, Leerläufe und Doppelstrukturen zu verhindern, sagt Klaus Meier, Professor für Journalistik an der FH Darmstadt. Früher ist der Seite-3-Redakteur um 13 Uhr zur Konferenz erschienen, hat drei Korrespondentenberichte

angekündigt und den Nachmittag über die Nachrichten verfolgt. Er recherchiert, telefoniert, beobachtet die Nachrichtenlage. Endlich, um 18 Uhr liefert der erste Korrespondent, die Beiträge trudeln ein. Der Redakteur hat viel zu tun, um 20.30 Uhr ist die Seite gebaut, er ist geschafft.

Niemand gibt zu, so gearbeitet zu haben. Doch mit dem Newsdesk ist auf einmal mehr Zeit übrig. Auf einmal gibt es Reporter- und Recherche pools. Obwohl nirgendwo personell aufgestockt wurde. Bei der Main Post sind am Newsdesk Aktuelles heute drei Redakteure weniger als zuvor bei der Ressortaufteilung beschäftigt. Entlassen wurde niemand, doch frei gewordene Stellen wurden nicht wieder besetzt. Und trotzdem, sagt Reinhard, „sind wir schlagkräftiger“.

■ Editor oder Reporter

Die neue Arbeitsteilung macht es möglich. Zu einem Newsdesk gehört die strikte Trennung zwischen Editor und Reporter. Der gute Schreiber kann sich aufs Schreiben konzentrieren und muss sich nicht mehr mit Blattmachen plagen. Der gute Organisator macht nun ausschließlich das, was er am liebsten tut und am besten kann. Keine neue Idee. Und trotzdem war und ist es in vielen Redaktionen üblich, dass eine Redakteurin schreibt, umbricht, recherchiert, Fotos aussucht und redigiert. Alle machten alles. Weil alle alles gleich gut beherrschen? Eben nicht. Auch deshalb hat sich Rotation nicht bewährt, allenfalls halbjährlich, schränkt Klaus Meier ein. Bei der Main Post durfte jede Außenredaktion selbst entscheiden: rotieren – ja oder nein? Die Schweinfurter, einst begeisterte Rotierer, haben inzwischen feste Editoren und Reporter eingeführt. Wer gern schreibt, sagt Reinhard, ist nicht mit dem gleichen Engagement beim Blattmachen und umgekehrt.

Etwa 60 Abgesandte aus Zeitungsverlagen sind bereits zur Main Post gepilgert, das sind knapp die Hälfte aller Zeitungstitel mit eigenem Mantel. Etliche haben den Newsdesk umgesetzt wie die Ruhr Nachrichten, Freie Presse Chemnitz, Braunschweiger Zeitung, Schwäbische, Saarbrücker Zeitung und viele andere. Manche stehen kurz davor, wie die Neue Osnabrücker Zeitung oder die Nordsee-Zeitung. Doch kaum ein Modell gleicht dem anderen. „Der Begriff Newsdesk hat kein klares Profil“, sagt Professor Klaus Meier. In manch einer Zeitung gibt es nur einen Desk, hier sitzen Mantel und Lokales zusammen. Die Wände zwischen den Ressorts wurden eingerissen, alle arbeiten gemeinsam im Newsroom.

Woanders gibt es mehrere Desks. Bei der Main Post sind die Editoren ausschließlich Redakteure. Bei der Frankfurter Rundschau (FR), die zunächst mit einem Produktionsdesk gestartet ist und nach dem Umzug die verantwortlichen Macher der Mantelressorts dazusetzen will, wurden Infografiker, Bildredakteure und Techniker am Tisch platziert. „Jedes Ressort hat seine Spezialität und Autonomie, die wir bewusst aufrecht erhalten wollen“, sagt FR-Chefredakteur Wolfgang Storz. Man könne interdisziplinäres Arbeiten auch überbetreiben.

Eins ist sicher: Mit dem Newsdesk ist mancher Ressortleiter überflüssig. Einfach abschaffen? Die mittlere Hierarchieebene wehrt sich, wenn sie durch flache Hierarchien und schlanke Strukturen selbst betroffen ist und aus dem Impressum fliegen soll. Chefredakteur Michael Reinhard hatte zunächst versucht, die früheren Ressortleiter rotierend zu Deskmanagern zu machen. „Damit bin ich gescheitert.“ Jetzt ist im Aktuellen ein Nicht-Ressortleiter Deskmanager und der Verlag hat sich mit dem Betriebsrat geeinigt: Besitzstandswahrung für ehemalige Ressortleiter. Die Beschreibung der Tätigkeiten im Gehaltstarifvertrag für Redakteure passt nicht mehr zur neuen Struktur, ist Reinhard überzeugt. Das findet Betriebsratsvorsitzender Heinz Böhm nicht. Alle Newsdeskmanager tun den gleichen Job, also werden alle gleich eingruppiert, was manch einem Newsdeskleiter in der Region zu mehr Geld verholhen hat.

■ Zuordnung wider Willen

Das sind nicht die einzigen Probleme. Die Aufteilung in Editoren und Schreiber ist nicht überall freiwillig erfolgt wie etwa bei der Verlagsgruppe Rhein Main (VRM), bei der Mainzer Allgemeinen Zeitung, dem Wiesbadener Kurier und dem Wiesbadener Tagblatt. „Einige Kollegen sind gegen ihren Willen zugeordnet worden.

Da gab es auch Tränen“, sagt ein Redakteur. Bei der VRM gibt es die Newsdesks erst seit wenigen Wochen, die Einführung hatte ein ausgewählter Kreis vorbereitet. Auch wenn die Redaktion nicht beteiligt war, sind die Reaktionen positiv: „publizistisch sinnvoll“, sagt eine Redakteurin. Überfällig. Effizienter, fügt ein Kollege hinzu. Auch wenn er fürchtet, künftig vom Desk aus dirigiert zu werden, statt sich wie bisher als Reporter seine Themen eigenständig zu suchen.

Die positive Einstellung von Redakteuren schlägt jedoch in Ablehnung um, wenn ihnen mit dem Newsdesk ein Kostensenkungsprogramm untergejubelt wird. Wenn Jungredakteure mit Zeitverträgen am Manteldesk sitzen, aufgrund ihrer geringen Berufserfahrung Nachrichten nicht richtig gewichten und sich wegen ihrer befristeten Stellen keine Widerworte erlauben. „Hier sammelt sich nicht gerade die Kompetenz“, sagt ein Redakteur der Braunschweiger Zeitung.

Wenn die Gunst der Stunde genutzt wird, mit der Abschaffung von Ressortleitern Macht und Einfluss auf den Chefredakteur zu konzentrieren. Wenn Personal abgebaut wird und sich die Leistungsvorgaben für Blattmacher und Schreiber erhöhen. Wenn erfahrene Reporter eingespart werden und stattdessen schlecht bezahlte Freie Texte liefern oder Redakteure durch Layouter ersetzt werden, die in einem eigens ausgelagerten Betrieb beschäftigt sind.

■ Sparen an Meinungsvielfalt

Mit dem Newsdesk können Kosten gespart werden. Andersherum funktioniert es aber nicht: „Wer einen Newsdesk einrichtet, um zu sparen, wird scheitern“, warnt Michael Reinhard. Die Verlagsgruppe Rhein-Main hat ein einzigartiges Sparmodell entwickelt: Sie spart an der Meinungsvielfalt. Zeitgleich mit dem Newsdesk ist das Einquellenprinzip eingeführt worden. Zur Magistratspressekonferenz gehen nicht mehr eine Redakteurin vom Wiesbadener Kurier und ein Kollege vom Wiesbadener Tagblatt. Künftig holt einer die Informationen für beide Zeitungstitel. Am Desk wird der Artikel von den „Roten“ für den Kurier passend gemacht, von den „Blauen“ fürs Tagblatt. Der Leser weiß davon nichts. Erst wenn er seine Drohung wahrnimmt, die eine Zeitung abbestellt und in der angeblichen Konkurrenz die gleichen Autorennamen wiederfindet, wird er die Mogelpackung bemerken. Professor Klaus Meier sieht darin ein Problem, wenn Verlage nicht allein Strukturen ändern und Qualität steigern, sondern sparen wollen. „Das macht die Idee vom Newsdesk zunichte.“ *Michaela Böhm* ■



Foto: H. Schultze / Pantoro

Spiegel-Bildarchiv geöffnet

Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel hat sein Bildarchiv als Dauerleihgabe an das Internationale Haus der Photographie in Hamburg übergeben. Mehr als drei Millionen Schwarzweißfotografien und mehrere hunderttausend Farbdias sind von April an in den Deichtorhallen (Foto) für die Öffentlichkeit zugänglich. Seit seiner Gründung 1947 sammelt der Spiegel Nachrichtenaufnahmen, Reportage- und Werbefotos, Amateuraufnahmen und wissenschaftliche Illustrationen. Die museale Institution wird mit diesem Fundus in den nächsten Jahren Ausstellungen präsentieren. ■

Gewerkschaftliche Monatshefte eingestellt

BERLIN/HAMBUG. Nach 55 Jahrgängen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die von ihm herausgegebenen gewerkschaftlichen Monatshefte eingestellt. In der jetzt erschienenen letzten Ausgabe 11–12/2004 begründet der DGB-Vorsitzende Michael Sommer diese Entscheidung mit dem dramatischen Einbruch der Auflage in den vergangenen Jahren. Es werde jedoch an der Konzeption für eine neue Publikation gearbeitet, die noch in diesem Jahr herauskommen soll. Der Titel steht noch nicht fest. Im Gespräch ist „Artikel 20“ nach dem Grundgesetzartikel, der die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Rechtsstaat definiert.

Die Monatshefte waren 1950 nach der Gründung des DGB in der Bundesrepublik als „wissenschaftliches Organ der vereinigten westdeutschen Gewerkschaften“ erstmals erschienen. Damals schrieb der erste DGB-Vorsitzende Hans Böckler, es bedürfe „einer intensiven Durchdringung der öffentlichen Meinung, um die neuen und fortschrittlichen Auffassungen der Gewerkschaften einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen“. Dies solle „aus der Tiefe exakter wissenschaftlicher Erkenntnis“ geschehen.

In der letzten Ausgabe äußern sich neben Sommer und Chefredakteur Hans-Otto Hemmer 18 Autoren aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik in Abschiedstexten zur Einstellung der Monatshefte. Zu ihnen gehören der ehemalige Bundesarbeitsminister (1976–1982) Herbert Ehrenberg (SPD), der frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Dieter Wunder, die emeritierten Professoren Iring Fetscher und Oskar Negt sowie der Vorsitzende der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche, Thomas Leif. red. ■

Bildmanipulation und Persönlichkeitsrecht

Die Veröffentlichung eines technisch manipulierten Personenfotos kann gegen das grundgesetzlich geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht verstoßen – jedenfalls dann, wenn das Bild „den Anschein erweckt, ein authentisches Abbild der Person zu sein.“ Mit dieser Begründung gab das Bundesverfassungsgericht am 14. Februar 2005 (Az.: 1 BvR 240/04) einer Verfassungsbeschwerde des früheren Telekom-Chefs Ron Sommer gegen ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom September 2003 statt.

Der BGH hatte die Unterlassungsklage gegen die Verlagsgruppe Handelsblatt abgewiesen, in der Sommer verlangt hatte, dass eine im Jahr 2000 in der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ erschienene Fotomontage nicht mehr abgedruckt wird. Sie zeigt ihn sitzend auf einem bröckelnden, magentafarbenen großen Telekom-T. Dabei war das Foto vom Kopf Sommers auf den Körper eines Modells montiert und um etwa fünf Prozent „gestreckt“ worden.

Während der BGH urteilte, Sommer müsse diese Abbildung als eine „in eine satirische Darstellung gekleidete Meinungsäußerung hinnehmen“, sieht das Verfassungsgericht darin eine „unrichtige Information“ und die sei kein „schützenswertes Gut“. Eine für den Betrachter nicht erkennbare, „verdeckte Bildmanipulation“ werde auch dann nicht durch die Meinungsfreiheit gerechtfertigt, wenn das Foto in einen satirischen Zusammenhang gerückt werde, betonten die Karlsruher Richter. Der Fall wird nun erneut vor dem BGH verhandelt werden. lü ■

www.bverfg.de/entscheidungen/rk20050214_1bvr024004

Google News erneut Ärger mit Agentur

Zum zweiten Mal hat Google Ärger mit einer Nachrichtenagentur. Agence France-Presse hat die Betreiber der Suchmaschine vor dem Bezirksgericht im US-District of Columbia verklagt. AFP will damit unterbinden, dass ihre Überschriften, Texte und Bilder von „Google News“ ohne Genehmigung übernommen werden. Die Agentur, die nach eigenen Angaben geltend macht, man habe Google mehrfach vergeblich aufgefordert hatte, diese Inhalte zu entfernen, will einen Schadenersatz in Höhe von umgerechnet 13,2 Millionen Euro einklagen. Als Reaktion hat Google nun angekündigt, Meldungen der französischen Presseagentur aus seinem News-Dienst zu entfernen.

Bereits kurz nach dem Start von „Google News“ waren die Suchmaschinenbetreiber erfolgreich von der Nachrichtenagentur dpa verklagt worden. Dabei ging es um so genannte Thumbnails, die der Internetdienst eigenständig von Fotos generiert und zu den Agenturtexten gestellt hatte, deren Originale ebenfalls von dpa im Internet präsentiert wurden. Auch Thumbnails, also auf Daumennagelgröße verkleinerte Abbildungen, die als Link zum Originalfoto genutzt werden, dürfen ins Internet nur mit Zustimmung des Urhebers oder Rechteinhabers eingestellt werden, gab das Landgericht Hamburg in einem Urteil vom 5. September 2003 (Az.: 308 O 449/03) der dpa-Klage Recht. lü ■ <http://www.jurpc.de/rechtspr/20040146.htm>

18 Millionen Dollar für US-Freelancer

Am 29. März billigte der Federal Court im Süd-Distrikt von New York einen Schiedsspruch, der freien Journalisten in den USA 18 Millionen Dollar für Zeitungsartikel zuspricht, die ohne ihre Zustimmung in Online-Pressearchive eingestellt wurden. „New York Times“, Time Inc., und das „Wall Street Journal“ sowie fünf Datenbankanbieter, darunter Dow Jones, Knight-Ridder und Lexis-Nexis, stimmten der Einigung zu, nach der sie pro Artikel bis zu 1.500 Dollar an den Autor zahlen müssen.

Die genaue Entschädigung ist abhängig vom Originalhonorar, Erscheinungsjahr, Erlaubnis oder Verbot einer künftigen Datenbanknutzung sowie davon, ob das Copyright für den Artikel – wie in den USA nicht unüblich – offiziell registriert wurde. Für unregistrierte Veröffentlichungen gibt es bis zu 60 Dollar.

Geklagt hatten auf Grundlage des vor dem Supreme Court der USA im Jahre 2001 gewonnenen Musterprozesses „Tasini et al vs. The New York Times et al“ (siehe «M» 8–9/2001) die drei Autorenverbände American Society of Journalists and Authors, Authors Guild und National Writers Union (NWU) sowie 21 Freelancer. „Die Einigung ist das letzte Kapitel in einem zwölfjährigen Kampf gegen schlimmes Unrecht“, sagte Jonathan Tasini, mittlerweile Ehrenpräsident der NWU. „Aber noch wichtiger, sie zeigt: Autoren können sich zur Wehr setzen, kämpfen und gewinnen.“ *lü* ■

Bewertungskosten für Freie voll absetzbar

Freie, die ihre Umsatzsteuererklärung für 2004 noch nicht eingereicht haben, können Steuern sparen. Der Bundesfinanzhof hat in einem Urteil vom 10. Februar 2005 (Az.: V R 76/03) entschieden, dass die Neuregelung von 1999, nach der ein Vorsteuerabzug für betrieblich veranlasste Bewertungskosten nur zu 80 Prozent – seit 2004 sogar nur 70 Prozent – zulässig war, nicht mit dem EU-Gemeinschaftsrecht vereinbar ist und deshalb keine Anwendung findet. Solche Aufwendungen berechtigen daher in vollem Umfang zum Vorsteuerabzug.

Die Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie erlaubt es den Europäischen-Mitgliedstaaten nämlich nicht, den Vorsteuerabzug, der bei In-Kraft-Treten der Richtlinie nach nationalem Recht möglich war, später im nationalen Alleingang einzuschränken. Dies ist in Deutschland aber im Jahre 1999 in § 15 Abs. 1a Nr. 1 Umsatzsteuergesetz in Verbindung mit § 4 Abs. 5 Nr. 2 Einkommensteuergesetz geschehen.

Freie können also bei der Umsatzsteuererklärung für 2004 und in Zukunft die gesamte Umsatzsteuer von Bewertungskosten gegenüber dem Finanzamt „abrechnen“. Dies gilt auch rückwirkend für noch nicht „bestandskräftig“ gewordene Umsatzsteuerbescheide ab 1999. Wer seine Steuererklärung für 2004 bereits abgegeben und hohe Bewertungskosten hat, kann diese berichtigen. *lü* ■

<http://www.bundesfinanzhof.de/www/entscheidungen/2005.3.30/SR7603.html>



Foto: Prokino Filmverleih (Deutschland)

Krisenstimmung trotz Doku-Boom

Marktstudie: Dokumentarfilme erleben in Deutschland nicht den erhofften Aufschwung

Michael Moores Filme „Bowling for Columbine“ und „Fahrenheit 9/11“ haben im Kino für eine Renaissance des Dokumentarfilms gesorgt. Auch im Fernsehen erlebt alles, was „nicht-fiktional“ ist, seit fünf Jahren einen Boom. Hier zu Lande feierten vor allem Reality-Formate Erfolge: Event-Shows („Deutschland sucht den Superstar“) oder Reality-Seifenopern wie „Big Brother“ sind schlicht preiswerter zu produzieren als Filme und Serien. Da sich der Doku-Boom in Deutschland vor allem von seiner zweitklassigen Seite zeigte, haben Dokumentationen hier jedoch bei Weitem nicht den Aufschwung erlebt wie im Ausland.

In ihrer Marktstudie zur „Fernsehproduktion in Deutschland“ hat die Kölner Medienunternehmensberatung HMR schon 2001 in der Fernsehbranche einen Mangel an Transparenz erkannt, der „zu unverständlichen Fehleinschätzungen der nationalen und internationalen Marktsituation, unklarer Kategorisierung, mangelnder Begriffsschärfe und medienpolitischer Ignoranz“ führe. Die Folgestudie „Dokumentarische Produktion in Film und Fernsehen“ schließt nahtlos an die frühere Untersuchung an. Heute beklagen die Autoren „Verfallserscheinungen des Genres“ im „Nonfiction“-Markt: „Allgemein wird

der Verlust an Relevanz, Individualität und Qualität der Sendungen diagnostiziert“. Das hängt natürlich nicht zuletzt auch mit der öffentlich-rechtlichen Programmstrategie zusammen, den Sendealltag bis ins Detail durchzuformatieren und Filme mit eigener Handschrift ins Mitternachts-Getto abzuschieben.

■ Ökonomische Zwänge

Gerade unter den Produzenten klassischer Dokumentarfilme haben die Autoren der Studie eine Krisenstimmung ausgemacht. Vor allem kleinere Firmen, heißt es in der Studie, verlören ihre Existenzgrundlage und würden zunehmend vom Markt verdrängt. Durch die Begrenzung der öffentlich-rechtlichen Budgets erhielten solche Befürchtungen zusätzlich Nahrung. Empirische Grundlagen dafür gab es

„Die Geschichte vom weinenden Kamel“ (Byambasuren Davaa, Luigi Falorni): Zwei Studenten von der Filmhochschule München sind in die mongolische Wüste gefahren und haben das Ideal eine Dokumentarfilms gedreht: ein Märchen. Ein großer Liebesfilm und außerdem ein Sozialreport aus der Mongolei nach der „Wende“. (Presseecho: Der Tagesspiegel)

bislang jedoch nicht. Betrachtungen wie etwa Fritz Wolfs Analyse „Alles Doku – oder was?“ setzen sich in der Regel vorwiegend inhaltlich mit dem Genre auseinander und ignorieren die ökonomischen Seiten. Diese Lücke will die neue Studie schließen.

Aus Sicht von HMR gehört non-fiktionales Programm in all seinen Mischformen aktuell „zu den dynamischsten Programmbereichen im deutschen wie auch im internationalen Fernsehen“: Die Sender seien zunehmend bereit, Sendeplätze für Filme und Serien durch dokumentarische Formate zu ersetzen. Hoch interessant, nicht nur aus Sicht der Branche, ist das Zahlenmaterial der Studie. Dem zu Folge sind in Deutschland derzeit rund 820 Produzenten im Markt aktiv, die im weiteren Sinne dokumentarische Programme herstellen. Das Auftragsvolumen liegt bei rund 510 Millionen Euro pro Jahr und macht damit gut ein Fünftel jener knapp 2,3 Milliarden Euro aus, die deutsche Sender insgesamt in Auftragsproduktionen investieren. Auf den Kernbereich Dokumentationen und Reportagen entfallen dabei rund 250 Millionen Euro. Wie bei Filmen und Serien auch erwirtschaften einige wenige Unternehmen den Löwenanteil des gesamten Produktionsvolumens: Auf die 25 größten Nonfiction-Anbieter entfallen laut Studie 56 Prozent des Umsatzes. Die Liste wird von Spiegel-TV angeführt (Umsatz: 47 Millionen

Studie erhältlich

Für 490 Euro erhält man die Studie bei Jan Lingemann, HMR International, Im Mediapark 5b, 50670 Köln.
Tel.: 0221 / 454 3510, Fax: 0221 / 454 3519
E-Mail: jan.lingemann@hmr-international.de

Euro). Rund zwei Drittel der Produzenten sind Kleinunternehmen, deren Umsatz pro Jahr deutlich unter 500.000 Euro liegt; sie sorgen für 10 Prozent des gesamten Markturnsatzes.

Trotz ohnehin preiswerterer Produktionsbedingungen beklagen die befragten Produzenten eine „latente Unterfinanzierung“; der wirtschaftliche Druck nehme stetig zu. Die Autoren der Studie fordern daher veränderte Rahmenbedingungen; nur so sei die „Kultur des Dokumentarischen“, die maßgeblich zum Profil der deutschen Film- und Fernsehlandschaft beitrage, auch langfristig in ihrer Vielfalt und Qualität zu erhalten. Mögliche Auswege werden skizziert. Zum Beispiel müsse Produzenten die Möglichkeit zur Kapitalbildung gegeben werden. Bislang berechnen Firmen üblicherweise 6 Prozent des Budgets als so genannte Handlungskosten (kurz „HU“), die beispielsweise die Miete für Büroräume abdecken. Wären dies 15 Prozent, könnten die Produzenten Rücklagen bilden, um Durststrecken zu überbrücken. Nicht enthalten in den HU sind Entwicklungskosten für Projekte; zumindest von ARD und ZDF sei zu erwarten, dass sie diese Ausgaben übernehmen.

Auftragsproduktionen werden von den Sendern in der Regel nach dem „Buy out“-Prinzip ausgehandelt: Für ihr Geld

bekommen sie sämtliche Rechte. Erst nach sieben Jahren, wenn sich kaum noch Erlöse erwirtschaften lassen, können die Hersteller wieder über ihre Produktionen verfügen. Deshalb müssen für Wiederholungen auch keine weiteren Honorare gezahlt werden. Fiele die „Buy out“-Regelung weg, würde dies naturgemäß zu einer erheblichen Verbesserung der Ertragssituation führen. Kritik üben die Verfasser der Studie auch an den festen Honorarsätzen, die vor allem von öffentlich-rechtlichen Sendern gezahlt würden, stünden sie doch in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zu den tatsächlichen Marktpreisen. Die Honorare sollten daher „dem jeweiligen Rechercheaufwand sowie dem Profil der beauftragten Autoren und Regisseuren gerecht“ werden.

■ Außerhalb der Hauptsendezeit

Außerdem moniert die Studie die „kurzfristige und kurzfristige Perspektive der Anstalten, die sich aus der starken Orientierung am Quotenerfolg ergibt“. In der Hauptsendezeit existiere aktuell kein Sendeplatz für „große“ Dokumentarfilme; das Genre finde „fast ausschließlich in Programmischen am späten Abend oder bei den Spartenkanälen“ statt. Es sei daher „eine mittelfristige film- und gesellschafts-

politische Aufgabe von ARD und ZDF, die Zuschauer wieder an das Genre des kinematographischen Dokumentarfilms heranzuführen“; dies könne durch die Einrichtung „einer festen Leiste für den abendfüllenden Dokumentarfilm im Wechsel mit bestehenden Formaten“ geschehen.

Ein letzter Kritikpunkt betrifft die Filmförderung: die Unterstützung dokumentarischer Produktionen habe im Jahr 2003 gerade mal 4,85 Prozent (11 Millionen Euro) der gesamten Fördersumme ausgemacht. Gegenüber dem Vorjahr entspreche dies einem Rückgang von fast 28 Prozent. Als besonders problematisch empfinde die Branche „die starke Fragmentierung der Förderung, die häufig unsystematisch und nach standortökonomischen Kriterien agiert“. Eine Aufwertung des Genres könne aber nur erreicht werden, wenn sich die Fördermaßnahmen auf wenige ambitionierte Projekte konzentriere. Die gegenwärtige Praxis sehe jedoch vor, „dass alle für alles Förderung beantragen und auch gewährt bekommen“. Übrigens auch TV-Sender, weshalb die Autoren fordern: „Zumindest die Produktion gängiger Regelformate im deutschen Fernsehen sollten die auftraggebenden Sender in der Regel allein finanzieren“.

Tilmann P. Gangloff ■

► Filmrezension: Katze im Sack

Ein kalter dunkler Liebesreigen

Eine Zufallsbekanntschaft im Zug. Eine Frau in den besten Jahren und ein gutaussehender Vagabund. Es liegt etwas in der Luft, vielleicht ein Liebesabenteuer oder mehr. Kaum hat der eine das Abteil für einen Moment verlassen, schnüffelt der andere in dessen Sachen herum. Aber es bleibt bei solchen Heimlichkeiten, Doris und Karl bleiben gefangen in ihren coolen Rollen, keiner lässt die Katze aus dem Sack.

Bedeutungsschwer ist diese erste Begegnung in Florian Schwarz' großartigem, von dokumentarischer Schärfe zeugendem Debütfilm über Beziehungsunfähigkeit, Sehnsucht und Verlassenheit als Folge des Zeitgeists. Und bei der bleibt es natürlich nicht. Karl steigt in Leipzig aus und folgt Doris. Er stöbert sie und ihren alternden Geliebten Brockmann in einer Karaokebar auf. Ein kalter, dunkler Liebes- und Todesreigen beginnt, durch eine Nacht voller Wetten und Enttäuschungen: Karl wird versuchen, ein Mädchen aus der Bar abzuschleppen – schafft er es, gewinnt er ein Frühstück mit Doris. Die bereut ihren Deal, springt für einen Moment über ihren Schatten, rennt Karl hinterher und will alles rückgängig machen. Zu spät, er hat bereits eine Andere im Schlepptau und zieht die Sache durch. „Katze im Sack“ ist ein Film über Menschen, die sich nach etwas sehnen,

von dem sie nur eine vage Vorstellung haben. Liebe scheint ihnen unerreichbar, nur Sex kann man kurzfristig bekommen. Nur über ihn kommen sie sich kurzzeitig näher. Und doch ist er nie mehr als eine drastische Körperübung oder Triebbefriedigung. Je mehr Zeit verstreicht, desto kälter werden auch die Bilder. Immer näher rückt die Kamera den Menschen auf den Leib und entblößt sie: Doris, wie sie sich an ihre merkwürdige Beziehung zu Brockmann klammert, ihn mal abweist, mal becirt, ihm in der vielleicht kältesten Szene ihre nackten Brüste präsentiert. Der hockt derweil auf dem Klo, deprimiert, müde und unentschieden. Sein Tod im Verlauf der Nacht lässt den Film noch finsterner werden. Und Karl, der Zocker, auch er guckt plötzlich dumm aus der Wäsche, als er auf eine junge Verführerin trifft, die ihn nur benutzt, um als erste aus dem Kreise ihrer Freundinnen entjungfert zu werden. 24 Stunden lang sind die Nachtschwärmer in Trostlosigkeit, Einsamkeit und Verzweiflung gefangen. Nur am Ende gibt es einen kleinen Hoffnungsblitz: Doris und Karl begegnen sich erneut in einem Zugabteil. Wieder liegt etwas in der Luft, beide schmunzeln. Werden Sie diesmal ihre Chance nutzen?

Kirsten Liese ■

D 2004
Regie:
Florian Schwarz
Darsteller:
Jule Böwe
Christoph Bach
Walter Kreye
86 Minuten

Größte Zeitungsfusion

ROTTERDAM. Die niederländischen Zeitungsverlage PCM und Wegener werden acht ihrer Tageszeitungen zu einer einzigen großen Zeitung fusionieren. Das noch namenlose Blatt werde im August erscheinen und mit einer Auflage von 600.000 Exemplaren nach der Boulevardzeitung „De Telegraaf“ die zweitgrößte Tageszeitung des Landes sein, teilten die Verlage mit.

Der Zusammenschluss von sieben regionalen Zeitungen und dem jetzt schon landesweit erscheinenden „Algemeen Dagblad“ ist die größte Fusion der niederländischen Zeitungsgeschichte. Grund der geplanten Fusion sind die sinkenden Auflagen der Regionalzeitungen. 325 der jetzt 1.100 Arbeitsplätze sollen gestrichen werden, darunter 140 von Journalisten. Alle Fotografen sollen entlassen werden. Gearbeitet werde nur noch mit freien Fotografen, hieß es. Die Zeitung soll in zwanzig Ausgaben, vor allem im Gebiet rund um Rotterdam, Den Haag, Utrecht und Amersfoort erscheinen. Eine Ausgabe werde überregional verbreitet. Das neue Blatt wird im Tabloid-Format erscheinen. red. ■

Türkei noch weit von EU-Standards entfernt

ANKARA. Bei Einhaltung der Menschenrechte ist die Türkei nach Einschätzung des türkischen Menschenrechtsvereins IHD noch „weit von den als Minimum angesehenen EU-Standards entfernt“. „Menschenrechtsverletzungen in der Türkei haben ein unzumutbares Ausmaß“, sagte der Vorsitzende Yusuf Alatas bei der Vorstellung des IHD-Jahresberichts 2004 in Ankara. Demnach wurden im vergangenen Jahr in der Türkei 1040 Menschen gefoltert und misshandelt. Fast 6400 Menschen seien „willkürlich“ in Polizeigewahrsam genommen worden.

Auch um die Meinungsfreiheit steht es in der Türkei nicht zum Besten. In 72 Prozessen seien im vergangenen Jahre 693 Angeklagte zu Haftstrafen von insgesamt fast 31 Jahren verurteilt worden. Eröffnet wurden nach Angaben des Menschenrechtsvereins 78 Prozesse, bei denen die Staatsanwaltschaft gegen 467 Angeklagte wegen Meinungsdelikten Haftstrafen von insgesamt 1557 Jahren beantragt habe. Gegen zwanzig Publikationsorgane habe es Razzien gegeben. Insgesamt neun Bücher, Zeitschriften und Zeitungen seien verboten worden. dpa ■

BBC streicht tausende Jobs

Keine Fernsehkorrespondentin mehr in Deutschland

Ende 2005 muss sich die Berliner BBC Fernsehkorrespondentin Tristana Moore auf einen neuen Job gefasst machen. BBC Generaldirektor Mark Thompson hat ihr mitgeteilt, dass der einzige BBC Fernseh-Posten in Deutschland gestrichen wird. Die 33jährige Journalistin ist jedoch nicht allein, tausende Stellen sollen bei der BBC gekappt werden.

Aus Berlin wird künftig nur noch BBC Radiokorrespondent Ray Furlong berichten. Damit wird als einziger in allen BBC Büros innerhalb der EU ausgerechnet der TV Korrespondentenposten in Berlin gestrichen! Mark Thompson hat in einem Rundumschlag ohne Gleichen die Streichung von insgesamt 3.780 Jobs in der BBC angekündigt. Bis 2008 sollen in allen Bereichen 19 Prozent der derzeit rund 23.000 BBC Mitarbeiter entlassen werden. Der Grund für diese Massen-Entlassungsorgie: Die Erneuerung der Royal Charter, der BBC Verfassung durch die britische Regierung und Her Majesty The Queen steht 2006 an. Sie legt für die nächsten 10 Jahre den Fortbestand der BBC fest. Um sich nach der Hutton Affäre Lieb-Kind bei der Regierung zu machen und so guten Willen durch Spar-Maßnahmen zu zeigen, hat Director General (DG) Thompson die Entlassungen veranlasst, stellen die drei in der BBC vertretenen Gewerkschaften National Union of Journalists NUJ, Bectu und Amicus deutlich fest. Durch die Jobstreichungen will Thompson insgesamt 355 Mio. Pfund / 523 Mio. Euro einsparen, die dann in Zukunft wieder in Radio- wie TV- Programme investiert werden sollen.

■ 120 müssen bei BBC News gehen

Wie das allerdings gehen soll, das können derzeit weder BBC Führung, Mitarbeiter noch Gewerkschaften richtig erklären. Wie sollen denn bessere Programme entstehen, wenn die Leute nicht mehr da sind und die dann noch verbliebenen Mitarbeiter vor Arbeit kaum mehr Zeit haben, kreativ tätig zu sein? Ein Blick auf das 1.300 Mitarbeiter starke „Centre of Excellence“ in Glasgow zeigt, was in der BBC abgeht. 290 Mitarbeiter werden in der BBC Scotland ihre Jobs verlieren. 120 davon

werden im newsroom (BBC News), dem Herzstück, ersatzlos gestrichen. BBC Scotland TV Reporterin Sally McNair musste schottischen Radiohörern die Streichungsorgie erklären, im Wissen dass ihr Mann, ein bekannter BBC TV Producer, unter den Entlassenen sein wird!

■ Verhandlungen gefordert

Nicht anders sieht das in London aus. Mit dem Verlust von 420 Journalistenjobs verliert der Bereich BBC News am meisten Stellen von allen Bereichen. Das Entsetzen ist groß. Ausgerechnet die Abteilung, die die BBC weltweit durch ihre Nachrichtenarbeit bekannt und berühmt gemacht hat, blutet aus, sind BBC Staffer (Angestellte) und Gewerkschaften überzeugt. Die Reaktion war nach Tagen des Entsetzens und des Schocks dann auch dementsprechend. Die drei Gewerkschaften haben in seltener Einmütigkeit der BBC Geschäftsführung eine Frist, verbunden mit Forderungen, gesetzt. In einer gemeinsamen Erklärung forderten sie Mark Thompson für britische Verhältnisse überaus deutlich und unmissverständlich auf, sofort alle Jobabbaugespräche einzustellen, alle konkreten Abbauplanungen sofort auf den Tisch zu legen und sich umgehend mit den Gewerkschaften zu Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. 90 Tage hat Thompson insgesamt Zeit, diesen Forderungen nachzukommen. Die Uhr läuft! Am 30. April wird eine Abstimmung aller BBC Mitarbeiter stattfinden, bei der es um die Frage „Streik oder nicht?“ gehen wird. Die Gewerkschaften haben damit den moralischen wie politischen Druck auf Thompson und seine Führungsriege erheblich erhöht. Für den 5. Mai, so erwarten politische Insider, wird Premierminister Tony Blair die Neuwahl des britischen Parlaments in London und damit auch die Abstimmung über seine weitere Amtsperiode als Premierminister festlegen. Alle Zeichen deuten BBC intern derzeit darauf hin, dass ein Streik am 5. Mai stattfinden könnte!

Schwarze Bildschirme und stille Radios am Wahltag, das wäre nicht nur für die BBC Führung wahrhaft das „worst case scenario“! Udo Seiwert-Fauti ■

Europa-Kongress zu Medien-Qualität

Weltweite Kampagne gegen Aushöhlung der Bürgerrechte gestartet

„Medien-Qualität und Rechte der Journalisten“ in der sich erweiternden EU standen diesmal im Mittelpunkt des Jahrestreffens der Europäischen Journalistenföderation (EFJ). Gekoppelt war das Treffen in Bilbao (Spanien) Anfang April mit einer IFJ-Konferenz zu „Journalismus, Krieg und Menschenrechten“. Dabei zogen Teilnehmer aus über 25 Ländern eine erschreckende Bilanz: Zunehmend werden die nach den Anschlägen vom 11. September verschärften Sicherheitsgesetze in vielen Ländern benutzt, um „Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus zu verletzen“. Deshalb hat die Internationale Journalistenföderation und ihre Europa-Organisation zum Tag der Pressefreiheit 2005 eine weltweite Kampagne für freie, ungehinderte Berichterstattung und gegen die Unterdrückung von Meinungsfreiheit gestartet. Die einmütig verabschiedete „Euskalduna Declaration“ fordert andere Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Bürgerrechtsgruppen auf, eine „effektive Koalition gegen weitere Attacken auf de-

mokratische Rechte zu bilden“. Die Debatten beim EFJ-Jahreskongreß drehten sich vor allem um eine vom Steering Committee angeregte „Agenda for Change in Media“ (Agenda für einen Medien-Wandel) in einem erweiterten Europa. Darin werden die sich in Zeiten der Print- und Werbekrise rapide verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen für Journalisten – festangestellte wie freie – kritisiert. Besonders das Rendite- und Gewinnmaximierungsstreben großer Medienkonzerne verletze das Recht der Öffentlichkeit auf vielfältige und wahrheitsgemäße Information in etlichen Ländern. Parallel stehe der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Europa unter massivem politisch-finanziellen Druck. All dies schwäche Qualitätsjournalismus, der für demokratische Verhältnisse lebensnotwendig sei.

In der Podiumsdebatte versicherte Stig Finslo, Direktor des norwegischen Orkla Media-Konzerns, dass das Unternehmen sein in Polen praktiziertes Prinzipienpaket in anderen Ländern anwenden wer-

de. Freiwillige Werberegeln, ein „Code of conduct“, eine „Freedom of editors“-Erklärung und publizistische Eckpunkte sollen laut Orkla sicherstellen, dass „Journalisten und Verleger als Partner gemeinsam für publizistische Qualität sorgen“. So könne mehr Wertschöpfung mit gesellschaftlicher Verantwortung verknüpft werden.

Da eine Schwalbe wie Orkla aber noch keinen Sommer macht, beschlossen die EFJ-Delegierten insgesamt 18 Anträge. Verurteilt wurden u. a. die anstehenden Entlassungen bei der BBC und im Online-Bereich von swissinfo. Um die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks drehten sich weitere vier Beschlüsse. Dazu soll die EFJ-Initiativgruppe „public service“ zu einer ständigen Expertengruppe umgestaltet werden, wie es sie schon für Urheberrecht, Freie und Arbeitsrecht / Betriebsräte gibt. Zur Qualifizierung von Journalisten hat die EFJ mit dem Leonardo-Programm der EU ein Webangebot für E-Learning unter www.reporstage.org gestartet. **H.W** ■

► Aktion für Sumi Khan, Bangladesch

Journalistin wird von Islamisten bedroht



amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-
Ufer 156
10179 Berlin
www.verdi.de

Menschen Machen
Medien-Redaktion
[karin.wenk@
verdi.de](mailto:karin.wenk@verdi.de)

Das Schreiben kam mit der Post, und es war deutlich. Sumi Khan, Korrespondentin des Magazins „Shaptahik 2000“, wurde in dem anonymen Drohbrief aufgefordert, keine Artikel über islamistische Gruppen mehr zu verfassen und ihre bisherigen Texte zurückzuziehen. Andernfalls drohte der Absender mit Bombenangriffen auf ihr Haus und ihr Büro.

Sie war nicht die Einzige, die zwischen dem 10. und 12. März solche Post erhielt. Auch ihre Kollegen Samaresh Baidya und Zubair Siddiqui sollten mit Morddrohungen eingeschüchtert werden. Alle drei arbeiten für Redaktionen mit Sitz in der Stadt Chittagong im Süden von Bangladesch. Samaresh Baidya schreibt für die Tageszeitung „Bhorerkagoj“, Zubair Siddiqui für das Wochenmagazin „Ajker Surjodoy“.

Für Sumi Khan ist es nicht das erste Mal, dass Unbekannte sie bedrohen. Vor etwa einem Jahr, am 27. April 2004, war sie mit Messerstichen schwer verletzt worden, als sie gerade auf dem Weg zu einem Kurierdienst war, um einen Artikel an ihre Redaktion zu schicken. Grund für den Überfall war vermutlich eine Reihe von Beiträgen über die mutmaßliche Beteiligung von Lokalpolitikern und islamistischen Gruppen an Angriffen gegen Minderheiten und Entführungen sowie Fälle unrechtmäßiger Aneignung von Land durch Grundbesitzer. Vor dem Überfall waren mehrere anonyme Drohanrufe bei der Journalistin eingegangen, in denen sie aufgefordert wurde, ihre „Diffamierungen“ einzustellen. Bislang ist niemand wegen des Angriffs auf Sumi Khan festgenommen oder angeklagt worden.

Im vergangenen Jahr wurden in Bangladesch mindestens vier Journalisten getötet, zahlreiche andere wurden wegen ihrer Tätigkeit bedroht oder bei gewalttätigen Übergriffen schwer verletzt.

Harald Gesterkamp ■

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an die Ministerpräsidentin von Bangladesch und fordern Sie wirksame Schutzmaßnahmen für die Journalistin Sumi Khan. Appellieren Sie an die Regierung, die Morddrohungen öffentlich zu verurteilen und sicherzustellen, dass gegen die Absender strafrechtlich vorgegangen wird. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:

Prime Minister Begum Khaleda Zia
Office of the Prime Minister
Gona Bhaban
Old Sangsad Bhaban
Tejgaon
Dhaka
BANGLADESCH
Telefax: 00 880- 2 811 3243, E-Mail: pm@pmobd.org

Schicken Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:

Kanzlei der Botschaft der Volksrepublik Bangladesch
Herrn Botschaftsrat Ruhul Alam Siddique
Dovestraße 1
10587 Berlin
Telefax: (030) 3989 7510

Sumi
Khan



Journalismus aktuell

ABP, München. 17./18. Mai: Kleintexte für Zeitungen. 19./20. Mai: Kleintexte für Fachzeitschriften. 23. bis 25. Mai: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. 30. Mai bis 3. Juni: Sprache und Redigieren für Fachzeitschriften. 13. bis 15. Juni: Kreatives Schreiben für Fachzeitschriften. **ABZV, Bonn.** 30./31. Mai: Presse-recht aktuell für Lokalredaktionen. **AFP, Hamburg.** 30./31. Mai: Gute Seiten – Schlechte Seiten. 9./10. Juni: Blattkritik. **AM, Düsseldorf.** 3./4. Juni: Werkstatt für Text-Dramaturgie. **CMA, Wetzlar.** 27. Mai: Lokaljournalismus. 4./5. Juni: Sprache und Redigieren. 10./11. Juni: Das Bild zum Text. 15. Juni: Recherche und Themenfindung. **JHB, Hagen.** 23. bis 27. Mai: Wirtschafts-Journalismus. 9./10. Juni: Medienrecht für Freie. **JSR, Essen.** 17. bis 18. Mai in Düssel-

dorf: Sportberichterstattung. **KLARA, Berlin.** 25. Mai: Texte verbessern. 30. Mai bis 1. Juni: Texten und redigieren. 2. bis 4. Juni: Kreativ schreiben. 15. Juni: Texte kürzen – aber richtig. **MH, Hamburg.** 20. bis 22. Mai: Motorjournalismus – Theorie und Praxis.

Journalistische Themen

ABP, München. 9./10. Juni: Europa-Politik als journalistisches Thema. **EMA, Berlin.** 9./10. Juni: Bericht-erstattung über islamische und islamistische Gruppen. 15. bis 18. Juni: Internationaler Workshop – Religiöse Themen im Fernsehen. **FES, Bonn.** 30. Mai in Berlin: Europa-Berichterstattung. **ITZ, Bonn.** 2./3. Juni in Hannover: Erfahrungsaustausch unter Profis. **JSR, Essen.** 9./10. Juni in Erfurt: Information erfolgreich beschaffen. 16./17. Juni: Vom Umgang mit Statistiken.

Journalistische Formen

ABP, München. 17. bis 20. Mai: Portrait. 20./21. Mai: Lokaljournalismus für Freie – Darstellungsformen. **AFP, Hamburg.** 18. bis 20. Mai: Sportjournalismus. **JHB, Hagen.** 17. bis 19. Mai: Nachrichten-Training. 30. Mai bis 3. Juni: Portrait. 13. bis 16. Juni: Interview-Training. **MAK, Köln.** 7. bis 9. Juni: Schreib-training II.

Journalismus online

KOMED, Köln. 23. bis 25. Mai: Praxis der Onlineredaktion. **MAK, Köln.** 15. Juni: Emotionales Online Design vs. Nutzer-Ergonomie. **NA, Hamburg.** 9./10. Juni: Internet-Newsletter. **PFA, Frankfurt/Main.** 1. bis 3. Juni: Dreamweaver – Einführung und Programmierung von Internet-Seiten. **WOMAN, Frankfurt/Main.** 9./10. Juni: Schreiben für Online-Medien.

Layout / Infografik

KOMED, Köln. 1. Juni: Scannen. 1. Juni bis 29. Juni (mittwochs): Layout mit InDesign CS – Typografie. 2. bis 4. Juni: InDesign – Aufbau. 13. bis 17. Juni: Photoshop – Einstieg und Aufbau.

Volontäre

ABP, München. 18. bis 29. April: Grundkurs II Zeitschrift. 30. Mai bis 10. Juni: Grundkurs II Zeitung. 13. bis 24. Juni: Grundkurs II Zeitschrift. 13. bis 24. Juni in Kulmbach: Grundkurs I Zeitung. **ABZV, Bonn.** 6. bis 17. Juni: Grundkurs B 2. **AFP, Hamburg.** 2. bis 13. Mai: Kompaktkurs für Radio-Volontäre I. 2. bis 27. Mai: Kompaktkurs für Print-Volontäre. 6. Juni bis 1. Juli in Hamburg und zeitgleich in Hannover: Kompaktkurs für Print-Volontäre. **APB, Tutzing.** 6. bis 10. Juni: Nachhaken und durchblicken – Recherche-training für Volontäre. **DHA, Dortmund.** 30. Mai bis 17. Juni: Grundkursus II. **JHB, Hagen.** 30. Mai bis 24. Juni: Volontärsseminar. **JSR, Essen.** 30. Mai bis 3. Juni: Das Verhältnis von Bild und Text.

Fotografie

AFP, Hamburg. 4. bis 9. Juni: Fotografieren. **DHA, Dortmund.** 14./15. Juni: Bild- und Grafikbearbeitung mit Photoshop. **KOMED, Köln.** 21. Mai und 1. Juni: Fotowanderung Ahr. 21. Mai und 19. Juni: Fotografie als Experiment. 2./4./16. Juni: Werbefotografie. 4./18. Juni und 2. Juli: Das Portrait II. 7./12./16. Juni: Tierfotografie. 11./15./22. Juni: Architektur- und Stadtfotografie in Farbe. **PFA, Frankfurt/Main.** 21. Mai: Digital-Fotografie für Zeitung und Internet.

Hörfunk

AM, Düsseldorf. 3. bis 5. Juni: Radio-Reportage. **DHA, Dortmund.** 18./19. Mai: Moderation aktuell. 9./10. Juni: Live-Kick – Moderation vor Publikum Teil I. **IFP, München.** 30./31. Mai: Einführung in den digitalen Hörfunkschnitt. **KOMED, Köln.** 31. Mai bis 5. Juli dienstags: Schreiben fürs Radio.

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: www.verdi.de/m

ABP Fon: 089/49 99 92–0, www.akademie-bayerische-presse.de
ABZV Fon: 02 28/259 00–0, www.abzv.de
AFP Fon: 040/41 47 96–0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AM Fon: 02 11/43 69 00, www.medienverband.de
APB Fon: 081 58/25 60, www.apb-tutzing.de
AR Fon: 021 91/794–0, www.akademieremscheid.de
BET Fon: 040/42 10 84–0, <http://bet.de>
CMA Fon: 064 41/91 51 66, www.cma-medienakademie.de
COP Fon: 02 21/739 32 62, www.dreamguidance.de
DEPAK Fon: 030/44 72 90, www.depak.de
DHA Fon: 02 31/98 89 00, www.hoerfunkakademie.de
DWH Fon: 040/390 37 22, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
EMA Fon: 030/310 01–417, www.evangelische-medienakademie.de
FAZ Fon: 069/75 91–20 76, www.seminare-faz-institut.de
FES Fon: 02 28/883 32–5/–6, www.fes.de

FM Fon: 02 51/230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de bzw. www.masterschool.dokumentarfilm.de
FUA Fon: 040/450 209–0, www.Frau-und-Arbeit.de
HWP, Hamburg Fon: 040 / 413 468 51, E-Mail: film@hamburgmediaschool.com
IFP Fon: 089/54 91 03–0, www.ifp-kma.de
IMK Fon: 0 52 32–9 83–0, www.imk.verdi.de
ITZ Fon: 02 28/40 38 76, www.drehscheibe.org
JA Fon: 089/167 51–06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon: 023 31/365–6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon: 02 01/804–19 61 oder 02 01/804–19 62, www.journalistenschule-ruhr.de
KLARA Fon: 030/690 415 85, www.KLARAberlin.de
KOMED Fon: 0221/5743 333, www.komed.de
MAK Fon: 02 21/57 43 72 00, www.medienakademie-koeln.de
MBW Fon 089/55 17 83 80, www.mbwmedienberatung.de
MH Fon: 040/30 62 31 80, www.medienbuero-hamburg.de

MKZ Fon: 022 24/955–129, www.ksi.de
MR Fon: 0221/642 56 38, www.erzbistum-koeln.de/medien
MUK Fon: 040/39 90 99 31, www.medienundkultur.hamburg.de
NA Fon: 040/41 13 28 42, www.newsaktuell.de
NORSA Fon: 0221/941 76 97, www.norsa.net
NPR Fon: 030/68 30 20 90, www.medienkonkret.de
PFA Fon 069/92 10 72 22, www.privatfunkagentur.de
PRO Fon 03 31/721 21 81, www.probabelsberg.de
ver.di Bielefeld Fon 052 05/91 000, www.verdi-das-bunte-haus.de
ver.di Brannenburg Fon 08034/90 51 41, www.haus-brannenburg.de
ver.di Sahlberg Fon 030/80 67 130, www.bbz.verdi.de
ver.di Saalfeld Fon 036 71/55 10 40
ver.di Walsrode Fon 051 61/979 562, www.lust-auf-verdi-in-walsrode.de
WOMAN Fon: 069/74 30 98 63, www.womanticker.net

MKZ, Bad Honnef. 4./5. Juni: Knackig und kompetent.
MR, Köln. 21./22. Mai in Düsseldorf: Radio Sprechtraining Aufbaukurs.
NPR, Berlin. 2./3./6. Juni: Radio-Basiskursus.
PFA, Frankfurt/Main. 4. Juni: Nachrichten schreiben und im Radio präsentieren.

Film & TV

AFP, Hamburg. 10. bis 12. Juni: TV-Reportage. 13. Juni: TV-Moderation. 13. bis 15. Juni: Texten fürs Fernsehen.
DHA, Dortmund. 28./29. Mai und 11./12. Juni: Grundlagen journalistischer Arbeit mit der Fernsehkamera.
DWH, Hamburg. 20. bis 22. Mai: Der Kurzfilm – von der Idee zum Dreh.
EMA, Berlin. 3./4. Juni: Aufsager und Schaltgespräch.
FES, Bonn. 6. bis 10. Juni: Einführung in den TV-Journalismus.
KOMED, Köln. 21./22. Mai: Drehbuch-Special – Dialogschreiben. 11./12. Juni: Das journalistische Interview.
MUK, Hamburg. 20. bis 22. Mai und 3. bis 5. Juni und 17. bis 19. Juni und 2./3. Juli und 15. bis 17. Juli in Berlin: Fortbildung Produktionsmanagement. 27. bis 29. Mai: Das Lektorat. 11./12. Juni: Literaturverfilmung.
NPR, Berlin. 14./15. Juni: Audioschnitt.
PRO, Babelsberg. 23./24. Mai: Sesam. 25./26. Mai: Excel. 2. bis 5. Juni: Maya für die Previsualisierung. 8. bis 12. Juni: Maya für Special Effects.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 10. Mai: Videotechnik Editing. 14. bis 16. Mai: EB-Tonaufnahme. 20. bis 25. Mai: Broadcast Kamerarecorder. 27. bis 29. Mai: EB-Tonaufnahme. 2./3. Juni: Avid Maintenance.
FM, Münster. 5. bis 8. Mai: Filmkamera 16 mm Praxis. 20. bis 22. Mai: Digitaler Videoschnitt Final Cut Pro 1 – Einführung. 26. bis 29. Mai: für Profis. 10. bis 12. Juni: 16 mm Schnitt.
KOMED, Köln. 6. Mai: Baustein 1 – Elektronische Bildaufzeichnung. 7./8. Mai und 4./5. Juni: „In meinem Alter“ – Dokumentarfilm (Online- und Präsenzkursus). 9. Mai: Baustein 2 – Camcorder. 10. Mai: Baustein 3 – Ton. 11. Mai: Baustein 4 – Licht und Schatten. 12. Mai: Baustein 5 – Bildgestaltung und Ästhetik. 13./14. Mai: Baustein 6 – Stoffentwicklung und Realisation. 14. Juni: Baustein 7 – Schnitt und Montage. 15. Juni: Bau-

stein 8 – Einführung in den Schnitt. 16./17. Juni: Baustein 9 – Adobe Premiere (mit Pinnacle DV500plus).

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 23. bis 25. Mai: Qualitätsmanagement in Redaktionen. 9./10. Juni: Konfliktmanagement für Führungskräfte. 14./15. Juni: Freie Journalisten – Marketing.
AFP, Hamburg. 23. bis 25. Mai: Themen verkaufen – Marketing für Freie. 29. Mai bis 3. Juni: Neuntes Europäisches Seminar für Führungsaufgaben in Redaktionen der Print-Medien.
AM, Düsseldorf. 18. Mai: Telefon-Training. 20. Mai: Stimm- und Ausdrucksstraining. 21. Mai in Saarbrücken: Sicher reden – überzeugend wirken. 10. Juni: Brillant präsentieren.
CMA, Wetzlar. 20. bis 22. Mai: Moderation und Veranstaltungsführung. 3. Juni: Die perfekte Anzeige.
COP, Köln. 12./13. Mai in Hamburg: PR-Coaching – Überzeugen durch authentische Souveränität. 23./24. Mai in Heidelberg: Coaching für gelingendes Handeln. 27./28. Mai in Heidelberg: Perspektiven gewinnen. 30. Mai bis 1. Juni in Wald-Michelbach: Orientierung schaffen für neue Perspektiven. 6. bis 8. Juni in Berlin: Einfach gelöst traumhaft kreativ – Mit Selbst-Recherche zu neuen Lösungen. 9./10. Juni: Persönlichkeit und Perspektiven – Den roten Faden wieder finden. 9./10. Juni in Frankfurt/Main: Coaching für gelingendes Handeln. 13. bis 15. Juni. Gefördertes Einzel-Coaching – Die Leiter rauf durch Kompetenz und Selbstvertrauen.
FAZ, Frankfurt/Main. 19. Mai: Interne Kommunikation im Change Management. 23./24. Mai: Führungstechniken für Frauen. 31. Mai bis 1. Juni in Mühlthal/Traisa bei Darmstadt: Business-Etikette und zeitgemäße Umgangsformen. 31. Mai bis 1. Juni in Heidelberg: Dialektik für weibliche Führungskräfte. 1./2. Juni in Königstein/Taunus: Zielgerichtete Mitarbeitergespräche. 1./2. Juni: Konflikte in Unternehmen erfolgreich managen. 7./8. Juni in Heidelberg: Smalltalk. 14./15. Juni: Crashkurs Rhetorik
FES, Bonn. 18. bis 20. Mai in Würzburg: Selbstvermarktung für freie Journalisten.
FUA, Hamburg. 28./29. Mai: Buchführung für Freiberuflerinnen und Kleingewerbetreibende.
JA, München. 20. bis 22. Mai: Sprechertraining.
KOMED, Köln. 22. Mai: Casting, Be-

werbungsgespräch und andere Testsituationen. 21. Mai: Gesprächsführung am Arbeitsplatz. 23. bis 25. Mai: Rhetorik I und II. 3./4. Juni: Journalismus und berufliche Praxis. 11./12. Juni: Existenzgründung im Journalismus.
MBW, München. 1./2. Juni in Berlin: Medientraining.
MH, Hamburg. 28./29. Mai: Sprechtraining. 10./11. Juni: Kreativitätstraining.
NA, Hamburg. 9./10. Juni in Hamburg: Führen ohne Vorgesetztenfunktion. 15./16. Juni: Lampenfieber senken durch Interviewtraining und Coaching.

Public Relations

ABP, München. 17. bis 19. Mai: Interview für Pressestellenmitarbeiter. 6. bis 8. Juni: Kreatives Schreiben für Pressestellen.
AFP, Hamburg. 26./27. Mai: Krisen-PR.
DEPAK, Berlin. 19./20. Mai: Rhetorik im Medienkontakt. 2./3. Juni: Wo und wie erreiche ich meine Zielgruppe? Das Mediensystem in Deutschland. 9./10. Juni: Die Schreibwerkstatt – Wie Texte besser werden.
FAZ, Frankfurt/Main. 19. bis 21. Mai in Heidelberg: Texte für Folder und Broschüren. 2. bis 3. Juni in Heidelberg: Der souveräne Medienauftritt in der Krise. 15./16. Juni in Bad Vilbel: Fernsehtraining.
JA, München. 1. Juni: Krisen und Skandale meistern.
JHB, Hagen. 17. bis 20. Mai: Pressemitteilungen schreiben. 23./24. Mai: Im Kreuzfeuer der Kritik – Der Umgang mit öffentlichen Angriffen. 30. Mai bis 10. Juni: Volontärsseminar für Pressestellen-Mitarbeiter – Teil I. 6./7. Juni: Organisatorische und strategische Aspekte einer individualisierten Öffentlichkeitsarbeit. 13. bis 16. Juni: Interview-Training.
KLARA, Berlin. 9./10. Juni: Kontakt mit Journalisten.
KOMED, Köln. 3. Juni: Öffentlichkeitsarbeit in Krisensituationen. 13. bis 17. Juni: Das 1x1 der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.
NA, Hamburg. 9./10. Mai: Digitale Fotografie für Pressestellen. 30./31. Mai in München: PR mit Konzept. 2./3. Juni in Frankfurt/Main: Krisen-PR. 6./7. Juni in Berlin: PR-Ergebniskontrolle. 15./16. Juni in Hamburg: Interviewtraining und Coaching
NORSA, Köln. 11./12. Mai: Non-Profit-Projekte voranbringen.

Mitbestimmung / Bildungsurlaub

IMK, Lage-Hörste – ver.di. 5. bis 8. Juni: Betriebsrat und Freie – Freie Mitarbeit, Scheinselbstständigkeit und Beteiligung des Betriebsrats. 12. bis 15. Juni: Verlage im Umbruch – Seminar für Betriebsratsmitglieder aus Verlagen.
ver.di, Bielefeld. 2. bis 4. Mai: Wer soll das bezahlen? – Zur Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung. 23. bis 27. Mai: Arbeitszeitrecht. 23. bis 27. Mai: Mensch geht vor – Betriebliche Grundqualifizierung personelle Angelegenheiten. 23. bis 27. Mai: Grundlagen des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes. 13. bis 17. Juni: Grundlagen des Arbeitsrechts – Einführung und Überblick.
ver.di, Brannenburg. 2. bis 4. Mai: Homepagebau für die gesetzliche Interessenvertretung im Internet oder Intranet. 8. bis 13. Mai: Flexible Arbeitszeit in der Praxis. 8. bis 13. Mai: Betriebsräte Grundqualifizierung – Betriebliche Veränderungsprozesse. 22. bis 27. Mai: Betriebsräte Grundqualifizierung. 5. bis 10. Juni: Organisation und Optimierung der Betriebs- und Personalratsarbeit – alleine und im Team. 5. bis 10. Juni: Grundlagen I für die Personalratsarbeit. 12. bis 17. Juni: Rhetorik und mehr für Betriebs- und Personalratsarbeit – Grundlagen-seminar. 12. bis 17. Juni: Personalbeurteilung, Mitarbeitergespräch, Zielvereinbarung.
ver.di, Saalfeld. 2. bis 4. Mai: Die Anhörung des Betriebsrats bei Kündigungen. 8. bis 13. Mai: Grundlagen des Arbeitsrechts – Begründung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen. 11. bis 14. Mai: Der Betriebsrat im Arbeitsgerichtsprozess – Vorbereitung und Ablauf von Beschlussverfahren. 22. bis 27. Mai: Dienstplangestaltung, Arbeitsorganisation und Arbeitszeit in Einrichtungen des Gesundheitswesens – Aufbau. 25. bis 28. Mai: Möglichkeiten und Risiken der Zusammenarbeit in einem Computer-Netzwerk. 30. Mai bis 3. Juni: Sicher und frei reden. 30. Mai bis 3. Juni: Führen und Leiten im Betriebsrat – Führungstraining für betriebliche InteressenvertreterInnen.
ver.di, Sahlberg, Berlin. 29. Mai bis 3. Juni: Der richtige Umgang mit Recht – ein Angebot für Betriebs- und Personalräte.
ver.di, Walsrode. 2. bis 6. Mai: Grundqualifizierung Personalrat. 2. bis 6. Mai: Mobbing in Betrieb und

Verwaltung. 2. bis 6. Mai: Kollegiale Beratung / Intervention. 2. bis 6. Mai: Europäische Betriebsräte. 9. bis 13. Mai: Geschäftsführung und Organisation des Personalrats. 9. bis 13. Mai: Die Schwerbehindertenvertretung. 17. bis 20. Mai: Grundqualifizierung soziale Angelegenheiten. 17. bis 20. Mai: Wege zur kollegialen Zusammenarbeit. 23. bis 27. Mai: Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der gesetzlichen Interessenvertretung. 23. bis 27. Mai: Mediation für Betriebs- und Personalräte. 23. bis 25. Mai: Geschäftsführung des Betriebsrats. 25. bis 27. Mai: BetrVG Betriebsausschuss. 23. bis 27. Mai: Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen. 30. Mai bis 3. Juni: Datenschutz – Aufgabe für Betriebs- und Personalräte. 6. bis 10. Juni: Rhetorik und mehr für BR und PR – Grundlagen. 13. bis 17. Juni: Beratungskompetenz für die Interessenvertretung. 13. bis 17. Juni: Überfälle am Arbeitsplatz.

Etcetera

AM, Düsseldorf. 3./4. Juni: Werkstatt Textdramaturgie.
KOMED, Köln. 4./5. Juni und 18./19. Juni: Jobtester Fachinformatiker/in.

Neu im Netz

www.iRights.info

Macht sich strafbar, wer eine DVD kopiert, einen Film im PC speichert, Songs in Tauschbörsen verbreitet oder Fotos auf die eigene Homepage stellt?

Das neue Informationsportal zum Urheberrecht www.iRights.info wendet sich sowohl an User, als auch an Urheber, um sie über die eigenen Rechte und Pflichten zu informieren. Ausführliche Hintergrundinformationen zum Urheberrecht mit vielen Links und ein Diskussionsforum runden das Angebot ab.

www.kleinmexiko.de

Der unsensationale Alltag einer Großstadt wie Bremen aus ungewöhnlichen Perspektiven wird auf der Internetseite www.kleinmexiko.de beschrieben. Die Kolumnen berichten von alltäglicher Arbeitswelt, Architektur, allgegenwärtiger Werbung, Ladensterben, Fundsachen und und und ... Eine Serie etwa heißt „Gehör finden“. Dort wird festgehalten, was ein Mensch nur über das Gehör von der Stadt wahrnehmen kann, frühmorgens im Bus, nachmittags im Kaufhaus oder auf dem Bahnhof.

termine

Journalismus

Gegen den freien Fall

MÜNCHEN. Bei einer Informationsveranstaltung wird connexx.av Bayern am 29. April die wichtigsten vertraglichen und sozialen Rahmenbedingungen mit drei Workshops für Freie und Selbstständige behandeln. Goetz Buchholz, Autor des Buches „Freienratgeber“, wird zum Thema AGB's und Verträge referieren, Gunter Haake, Projektleiter von www.mediafon.net zur Sozialversicherung und Dr. Frank Thomas von der VG Wort, zu Verwertungsgesellschaften. Anmeldung: [ver.di-Landesbezirk Bayern](mailto:ver.di-Landesbezirk.Bayern@ver.di) Kathlen Eggerling, Schwanthaler Straße 64, 80336 München, Fon: 089 / 28 78 78 33, Fax: 089 / 28 78 78 34, E-Mail: kathlen.eggerling@connexx-av.de, Internet: www.connexx-av.de

Journalistenpreis „Pro Ehrenamt“

NEUSS. Zum dritten Mal schreibt der Rhein-Kreis Neuss den mit insgesamt 5.000 Euro dotierten Journalistenpreis „Pro Ehrenamt“ aus. Die Beiträge müssen in der Zeit vom

1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2004 in Printmedien, im Hörfunk oder im Fernsehen nicht nur im Rhein-Kreis Neuss veröffentlicht bzw. gesendet worden sind. Die Bewerbungsfrist wurde auf den 31. Mai verlängert. Der dritte Preis soll grundsätzlich an Volontäre vergeben werden.

Ausschreibungsunterlagen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fon 021 31 / 928 – 13 00
 E-Mail: presse@rhein-kreis-neuss.de
 Internet: www.rhein-kreis-neuss.de

Über den Wolken

MÜNCHEN. Mit dem Ludwig-Bölkow-Journalistenpreis werden freie und fest angestellte Journalisten aus den Sparten Print, Radio und Fernsehen für Reportagen und Features ausgezeichnet, die Themen aus der Luft- und Raumfahrt kompetent aufgearbeitet und dem Laien verständlich vermittelt haben.

Der Preis ist mit insgesamt 15.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 14. Mai 2005. Kontakt: EADS, z. Hd. Gregor von Kursell, Presseabteilung, Stichwort Ludwig-Bölkow-Journalistenpreis, 81663 München, Internet: www.ludwig-boelkow-journalistenpreis.de

Spannende Geographie

BERLIN. Die Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG) hat ihren mit 3.000 Euro dotierten Medienpreis ausgeschrieben. Gewürdigt werden sollen Beiträge aus Print, TV, Hörfunk oder Neuen Medien, die einem breiten Publikum geographische Themen spannend, informativ und wissenschaftsnah darlegen.

Einsendeschluss: 15. Juni. Kontakt: Deutsche Gesellschaft für Geographie e.V., Prof. Dr. Elmar Kulke, Humboldt-Universität zu Berlin, Geographisches Institut, Unter den Linden 6, Sitz: Rudower Chaussee 16, 10099 Berlin und Dr. Peter Wittmann, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Fon: 03 41 / 255 65 74, Fax: 03 41 / 255 65 98. E-Mail: p.wittmann@ifl-leipzig.de

Junge Talente gesucht

MÜNCHEN. Fest angestellte und freie Journalisten, Redakteure und Autoren, Journalismus-Schüler und -Studenten, die zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung ihres Beitrages noch nicht 34 Jahre alt waren, können sich noch bis 6. Mai um den CNN Journalist Award in Partnership with Medientage München bewerben. Der Preis soll nicht nur den Nachwuchs, sondern

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.

Anzeigenverkauf:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Ansprechpartner: Michael Blum
 Tel: 030 / 255 94 – 150
 Fax: 030 / 255 94 – 190
 E-Mail: blum@vorwaerts.de

Anzeigenleitung:

Werner Loewe
 Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft
 Stresemannstraße 30, 10969 Berlin

Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 10 gültig ab 1.1.2005

Layout:

Petra Dreßler, Berlin
 Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild:

Hermann J. Haubrich, Stuttgart
 Tel. 0711 / 96 69 76 – 5

Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)
 Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

M im Internet

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. Archiv seit 03.1996): www.verdi.de/m

Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk / Film / Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“
 verantwortlich: Burkhard Baltzer
 „Druck + Papier“
 verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:

M 05.2005: 24.03.2005
 M 06 / 07.2005: 25.04.2005

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Anzeige

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Die medienpolitische Fachzeitschrift für Journalismus, Verlage, audiovisuelle Medien, Rundfunk und Multimedia



Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk!

Hiermit bestelle ich, beginnend mit Monat2005
..... Exemplar(e) «M» – Menschen Machen Medien.
Der Abonnementpreis beträgt 36,- Euro jährlich.

Ich bin ver.di-Mitglied (Mitglieds-Nr.).
Für mich gilt daher der ermäßigte Bezugspreis von
18,- Euro. Sollte ich nicht bis zum 15. November des
Bezugsjahres schriftlich beim Verlag kündigen, läuft
mein Abonnement weiter.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft
W. E. Weinmann, Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Tel. 0711 / 700 15 30, service@verlag-weinmann.com
oder per Abo-Formular bei: www.verdi.de/m/abo



Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen sieben Tagen wider-
rufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige
Absendung (Poststempel) an:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH,
Postfach 1207, D – 70773 Filderstadt.

Datum, Unterschrift (für Widerrufsrecht)

auch die Auslandsberichterstattung im deutschsprachigen Raum stärken. Zugelassen sind Beiträge, in denen der internationale Bezug im Vordergrund steht. Es wird einen Gesamtsieger sowie sechs Preisträger aus den Kategorien Text, Fernsehen bzw. Online und Hörfunk bzw. Online geben. Die sieben Preise werden mit Geld- und Sachmitteln dotiert. Bewerbungsformular online: www.cnnjournalistaward.com als pdf. Kontakt: Medientage München, c/o DVB Multimedia Bayern GmbH, Stichwort CNN Journalist Award, Ottobrunner Straße 6, 81737 München.

Kulturelle Vielfalt

KÖLN. Mit dem europäischen ARD Medienpreis CIVIS werden Hörfunk- und Fernsehprogramme ausgezeichnet, die sich in überzeugender Weise der Themen Integration und kulturelle Vielfalt annehmen, um so zu mehr Offenheit und Austausch der Kulturen beizutragen. Der Schwerpunkt der Ausschreibung liegt auf der Darstellung positiver, personalisierter Beispiele. Die Auszeichnung wird als

europäischer Fernsehpreis und als deutscher Hörfunk- und Fernsehpreis in den Kategorien Information und Unterhaltung vergeben. Der Preis ist insgesamt mit 41.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 25. Mai 2005. Bewerbungsunterlagen bei: CIVIS medien stiftung GmbH für Integration und kulturelle Vielfalt in Europa, Breite Straße 48 – 50, 59667 Köln, Fon: 02 21 / 277 58 70, Fax: 02 21 / 277 587 16, E-Mail: civis@ard.de, Internet: <http://civis.ard.de>.

Wege in die Medien

BERLIN. Arbeiten in den Medien – auf dem Nachwuchsjournalisten-Kongress vom 20. bis 22. Mai in den Tagungsräumen der katholischen Akademie erhalten junge Leute einen Einblick in die Praxis. Erfahrene Journalisten und Pressesprecher berichten über ihre tägliche Arbeit. Interessierte können sich per E-Mail mit einer kurzen Selbstdarstellung bei der Christlichen Medien-Akademie in Wetzlar bewerben. Die Bewerbung sollte den bisherigen Werdegang und wenn möglich, Angaben über die derzeitige Medientätigkeit enthalten. Kontakt:

E-Mail: info@cma-medienakademie.de, Internet: www.cma-medienakademie.de, Fon: 064 41 / 91 51 66.

Kritische Internetkultur

WIESBADEN. Vom 7. bis 8. Mai veranstaltet das Netzwerk Recherche in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine Fachtagung zum Thema „Von neuen Öffentlichkeiten zur heimlichen Medienrevolution – Welche Chancen hat eine kritische Internetkultur?“. Anmeldebogen unter www.netzwerk-recherche.de. Anmeldung an: Albrecht Ude, Lehderstraße 53, 13 086 Berlin, Fon / Fax: 030 / 92 40 56 46, E-Mail: albrecht@ude.de.

Datenschutz in Redaktionen

STUTTGART. Am 24. Juni bietet der Deutsche Presserat in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk des Deutschen Journalistenverbandes und der Akademie Berufliche Bildung das Seminar „Datenschutz in Redaktionen – Freiwillige Selbstkontrolle“ an. Das Seminar informiert über die Bereiche des redaktionellen Datenschutzes von Fragen des Persönlichkeitsrechts bei

Namensnennungen und Abbildungen bis hin zu technisch-organisatorischen Maßnahmen zur Datensicherheit. Anhand konkreter Fälle aus der eigenen redaktionellen Praxis sowie aus der Spruchpraxis des Datenschutz-Ausschusses des Presserates kann das Erlernete unmittelbar angewendet werden. Internet: www.presserat.de, www.abzv.de.

Katholischer Medienpreis

BONN. Die Deutsche Bischofskonferenz hat mit der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands und dem Katholischen Medienverband den „Katholischen Medienpreis 2005“ ausgeschrieben. Die mit jeweils 5.000 Euro dotierte Auszeichnung wird in den Kategorien Elektronik und Print für Beiträge vergeben, die die Orientierung an christlichen Werten sowie das Verständnis für Menschen und gesellschaftliche Zusammenhänge fördern. Einsendeschluss: 17. Mai 2005.

Kontakt: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Katholischer Medienpreis, Fon: 0228 / 10 32 44, E-Mail: khenning@dbk.de, Internet: www.dbk.de.

Medientreffpunkt Mitteldeutschland

LEIPZIG. Um „Die Kraft der Wahrheiten – Gesetze der Medienwelt“ geht es beim Medientreffpunkt Mitteldeutschland vom 9. bis 11. Mai in Leipzig. Antworten werden unter anderem auf die Fragen erwartet, ob Medien und Demografie die Wahrheiten der Zukunft wirklich liefern können, und wie weit das Renomee der Medien bei Zusatzgeschäften trägt. Programm und Anmeldung über www.medientreffpunkt.de. Kontakt: S-WOK, Fon 03 41 / 30 18 181.

Film

Go Hollywood!

BERLIN. Die Master School Drehbuch bietet vom 9. Mai bis 30. Oktober eine Ausbildung zum Drehbuchautor an. Bei dem Online-Seminar werden die Technik und die Terminologie des Drehbuchschreibens, die Theorien der Filmdramaturgie und unterschiedliche Methoden internationaler Drehbuchprofessoren vermittelt. Die Teilnahmegebühr beträgt 950 Euro. Kontakt: Master School Drehbuch GmbH, Linienstraße 155, 10115 Berlin, Fon: 030 / 30 87 93 15, Fax: 30 87 93 14, E-Mail: info@masterschool.de, Internet: www.masterschool.de.

Hörfunk

RBB-Feature-Wettbewerb

BERLIN. Das Kulturradio des RBB hat den Feature-Wettbewerb für Hörstücke „15 Jahre Deutsche Einheit – Momentaufnahmen“ ausgeschrieben. Autorinnen und Autoren sind aufgenommen, in akustischen Momentaufnahmen aus Stadt und Land erfahrbar zu machen, wie es um die deutsche Einheit in Berlin und Brandenburg steht. Gesucht werden Ideenskizzen und Exposé, wenn möglich auch akustisches Material für Hörstücke von maximal einer Minute Länge. Der erste Preis ist mit 1.000 Euro dotiert, zusätzlich werden für einen Nachwuchspreis und einen Hörerpreis je 500 Euro vergeben. Einsendeschluss: 31. Mai 2005. Kontakt: Rundfunk Berlin-Brandenburg, Kulturradio, Feature, 14046 Berlin, www.rbb-online.de, Fon: 030/30 31 12 00, E-Mail: presse@rbb-online.de.

Varia

Weiterbildung PR

FRANKFURT / MAIN. Bärbel Döhring lädt am 12. Mai, 15. Juni, 4. Juli und 2. August um 18 Uhr in die Deutsche Angestellten Akademie (DAA), Saalburgallee 19 in Frankfurt / Main zur Informationsveranstaltung über Berufschancen in der PR.

Vom 9. September bis 25. November findet der nächste Weiterbildungskurs PR, der von Bärbel Döhring geleitet wird, statt. Unterricht ist freitags von 17.30 bis 20.45 und sonabends von 9 bis 14 Uhr.

Infos: Bärbel Döhring, DPR Döhring Public Relations, Borsigallee 18, 60 388 Frankfurt / Main, Fon: 069/42 00 44 60, E-Mail: info@dpr-online.de, Internet: www.dpr-online.de.

Urlaub mit ver.di

BIELEFELD. In der ver.di-Bildungsstätte „Das bunte Haus“ können ver.di-Mitglieder preiswert ihren Urlaub verbringen. Gebucht werden können Einzel- oder Zweibettzimmer mit Frühstück oder Halbpension. Zusätzlich bietet „Das bunte Haus“ im August attraktive Zusatzangebote, wie geführte Wanderungen zu bestimmten Terminen. Kontakt: ver.di-Bildungsstätte, „Das bunte Haus“, Senner Hellweg 461, 33689 Bielefeld. Internet: www.verdi-das-bunte-haus.de.

leute

Sabine Bartels rückte zur Chefredakteurin der Zeitschrift *Lea* (Verlagsgruppe Klambt) auf.

Vanessa Blumhagen, bisher Redakteurin im Spiegel (G+J), wechselte als Chefreporterin zur Neuen Revue (Bauer-Verlag).

Peter Althammer, bisher Leiter der Vorabendinformation und Moderator der „Abendschau“ beim BR, wechselt als Fernsehkorrespondent und Leiter des ARD-Studios nach Istanbul. Ihm folgt als Leiter der neu gebildeten Redaktion Landesberichte **Matthias Keller-May** nach, zuletzt Landtagskorrespondent für das Fernsehen und Redaktionsleiter Landespolitik.

Hans-Jürgen Kornder, bislang Fernsehkorrespondent im ARD-Studio Wien, wird stellvertretender Redaktionsleiter Landesberichte. Landtagskorrespondent wird **Andreas Bachmann**, bisher Redakteur bei dem Magazin „Report“.

Jürgen Bruckmeier, zuletzt Chefredakteur von Bravo und Redaktionsleiter von Bravo.de, übernahm die Chefredaktion der Computerzeitschrift Tomorrow (Vogel Burda Gruppe) von **Georg Altrogge**.

Werner Gößling (ZDF) wurde als Vorsitzender der Bundespressekonferenz (Berlin) wieder gewählt. Dem Vorstand gehören an: **Angela Wefers** (Börsenzeitung), **Petra Diroll** (BR), **Peter Ehrlich** (Financial Times Deutschland), **Thomas Wittke** (Bonner General-Anzeiger), **Eckart Lohse** (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) und **Cornelia Wolber** (Die Welt).

Jürgen Busche, bis 2001 Chefredakteur der Badischen Zeitung (Freiburg), wird für das Monatsmagazin Cicero (Ringier) wirken.

Hans Demmel, bisher Chefredakteur von Vox, löste als Bereichsleiter Magazine bei RTL **Frank Hoffmann** ab, der als Geschäftsführer zu Vox wechselte und zunächst auch die Aufgaben eines Chefredakteurs übernimmt. Seine Vorgängerin **Anke Schäferkordt** wurde Vize-Chefin von RTL.

Werner D'Inka (Mitherausgeber der FAZ) löste als Präsident des Frankfurter Presseclubs **Manfred Krupp**

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

(Fernsehdirektor des HR) ab, der nicht mehr kandidierte. In ihren Ämtern bestätigt wurden Vizepräsident **Gerhard Kneier** (Leiter der AP-Inlandsredaktion), Schatzmeister **Matthias Send** (Geschäftsführer der IHK Frankfurt) und Schriftführer **Nikolaus Münster** (Leiter des Frankfurter Presse- und Informationsamts). Beisitzer sind **Dorothee Bamberger** (HR), **Stephan Hebel** (FR) und **Birgit Clemens** (Deutscher Fachverlag).

Christina Gath, bisher Textredakteurin im Ressort Beauty von Brigitte, wurde Ressortleiterin Beauty bei Woman.

Geo (G+J): **Michael Schaper**, stellvertretender Chefredakteur von Geo und Chefredakteur der Reihe Geo Kompakt, wurde zusätzlich Chefredakteur von Geo Epoche. Die Herausgeberschaft der beiden Reihen übernahm Geo-Chefredakteur **Peter-Matthias Gaede**. **Johanna Wieland**, bisher Redakteurin, rückte zur geschäftsführenden Redakteurin Reportage auf. **Cay Rademacher** wurde bei Geo Epoche geschäftsführender Redakteur Text; Dokumentar der Epoche-Redaktion wurde **Olaf Mischer**. **Kirsten Bertrand**, geschäftsführende Redakteurin Text im Kinder- und Jugendsegment der Zeitschriftengruppe, wurde stellvertretende Chefredakteurin von Geolino und Geolino extra. **Martin Tschechne**, bisher Leitender Redakteur von Hörzu, wechselte als Textchef zu Geo Saison. **Hans Heinrich Ziemann**, zuletzt stellvertretender Chefredakteur von Geo Saison und Geo Saison für Genießer, wurde zusätzlicher Chef vom Dienst bei Geo.

Petra Gessulat, zuletzt Leiterin einer Entwicklungsredaktion des Bauer-Verlags, löste als Chefredakteurin von Cosmopolitan (MVG Medien Verlagsgesellschaft, München) **Sabine Pabst** ab, die den Verlag verlässt.

Michael Glebke, bisher Redaktionsleiter von vwd, löste als Geschäftsführer des Wirtschaftsnachrichtendienstes ddp.vwd **Rolf Anders** ab,

der als Chefredakteur von Dow Jones-VWD wirkt.

Andreas Hartmann, bisher Referent in der WDR-Hörfunkredaktion, folgt als Hörfunkkorrespondent im ARD-Studio New York auf **Thomas Reinke**, der zum WDR zurückkehrt.

Ralph Heinrich wurde bei RTL Leiter der Motorsport-Redaktion, der er schon bisher angehörte, und Chef vom Dienst in der RTL-Sportredaktion. Unterstützt wird er von **Thomas Hofmann**, zuletzt Pressesprecher von Ralf Schumacher.

Uwe Henning wurde Chefredakteur der Fachzeitschrift Baustoffmarkt.

Sabine Hofmann, zuletzt bei Für Sie (Jahreszeiten-Verlag), wurde Chefredakteurin der neuen monatlichen Frauenzeitschrift *Myself* (Condé Nast), die in der zweiten Hälfte des Jahres auf den Markt kommen soll.

Thomas Huber, bisher Leiter Öffentlichkeitsarbeit und Unternehmenskontakte bei Gruner + Jahr, scheidet wegen „unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Ausrichtung der Unternehmenskommunikation“ aus.

Willi Jansen, bislang stellvertretender Programmdirektor bei NBC Giga (Düsseldorf), verlässt den Sender.

Werner Junge, bisher landespolitischer Korrespondent des NDR in Kiel, übernahm die Leitung des Studios Flensburg von **Peter Axmann**.

Jörg Krause, bislang Leiter Kommunikation des DSF, wird bei Sport Bild Mitglied der Chefredaktion zuständig für übergreifende Konzepte.

Im Amt des Vorsitzenden der Landespressekonferenz Brandenburg bestätigt wurde **Peter Kranz** (ZDF); weitere Vorstandsmitglieder sind **Susann Fischer** (ddp), **Gerlinde Krahnert** (freie Journalistin), **Claudia van Laak** (Deutschlandradio), **Thomas Bittner**

(RBB-Fernsehen) **Matthias Benirschke** (dpa) und **Igor Göldner** (Märkische Allgemeine).

Leo Flamm (WDR) löste als Vorsitzender der Landespressekonferenz Nordrhein-Westfalen **Christa Cloppenborg** (WDR) ab, die nicht mehr kandidierte. Vorstandsmitglieder sind **Bettina Grönewald** (dpa), **Theo Schumacher** (Neue Ruhr Zeitung), **Heinz Tutt** (Kölner Stadt-Anzeiger) und **Frank Uferkamp** (Westdeutsche Zeitung).

Der Fernsehjournalist **Erich Laaser** (Berlin) wurde als Präsident des Verbandes Deutscher Sportjournalisten (VDS) ebenso wieder gewählt wie sein Stellvertreter **Hans-Joachim Zwingmann** (Hannover) und Schatzmeister **Christoph Schumann** (Hamburg). Dem Präsidium gehören außerdem **Christoph Fischer** (Reutlingen), **Markus Gilliar** (Dettenheim) und **Albert Mehl** (Gießen) an. **Ulrike Liedtke**, Geschäftsführerin und künstlerische Leiterin der Musikakademie Rheinsberg GmbH, wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden des RBB-Rundfunkrats gewählt.

Peter Lustig, Moderator beim ZDF und v. a. durch die Kindersendung „Löwenzahn“ bekannt geworden, verabschiedet sich in den Ruhestand.

Volker Marczykowski, bisher Redakteur und Moderator beim NDR, wechselte als Moderator zu Radio Nora – Hits & Oldies.

Klaus Kopka, ehemaliger Vorsitzender des Medienrats der BLM und MdL a.D., wurde im Amt des Vorsitzenden des Medien-Clubs München bestätigt. Stellvertreter sind **Inga Pudenz** (scenario – agentur für film und fernsehen) und Dr. **Holger Paesler** (Bayerischer Zeitungsverband).

Heiko Mergard, zuletzt leitender Redakteur Software und Internet bei PC Professionell (VNU Business Publications Deutschland), wurde stellvertretender Chefredakteur. Er leitet auch Linux Professionell und die Sonderhefte.

Moritz Müller-Wirth, Mitglied der Chefredaktion der Wochenzeitung Die Zeit, wird Chefredakteur des neuen Magazins Die Zeit Geschichte, das vier Mal pro Jahr erscheinen soll. Herausgeber des Zeit-Ablegers sind **Benedikt Erenz**, Ressortleiter Zeit-

läufe, und **Volker Ullrich**, zuständig für das politische Buch der Zeit.

Hannah Pilarczyk, früher u. a. für den Tagesspiegel und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung tätig, wurde Leiterin der taz-Medienseite.

Uschka Pittroff, zuletzt Redaktionsleiterin von fivetone, löste als Chefredakteurin dieses Lifestyle-Magazins der Wirtschaftswoche **Stefan Baron** ab, der die Funktion des Herausgebers übernahm.

Constantin von Rothenburg ist erneut redaktionell verantwortlich für das Mode-Lifestyle-Magazin Qvest, das im Mai 2004 eingestellt worden war und im Juni 2005 vom Medikom-Verlag (Köln) wieder auf den Markt gebracht wird.

Nina Ruge (ZDF) und **Ranga Yogeshwar** (WDR) moderieren abwechselnd das neue Gesprächsformat „WissenschaftsFORUM Petersberg“ auf Phoenix.

Gunnar Saft (Sächsische Zeitung) wurde in seinem Amt als Vorsitzender der Sächsischen Landespressekonferenz bestätigt; zum Schatzmeister wählte die LPK **Frank Meyer** (SNN News Center Dresden). Stellvertretende Vorsitzende sind **Stefan Locke** (Dresdner Morgenpost), **Beate Dietze** (Hitradio RTL) und **Petra Strutz** (dpa).

Christian Schaudwet, bisher Redakteur bei der Wirtschaftswoche, wird Korrespondent des Blatts für Mittel- und Osteuropa in Prag.

Stefanie Schneider wurde Programm-Managerin bei SWR4 Baden-Württemberg und als stellvertretende Programmchefin Nachfolgerin von **Martin Bräuning**, der die Leitung des Studios Karlsruhe übernahm.

Matthias Schulze, zuletzt Geschäftsführer des EM.TV-Tochterunternehmens Junior.TV, wird neben **Martin Vorderwülbecke** Geschäftsführer der Nachrichtenagentur Deutscher Depeschendienst (ddp). Der bisherige Chefredakteur **Lutz Schumacher** wechselt als Mitglied der Chefredaktion zum Dortmunder Verlag Lensing-Wolff (Ruhr-Nachrichten, Münstersche Zeitung).

Franz Smets, bisher Leiter des Landesdienstes Bayern der dpa, übernimmt die Leitung des dpa-Büros in

Mexiko-City, das für die Berichterstattung aus Mittelamerika und der Karibik zuständig ist. In München vertritt ihn kommissarisch **Ulrich Kaufmann**.

Die Journalisten **Irmhild Speck** und **Tobias Zick** erweiterten das feste Seminarleiter-Team der Akademie für Publizistik (Hamburg). Für die Öffentlichkeitsarbeit ist **Kirstin Marquardt** zuständig.

Sandra Thier, zuletzt Moderatorin bei dem österreichischen Privatsender ATV Plus, folgt als Nachrichtensprecherin bei RTL II auf **Nazan Eckes**, die zu der Sendung „Formel Exklusiv“ bei RTL wechselt.

Roland Tichy, zuletzt Chefredakteur von Euro, wurde Sonderkorrespondent des Handelsblatts in Frankfurt/Main.

Martin Trockner, bisher Ressortleiter bei FHM, wurde zum Chefreporter des Lifestyle-Magazins berufen.

Oliver Wihofszki, bislang Redakteur im Unternehmensressort von IT / Medien, übernimmt die Leitung des neuen Redaktionsbüros der Financial Times Deutschland in Stuttgart.

Matthias Wulff, bislang stellvertretender Leiter des Ressorts Wirtschaft und Finanzen der Welt am Sonntag, folgte als Ressortleiter auf **Ulrich Porwollik**, der im August letzten Jahres ausschied.

41. Adolf Grimme Preis 2005 – Information & Kultur: **Frank Plasberg** (Moderation), **Stefan Wirtz** (stellv. für die Redaktion) und **Jürgen Schulte** (Produktion) für „Hart aber fair“ (WDR); **Britta Wauer** und **Sissi Huetlin** (Buch/Regie) für „Die Rapports – Unsere drei Leben“ (ZDF/ARTE); **Oliver Axer** und **Susanne Benze** (Buch/Regie) sowie **C. Cay Wesnigk** (Produktion) für „Hitlers Hitparade“ (ZDF/ARTE); **Karsten Laske** (stellv. für das Regie- und Autorenteam) und **Gunnar Dedio** (Produktion) für „Damals in der DDR“ (ARD/MDR/WDR); **Ciro Cappellari** (Buch/Regie/Kamera) für „Abdullah Ibrahim“ (ZDF/ARTE); Sonderpreis des Landes NRW: **Ebbo Demant** (Buch/Regie) für „Neruda“ (ARD/SWR/ARTE). Fiktion & Unterhaltung: Gold: **Nina Hoss** und **Benno Fürmann** (Darstellung) sowie **Christian Petzold** (Buch/Regie) für „Wolfsburg“ (ZDF/ARTE); Gold: **Olli Dittrich** (Idee und Darstellung) für „Dittsche – Das wirklich wahre Leben“ (WDR); **Franz Xaver Bogner** (Buch & Regie) für „München 7“ (BR); **Andrea Sawatzki** und **Jörg Schüttauf** (Darstellung), **Stephan Falk** (Buch) und **Thomas Freundner** (Buch/Regie) für „Tatort: Herzversagen“ (ARD/HR); **Maggie Peren** (Buch und Darstellung), **Ken Duken** (Darstellung) und **Annette Ernst**

Anzeige

(Regie) für „kiss and run“ (ZDF); **Bernadette Heerwagen** und **René Irfrah** (Darstellung), **Harald Göckert** (Buch) und **Miguel Alexandre** (Regie) für „Grüße aus Kaschmir“ (ARD/BR); Publikumspreis der „Marler Gruppe“: **Lale Yavas** und **Erhan Emre** (Darstellung), **Tevfik Baser** (Buch) und **Rolf Schübel** (Regie) für „Zeit der Wünsche“ (ARD/WDR/BR). Wettbewerb Spezial: **Gert Scobel** für die Redaktion und Moderation der Sendereihe „delta“ und des Kulturmagazins „Kulturzeit“ (3sat/ZDF); **Beate Langmaack** sowie die Hauptdarsteller **Henry Hübchen** und **Uwe Steimle** für die Gestaltung und Weiterentwicklung des „Polizeiruf 110“ (ARD/NDR); **Stefan Raab** für die Entdeckung und Förderung von Musiktalenten durch „SSDSGPS – Ein Lied für Istanbul“ (Pro Sieben). Besondere Ehrung des Deutschen Volkshochschulverbands: **Klaus Doldinger**, Musiker und Komponist.

Der Alternative Medienpreis wird von der Nürnberger Medienakademie und dem Lokalsender Radio Z verliehen. Radio: „Salon Rouge“ (**Sven Barske**, **Pascal Fuhlbrügge**, **Tina Petersen**, **Stephen Rehmke**, **Martin Stolle**) für „PolizeiGesetzNovelle“ (Radio FSK, Hamburg); Redaktion Restrisiko für „Tschernobyl – Dokumentationsklangcollage“ (bermuda.funk – Freies Radio Rhein-Neckar, Mannheim); **Karsten Blum** für „Cat Stevens – Der Terrorist“ (Ems-Vechte-Welle, Lingen). Print: **Ramesh Jaura** (IPS – Inter-Press-Service Deutschland); **Johannes Touché** (Scheinzuschlag: Kritik am Bau); **Harald Raabe** (Fachzeitschrift des Kuratoriums Deutsche Altershilfe – Pro Alter). Internet: **Florian Brandl**, **Kirsten Franke** und Team (tunespoon.tv, FH Furtwangen); **Gabriele Bärtels** (frida-magazin.de, Berlin); **Doris Holler-Bruckner**, **Lukas Pawek**, **Robert Willfurth**, **Martin Litschauer** (Oekonews.at, Orth a. d. Donau).

Axel Springer Preis für Junge Journalisten: Kategorie Print (jeweils 5.000 €) – Klassische Reportage: **Adam Soboczynski** für „Glänzende Zeiten“ (Die Zeit); Interview: **Mathias Plüss** für „Ich weiß nie, ob ich deutsch rede“ (Weltwoche); Porträt: **Sandra Schulz** für „Walross im Visier“ (mare). Kategorie TV – 1. Preis: **Eric Fiedler** mit „Für Allah in den Tod“ (ARD); 2. Preis: **Henning Rütten** für „Die Wunde von Bern – das Schicksal des ungarischen Fußballtorwarts

Gyula Grosics“ (ARD); 3. Preis: **Sanja Hardinghaus** für „Pädophilen-Chat“ (Spiegel TV/RTL). Kategorie Hörfunk – 1. Preis: **Ralph Erdenberger** für „1584: Iwan der Schreckliche stirbt beim Schachspiel“ (WDR 2); 2. Preis: **Jürgen Bangert** für „Elvis Eifel – die Alpina Katze“ (Radio NRW); 3. Preis: **Simone Roßkamp** für „Armutsgürtel Berlin-Mitte“ (RBB). Kategorie Internet – 1. Preis: Redaktion „streitBar – das Meinungsmagazin (streitbar.org)“; 2. Preis: **Boris Inanici** für einen Beitrag zum Thema „Rollstuhlrugby“ (sport.ard.de); 3. Preis: **Steffen Leidel** für „Die verschwundenen Deutschen der argentinischen Militärdiktatur (1976–1983)“. Die Preise eins bis drei waren mit je 5.000, 4.000 und 2.500 € dotiert.

Die Nachwuchsjournalisten **Jochen Brandt** (Ostfriesen-Zeitung) und **Karin Linne** (Bauer-Verlag) wurden mit dem Reportagepreis der Akademie für Publizistik (Hamburg) in Höhe von je 1.500 € ausgezeichnet. Das mit 6.000 € dotierte Gabriel-Grüner-Stipendium erhielten **Inka Schmelting** (Text) und **Isadora Tast** (Foto).

Der neu geschaffene Columbus-Fernsehpreis der Vereinigung deutscher Reisejournalisten wurde auf der Internationalen Tourismus-Börse in Berlin vergeben. Kategorie Kurzfilm – Gold: **Jürgen Dresek** für „Mythos auf Rädern – Unterwegs im Glacier Express“ (ZDF); Bronze: **Richard Hofer** für „Myanmar – Inle See“ („Servicezeit Reisen“, WDR). Kategorie Langfilm – Gold: **Ute Werner** für „Aufbruch im Land am Mekong“ (SR); Silber: **Christoph Schuster** für einen Bericht über die Mongolei (BR); Bronze: **Jürgen Dresek** für „Der Traum vom Schiff – Unterwegs mit der AIDA Aura“ („reiselust“, ZDF).

Der Deutsche Fernsehkrimi-Preis, ins Leben gerufen und zum ersten Mal vergeben von Stadt und Medienzentrum Wiesbaden, ging im Rahmen eines Fernsehkrimi-Festivals an „Tatort: Herzversagen“ (ARD/HR, Buch/Regie: **Stephan Falk** und **Thomas Freundner**; Darstellung: **Andrea Sawatzki** und **Jörg Schüttauf**); Preis für die beste Nebendarstellerin: **Monica Bleibtreu** in „Tatort: Abschaum“ (ARD/RB); Preis für die beste Ausstattung: **Karoly Pakozdy** für „Polizeiruf 110: Der Prinz von Homburg“ (HR); Publikumspreis: „Bella Block: Denn sie wissen nicht, was sie tun“ (ZDF).

Deutscher Hörbuch Preis 2004 – Kategorie „Best of all“: **Peter Märthesheimer** (posthum) für „Krupp oder Die Erfindung des bürgerlichen Zeitalters“ sowie „Der Mann ohne Eigenschaften, Remix“ (Herausgeber: **Katarina Agathos** und **Herbert Kapfer**; Regie: **Klaus Buhler**); Information: **Dorothee Meyer-Kahrweg** für „Chronik des Jahrhunderts 1900–2000“; Interpretation: die Schauspielerin **Marion Breckwoldt** für den Monolog der „Jackie“ in dem gleichnamigen Stück von Elfriede Jelinek (Regie: **Karl Bruckmaier**); Unterhaltung: **Hermann Naber** für „Gefahr ist ihr Geschäft“; Jugendhörbuch: **Hermann Schulz** für „Wenn dich ein Löwe nach der Uhrzeit fragt“ (Sprecher: **Temeo Tristan Rehl**); „Das besondere Hörbuch“: „Edition Christian Brückner“ (Herausgeber: **Christian und Waltraut Brückner**). Der vom WDR und der WDR mediagroup gestiftete Preis war mit insgesamt 23.000 € dotiert.

Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG, wurde von den Lesern der Deutschen Sprachwelt zum „Sprachwahrer des Jahres 2004“ erkoren, weil er die Druckzeugnisse des Verlags wieder auf die alte Rechtschreibung umstellen ließ.

Der Produzent **Bernd Eichinger** erhielt auf dem 20. Festival Internacional de Cine de Mar del Plata (Argentinien) für das Drehbuch von „Der Untergang“ den Preis Silberner Astor. **Volker Schlöndorff** wurde für sein Lebenswerk ausgezeichnet.

Petra Gerster, Anchor-Woman bei ZDF-„heute“, erhielt für ihr Lebenswerk den mit 15.000 sfr dotierten Schweizer Medienpreis Davos.

Prof. **Winfried Göpfert**, früher u. a. Leiter der Wissenschaftsredaktion beim SFB, seit 1990 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaftsjournalismus an der FU Berlin sowie als freier Journalist und Moderator tätig, wurde vom Deutschen Fachjournalisten-Verband mit der zum ersten Mal vergebenen Würde eines Ehrensenators geehrt.

Günter Holland, Verleger der Tageszeitung Augsburger Allgemeine, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Journalistenpreis des Verbands Deutscher Sportjournalisten (VDS) – 1. Preis: **Oskar Beck** (Stuttgarter Zei-

tung); 2. Preis: **Friedhard Teuffel** (Tagesspiegel) und **Jürgen Roos** (Sonntag aktuell, Tagesspiegel). **Ronald Reng** (SZ) wurde für die beste Reportage ausgezeichnet.

Karl-Buchrucker-Preis 2005 der Inneren Mission München – Hauptpreis (5.000 €): **Bernd Kastner** für Sozialreportagen im Lokalteil der SZ; Förderpreise (je 3.000 €): **Uta Claus** für die Dokumentation „Mein Schatz bleibt bei mir“ (Reihe „37°“, ZDF) und **Gerhard Born** für die evangelische Morgenfeier „Sparen muss sein – aber nicht an der Liebe“ (BR).

Ulrike Kriener wurde beim Fernsehfestival „Rencontres Internationales de Télévision: Palmarès“ in Reims für die Hauptrolle in „Kommissarin Lucas: Vertrauen bis zuletzt“ (ZDF) mit dem Preis für die beste weibliche Darstellerin ausgezeichnet.

Kurt-Magnus-Preis 2005 der ARD zur Förderung von Nachwuchsjournalisten im Radio – 1. Preis (8.000 €): **Vera Block**, Redakteurin bei Radio Multikulti vom RBB; 2. Preis (je 6.000 €): **Adrian Feuerbacher**, Hörfunk-Korrespondent des NDR im ARD-Hauptstadtstudio Berlin, und **Katharina Neuschaefer** vom BR.

Detlef Kuschka, Chefredakteur von Antenne Bayern, wurde vom ADAC Südbayern mit der Goldenen Gauverdienstnadel ausgezeichnet.

6. Landshuter Kurzfilmfestival – die Preisträger. Kurzfilmpreis des BMW-Werkes Landshut: 1. Preis (1.500 €): „Fliegenpflicht für Quadratköpfe“ von **Stephan Müller**; 2. Preis (900 €): „Fang des Lebens“ von **Sebastian Stern** (HFF München); 3. Preis (600 €): „Ausreißer“ von **Ulrike Grote** (Filmwerkstatt Hamburg). Newcomer-Publikumspreis: 1. Preis (500 €): „Fliegenpflicht für Quadratköpfe“; 2. Preis (300 €): „Meine Eltern“ von **Neele Leana Vollmar** (Filmakademie Ludwigsburg); 3. Preis (200 €): „Der Blindgänger“ von **Andreas Samland** (dffB Berlin). StadtLandJugendpreis: 1. Preis (500 €): „UFO-Alarm auf Terra 1“ von **Ingo Schiller**; 2. Preis (300 €): „Geschmackssache“ von **Emanuel Strixner** (Filmakademie Ludwigsburg); 3. Preis (200 €): „Häschen in der Grube“ von **Hanna Doose** (dffB Berlin).

Florin Lepan und **Razvan Georgescu** gewannen mit der Dokumentation

„Das Experiment 770“ (ZDF / ARTE) den Drehbuchpreis des rumänischen Filmverbands Uniunea Cineastilor sowie beim Zagreber Dokumentarfilmfestival ZagrebDOX den Publikumspreis und einen Spezialpreis der Jury.

Thilo Mischke, Volontär beim GEE Magazin (Hamburg), erhält den mit 1.000 € dotierten Medienpreis Alex der Spieleautorenzunft (SAZ).

Lobende Erwähnungen gingen an **Udo Bartsch** (Fairplay), **Christina Puhmann** (Radio NDR Info) und **Wilhelm Schmid** (Psychologie heute).

Frank Plasberg, Moderator des Polit-Talks „Hart aber fair“ vom WDR, und der Redaktion der Sendung wurde der Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus 2005 zuerkannt. Ein Sonderpreis ging an den Autor, Redakteur und Regisseur **Horst Königstein**.

Henning Ritter, Redakteur FAZ-Seite „Geisteswissenschaften“, erhält den Friedlieb-Ferdinand-Runge-Preis.

Michael Tewes (Berlin) wurde für sein Foto-Essay „Rosen“ der mit 2.500 € dotierte Körber-Foto-Award 2005 verliehen, den die Körber-Stiftung (Hamburg) zum Thema „Phase

Drei: Wie leben die Alten?“ ausgeschrieben hatte.

Tamara Trampe und **Johann Feindt** erhielten beim Festival Cinéma du Réel in Paris für die Dokumentation „Weiße Raben – Alptraum Tschetschenien“ (ZDF / ARTE) den mit 6.000 € dotierten Preis der Bibliotheken.

Den Wächterpreis der Tagespresse vergibt die Stiftung „Freiheit der Presse“ (Bad Vilbel): 1. Preis (12.000 €): **Frank Seidlitz**, Reporter bei der Welt, für eine Serie über die „beabsichtigte Zerschlagung des Baustoff-Konzerns Readymix durch Marktkonkurrenten“; 2. Preis (8.000 €): **Jens Weinreich**, Redakteur bei der Berliner Zeitung, für eine Serie über finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Olympia-Bewerbung der Stadt Leipzig; 3. Preis (6.000 €): **Thomas Fritz**, freier Mitarbeiter der Main Post, und sein Redaktionskollege **Rainer Stumpf** für Beiträge, die das Informationsrecht der Presse gegenüber einem Bürgermeister durchzusetzen halfen.

Stefan Weigl (München) wurde für sein Hörspiel „Stripped – ein Leben in Kontoauszügen“ (WDR) der diesjährige „Hörspielpreis der Kriegsblinden“ zugesprochen.